

# DER KAMPF

Kampf ist das Entwicklungsgesetz der Natur und der Menschheit. Von dem Ausspruch des griechischen Philosophen Heraklit, dass der Krieg der Vater der Dinge sei, bis zum Kampf ums Dasein Darwins und bis zum Kampf der Klassen nach Karl Marx steigert sich diese Einsicht des Menschengeschlechtes in das geheimnisvolle Werdegesez seiner selbst und seiner Umwelt.

Ein gestaltend-vertilgendes Ringen titanischer Gewalten das Unorganische; ein auslesend-vernichtendes Ringen von ungezählten Millionen Zellen, von gigantischen Massen unendlich winziger Pygmäen das Belebte! Ein zerstörend-schaffendes Ringen von Millionen Hirnen und Händen, von einzelnen, von organisierten Massen, von wettstreitenden Klassen das Beseelte, Bewusste: die Menschheit! Ein unendliches, auf- und niedersteigendes Leben, nie rastendes Werden auf dem Hintergrunde unaufhörlichen Sterbens, Kampf um Sein und Nichtsein, Kampf um besseres Sein im Wassertropfen am Eimer ebenso wie auf dem erstarrten Gluttropfen im Weltraum, den wir Erde nennen — welch ein Schauspiel!

Es ist uns überliefert worden, dass fest und unbeweglich ruhe die Erdscheibe und das »Firmament«, die Himmelsfeste; dass fest und unversetzbar die Bergmauern der Erde, fest und unabänderlich die Pflanzenarten, die Tiergattungen; dass fest und unwandelbar die Bestimmung der Völker; dass alles fest und starr sei um uns, auch die Hülle unserer Seele, der Körper! Fest und starr alles: die Erde ein Kerker, ein Strafhaus der Menschheit, der Leib ein Kerker der Seele. Starr und tot alles um uns, an uns: hier der Tod und erst jenseits das Leben. Wir aber haben hier auf Erden das Leben gewonnen; wir haben es entdeckt mit unseren Forscheraugen, wir haben uns seiner bemächtigt mit unserem Daseinswillen, wir erschauen und erfassen es mit seinem grossen Leid — dem Kampf — und seiner grossen Lust — demselben Kampf: Kampf ist Leid und Kampf ist Lust! Wir nehmen es auf uns, zu sterben, da wir auch leben wollen — wir wollen leben, das ganze, reiche, volle Leben, da wir doch sterben müssen; wir wollen es wagen zu siegen und zu herrschen, da auch uns einmal der Untergang gewiss ist.

Siegen und herrschen haben wir gelernt über die titanischen Naturgewalten der Erde — die Erde wird sich an unserem Staube bezahlt machen! Siegen und herrschen haben wir gelernt über die Myriaden von Zellpygmäen des Pflanzenreiches: sie bedecken die Fluren mit Saaten auf unser Geheiss, sie machen den Wein gären und schäumen auf unser Geheiss — sie rächen sich als Seuchenbazillen an unseren Eingeweiden. Es siegt und herrscht Klasse über Klasse und nützt den Tag, denn am anderen Morgen hat ihre Stunde geschlagen, sie unterliegt und eine andere Klasse beginnt ihren Siegeszug.

Kampf ist alles — und der Friede wäre denn nichts, blosses Phantom? Wohl, er lebt in uns allen real, unsterblich — aber zur Stunde nur als innere grosse Sehnsucht. In dem Reiche der Notwendigkeit gibt es keinen Frieden, wird es nie Frieden geben. Es wird der Sturm in den Lüften, die Lava im Herzen der Berge, das Beben in den Falten der Erdrinde nie verschwinden; es werden die Flechten die Rinde der Bäume, die Wölfe das Lamm nicht schonen — sie gehorchen der Notwendigkeit.

Aber muss es denn sein, dass auch der Mensch den Menschen bekriegt? Wohl steht auch er im Banne der Notwendigkeit; er fällt in das strotzende Saatfeld anders als der Sturm oder die Feldmaus, in die Rinderherden noch anders als der Wolf, selbst in die ewigen Berge anders als das lösende Gewässer und der nagende Frost — er schont nicht die Eingeweide der Erde, noch ihre grüne Pflanzenhülle, noch ihre tierischen Geschöpfe. Er muss töten, um zu leben. Aber muss auch der Mensch den Menschen töten? Wir müssen siegen und herrschen, die Erde muss uns untertan sein bis in ihr innerstes Gewissen, das die Magnetnadel ebenso richtet nach Süd und Nord, wie unser eigen Gewissen scheidet zwischen Recht und Unrecht. Aber muss der Mensch siegen und herrschen über Menschen?

Auch das muss er — muss er heute. Denn noch leitet ihn die finstere Naturgewalt, nicht der selbstherrliche Wille. Bewusstsein und Willen besitzen die einzelnen, die Organisationen — aber die Menschheit im ganzen nicht, sie ist als Eigenwesen noch nicht geboren. Denn sie hat kein gemeinsames Organ des Denkens, kein souveränes Organ des Willens, sie lebt, real, unsterblich — aber zur Stunde nur erst in unserer grossen Sehnsucht. Ausserhalb dieser bestehen fort die Klassen, die sich bekämpfen müssen, die durch Klassengegensätze gewordenen und gehaltenen Nationen und Staaten, die das Sonderinteresse von Klassen immer wieder feindlich gegeneinander treibt. Und diese Klassen ringen nach Herrschaft, wollen, ja müssen herrschen bis zur Neige ihres geschichtlichen Tages. Es ist nicht anders im Reiche der Notwendigkeit.

Aber siehe da — es ersteht auf einer Stufe der Entwicklung eine Klasse, welche den wechselvollen Klassenkämpfen einen Abschluss verheisst, nach Karl Marx »eine Klasse der bürgerlichen Gesellschaft, welche keine Klasse der bürgerlichen Gesellschaft ist, ein Stand, welcher die Auflösung aller Stände ist, eine Sphäre, welche einen universellen Charakter durch ihre universellen Leiden besitzt und kein besonderes Recht in Anspruch nimmt, weil kein besonderes Unrecht, sondern das Unrecht schlechthin an ihr verübt wird, welche nicht mehr auf einen historischen, sondern nur noch auf den menschlichen Titel provozieren kann, ... eine Sphäre endlich, welche sich nicht emanzipieren kann, ohne sich von allen übrigen Sphären der Gesellschaft zu emanzipieren, welche mit einem Wort der völlige Verlust des Menschen ist, also nur durch die völlige Wiedergewinnung des Menschen sich selbst gewinnen kann«.

Welch gewaltiger, erhebender Ausblick! Eine Klasse ist im Reich der Notwendigkeit entstanden, sie führt ihren Kampf wie alle anderen im Banne dieser Notwendigkeit, und doch: indem sie für sich kämpft ihren egoistischen Klassenkampf und in ihm siegt, wie jede geschichtliche Macht an ihrem geschichtlichen Tage, indem sie sich selbst setzt, hebt sie die Klassen auf, gibt der ganzen menschlichen Gesellschaft ein einheitliches Organ des Bewusstseins, des Denkens und Wollens, gebiert sie die Menschheit als Eigenwesen! Die Organisation alles dessen, was Menschenantlitz trägt, zu einer frei wollenden Persönlichkeit tritt an

Stelle des Kampfes, der Naturnotwendigkeit. Das ist der grosse, von Engels vorhergesagte Sprung aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit. Mit ihm schliesst die Vorgeschichte der Menschheit nach Marx' Worte ab, der Werdeprozess der Menschheit ist beendet. Der Kampf hat als sein bestes Werkzeug die Organisation erzwungen und nun bezwingt und überwindet die Organisation den Kampf — allerdings nur den Kampf der Menschen untereinander.

Der Kampf aller anderen Klassen war nur das Vorspiel neuer Klassenkämpfe — der Kampf und Sieg des Proletariats aber ist das Ende der Klassenkämpfe, ist der Friede.

Und das ist seine besondere Weihe, seine Heiligung! Ja, wir wollen leben und siegen, nicht nur weil wir einst sterben und unterliegen müssen, nein, auch weil unser Leben und Sieg zugleich die Geburt der Menschheit bedeutet. Wir wollen auf uns nehmen das Leid des Kampfes, nicht nur weil der Kampf auch Lust ist, sondern weil unser Kampf endlich die Verheissung erfüllt: Friede den Menschen auf Erden! Friede vor dem Mitmenschen!

\* \* \*

Diese grossen Kämpfe der Welt in den Geburtswehen einer neuen Gesellschaft mitzukämpfen, für sie Waffen herbeizuschaffen, soweit wir's vermögen in der bescheidenen Schmiede unseres Denkens, ist die Aufgabe unseres Blattes, und darum nennen wir's den Kampf.

Aber in der grossen Kampftarmee des Proletariats sind wir nur ein detachiertes Korps. Wir wollen uns den Blick auf das Ganze keineswegs verschliessen, wollen es uns auch nicht versagen, ab und zu einem aus dem »Grossen Generalstab« das Wort zu geben, aber wir fürchten, dass uns für die höchsten Fragen des Gesamtproletariats wenig Raum und Zeit bleibt. Das Schicksal hat das österreichische Korps der Internationale auf einen ganz besonderen Boden versetzt und mit Aufgaben belastet, die so eigenartig, so knifflig, ja so absonderlich sind, dass wir mit uns selbst alle Hände voll zu tun haben. Und dazu kommt noch, dass die Lösung unserer Sonderfragen für die gesamte Internationale höchst bedeutsam, ja geradezu präjudizierlich werden kann. Viel eher dürften wir in die Lage kommen, den grossen Generalstab der Internationale um Rat zu fragen, als selbst zu raten. Wir müssen und wollen uns also grundsätzlich auf uns selbst, auf die österreichischen Probleme beschränken.

Jedes Proletariat entwickelt seine besonderen Tugenden kraft der Natur seiner Aufgaben. Wurden die Deutschen als Kinder des Volkes der Dichter und Denker die Lehrmeister der Theorie, die Engländer die Vorbilder der gewerkschaftlichen Organisation, die Belgier die Meister im Genossenschaftswesen, die Franzosen die Pfadfinder der revolutionären und parlamentarischen Taktik, die Russen endlich bewunderte Vorbilder persönlichen Kampf- und Opfermuts — die ausgleichende Tendenz des Kapitalismus hat übrigens in der jüngsten Zeit auch den Austausch, die Verallgemeinerung und Ergänzung dieser Vorzüge bewirkt — so blieb uns Oesterreichern eine Besonderheit vorbehalten. Wir hatten und haben vor allem die schwierige Aufgabe, den Gedanken der Internationalität in die lebendige Wirklichkeit zu übersetzen. Wir können es nicht anders als im Kampfe, wir wundern uns darüber nicht, dass uns keine fertige Lösung in den Schoss fällt, wir verzagen nicht, weil wir einander abringen, was zum Schlusse der Vorteil aller sein wird. Konnten wir, die Schüler des historischen Materialismus, es anders erwarten?

Zu dieser Aufgabe kam eine zweite. Jedes andere Proletariat — auch das

russische — sah sich einer festen typischen Staatsform gegenüber. Wir in Oesterreich haben es mit einem staatlichen Chaos zu tun, mit Staatsrechten, die nicht sterben, und mit Staatseinrichtungen, die nicht leben können, mit einer Staatenverbindung (zwischen Oesterreich und Ungarn), die nicht beisammen bleiben und nicht auseinanderfinden kann, mit mittelalterlich-feudalen autonomen Kronländern, welche die Nationen, und mit unorganisierten rechtlich ungeborenen Nationen, welche die Kronländer zerreißen wollen. Staatengemeinschaft, Staat, Kronland, Nation — keines von allen voll geboren oder endgültig abgestorben, allesamt Mischgebilde von Geburt und Tod. Gespenster, mit denen wir uns am hellichten Tage, an jedem Tage herumraufen müssen, weil unsere Gegner von ihnen besessen sind! Und dazu steht das Ganze selbst immerwährend in Frage: Wird dieses Reich, der Doppelstaat Oesterreich-Ungarn, wird die Hälfte diesseits der Leitha für sich bestehen können oder das Gebilde sich auflösen und stückweise den Nachbarn zufallen? Wie sollen die Portionen diesen Nachbarn vorgeschritten werden? — Von jeder einzelnen dieser Teilfragen lebt irgend eine unserer bürgerlichen Parteien, mit denen wir kämpfen, und also müssen wir Stellung nehmen. Diese Zwangslage fordert von uns, in die etwas langweiligen Fragen der Staatsverfassung und Staatsverwaltung einzudringen, nötigt uns zu juristischen Spitzfindigkeiten und taktischen Kleinkünsten und zwingt uns wider Willen und Geschmack vielleicht dazu, die Staatsrechtler der Internationale zu werden.

Der Mannigfaltigkeit der Nationen und der staatlichen Einrichtungen entspricht, halb als Ursache, halb als Folge, eine bunte Mischung wirtschaftlicher und kultureller Entwicklungsstufen der Bevölkerung. Jede grosse Nation des Westens umschliesst trotz provinzieller Verschiedenheiten ähnlich denkende, ähnlich wirtschaftende Menschenmassen und ist so wirtschaftlich und kulturell eine Einheit. Anders bei uns: Deutschböhmen steht auf der Wirtschaftsstufe Sachsens, Oberösterreich auf jener Alt-Bayerns; Ostgalizien dagegen hat Agrarverhältnisse wie das Land der walachischen Bojaren oder wie manche Gebiete Russlands, das Küstenland mit Kolonat und Kontadinat erinnert an Italien. Von sämtlichen Wirtschaftsformen Europas — einschliesslich der Türkei — finden wir in der Monarchie Beispiele. Es ist nur natürlich, dass die staatliche Verwaltung, insbesondere die Gemeindeorganisation, die sich am engsten der wirtschaftlichen Entwicklung anschliesst, trotz der rechtlich gleichartigen Ausgestaltung, in Funktion und Wesen von Landstrich zu Landstrich ganz verschieden ist. Mitten in diese abweichenden ökonomischen und politischen Verhältnisse fällt nun überall die Leuchte sozialistischer Propaganda. Das gibt ein Bild allerhöchster Mannigfaltigkeit. Wir haben Sozialdemokraten kraft der Reife der kapitalistischen Entwicklung, wie in Böhmen, und solche vermöge ihrer Rückständigkeit, wie in Ostgalizien. Was in der Internationale ein zeitliches Nacheinander darstellt: Handwerker-, Gesellen-, Manufakturarbeiter-, Fabriks- und Landarbeitersozialismus, was in jedem Proletariat wellenförmig wechselt und bald die rein politische, bald die rein soziale, bald die geistige Seite der Bewegung emportreibt, das stellt sich hier in jedem Zeitpunkte nebeneinander dar. Diese, auch wirtschaftspolitische Reichhaltigkeit der österreichischen Bewegung ist bisher, da uns der politische Kampf um das Stimmrecht voll in Anspruch nahm, noch nicht zum Ausdruck gekommen; sie kann uns in Zukunft verwirren, sie kann uns, klar erfasst, geistig und politisch ausserordentlich anspornen und vorwärtsbringen. Wollen wir sie uns nutzbar machen, dann müssen wir sie zunächst erforschen und theoretisch meistern.

Wir haben, wie man sieht, im Lande so viele Probleme, dass wir diese allein bewältigen zu können bange sind. Denn hier gilt es nicht, von aussen übernommene Formeln einfach zu übertragen. Wir bringen nichts zu dem Werke mit als die Methode, beileibe keine Resultate. Wir müssen erst erforschen, wie sich im einzelnen das nationale Leben und der nationale Kampf auf Grund der wirtschaftlichen Tatsachen abspielt; wir müssen erst erforschen, wie das Recht und die Staatsorganisation dieser Probleme Herr werden können; wir müssen erst erforschen, wie so grosse kulturelle Unterschiede im Proletariat selbst einheitlich in der Partei, in Programm und Politik zusammenzufassen und beisammenzuhalten sind. Und wir können die Ergebnisse nicht in die Bewegung hineintragen, sondern bloss aus ihr herauslesen, indem wir dem, was ist und wird, rechtzeitig das gangbare Gepräge des Wortes, des gedanklichen Ausdrucks leihen. Das Sein bestimmt unser Bewusstsein, es bestimmt es erst klar und deutlich, wenn der neue Bewusstseinsinhalt Begriff, Wort, ja Schlagwort geworden ist.

Was wir so an Erkenntnis erringen, soll unmittelbar in den Dienst der Bewegung treten, wie es aus der Bewegung geboren ist. Im »Kampfe« mitkämpfen sollen darum die Vertreter aller drei Organisationszweige. Die politische Partei, die bestimmend in unsere innere Politik eingreift, unsere Gewerkschaftsbewegung, die zur wirtschaftlichen Grossmacht in der Produktion geworden, unsere Genossenschaftsbewegung, die das Proletariat als Konsumenten vereinigt und dadurch den volkswirtschaftlichen Konsum zu organisieren sich anschickt, kurz alle drei Faktoren unserer Bewegung, alle drei Bataillone unseres Kampfkorps brauchen ein zusammenfassendes wissenschaftliches Organ. In keinem Lande besteht, wie auf dem Stuttgarter Kongress rühmend anerkannt wurde, ein so inniges Zusammenwirken der gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und politischen Bewegung wie in Oesterreich — und dies trotz der betonten wirtschaftlichen und kulturellen Differenzierung des Landes.

Diese Einheitlichkeit der Bewegung soll ihr Ausdrucksmittel finden in einer Zeitschrift, die alle geistigen Kräfte, welche auf diesen drei Arbeitsfeldern schaffen, zum Austausch der Erfahrungen und zu gemeinsamer Fortbildung zusammenführt. Das Arbeiterbildungswesen, das Bibliothekswesen der Arbeitervereine, das Kunststreben des Proletariats, alle seine Kulturbestrebungen sollen in diesem Organ kritisch und anregend behandelt werden. Ein Spiegelbild also des wirtschaftlichen und politischen Strebens des österreichischen Proletariats im ganzen sowie des geistigen Lebens der deutschösterreichischen Arbeiterschaft im besonderen soll der »Kampf« werden.

Er soll sich würdig den Organen anderer Nationen und Länder an die Seite stellen und den Mitstrebenden offenbaren, dass dieses Detachement der grossen Armee der Internationale seine besonderen Aufgaben begreift und erfüllt und da zugleich auch allen allgemeinen Pflichten getreulich nachlebt. Er soll den Brüdern in der Fremde verkünden, dass wir mutig weiterkämpfen wie sie, dass wir den starken Willen haben, zu leben und zu siegen, bis allüberall und so auch in unseren Landen mit den herrschenden Klassen die Klassenherrschaft abgetan ist und Friede herrscht zwischen den Völkern, zwischen Mensch und Mensch. Wir alle, wie viele Zungen wir auch reden, ringen mit um die »völlige Wiedergewinnung des Menschen« und werden wieder geboren werden in der Allmenschheit, welche Kampf und Herrschaft nur kennt gegenüber der Natur, zwischen Menschen und Völkern aber nur das gleiche Recht und den gleichen Anteil aller an den Reichen des Geistes und den Freuden der Erde.

## Viktor Adler: Neue Aufgaben

In Stüttgart wurden die Delegierten aus Oesterreich von allen Seiten mit Glückwünschen begrüsst: »Ihr seid die Sieger!« In der Tat haben die siegreiche Durchführung des Wahlrechtskampfes und fast noch mehr unsere Wahlerfolge auf unsere Genossen im Auslande einen grossen Eindruck gemacht, einen um so überraschenderen vielleicht, als man da draussen von uns bisher recht wenig gewusst hat und zudem die internationale Einschätzung unserer Partei beeinflusst ist von dem negativen Prestige, dessen sich unser Staatswesen allgemein erfreut. Nun darf sich die Sozialdemokratie Oesterreichs mit gutem Gewissen der Anerkennung ihrer Leistung freuen und das Bewusstsein, dass sie entscheidenden Anteil genommen hat an der jähen Wendung in der Geschichte unseres Landes, muss ihr Kraftgefühl und ihr Selbstvertrauen erhöhen. Aber die Freude an der vollbrachten Arbeit tritt zurück vor der Erkenntnis, dass weit Schwereres nunmehr zu vollbringen ist.

Das ist die Empfindung, die alle denkenden Parteigenossen beherrscht: die österreichische Sozialdemokratie ist mit der Erringung des Wahlrechtes in einen neuen Abschnitt ihrer Entwicklung eingetreten, der noch weit grössere Anforderungen an ihre Leistungsfähigkeit stellen wird als der soeben in zwei Jahren der höchsten Anspannung aller Kräfte überwundene. Die Wegräumung der Ruinen des Kurienparlaments hat den Ausblick eröffnet auf Probleme, die noch weit radikalere Lösungen erheischen, und hat erst die Bedingungen geschaffen, sie vorzubereiten. Das Klasseninteresse des Proletariats verlangt gebieterisch, dass die politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der Völker von den Hemmungen befreit werde, die der nationale Kampf ihr bereitet. Die Lähmung des Staates, unter der die Arbeiterschaft weit mehr leidet als alle anderen Klassen, muss durch eine grundstürzende Umwälzung und eine grundlegende Neuordnung der Verfassung und Verwaltung überwunden werden. Wir erleben es in Oesterreich, dass das Proletariat unter der kläglichen Ohnmacht des Klassenstaates mehr leidet, als es unter seiner furchtbarsten Uebermacht je leiden könnte. Das nationale Problem ist nicht nur ein Problem des Staates, sondern vor allem die Schicksalsfrage des Proletariats aller Völker in Oesterreich. Es kann aber nur gelöst werden, den Völkern kann nur ungehemmte nationale und damit kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung werden durch die Sprengung des historischen Gefüges des Staates und durch die Beseitigung des bürokratischen Gerüstes, das nicht mehr stützt und trägt, sondern einengt und würgt.

Noch einmal sei es gesagt: ein proletarisches Klasseninteresse ist diese Neuordnung und darum erscheint die revolutionäre Sozialdemokratie in Oesterreich in ihrem Wesen weit mehr konstruktiv als destruktiv. »Staatserhaltend« sei die österreichische Sozialdemokratie, höhnen die Feinde und mitunter auch die Freunde. Fällt uns nicht ein: an diesem Staat ist ver-teufelt wenig zu erhalten, aber staatsbildend sind wir, wollen wir wenigstens, müssen wir sein, weil die besitzenden Klassen auch diese erste, primitivste Leistung schuldig geblieben sind. Daher der positive Charakter der sozialdemokratischen Politik in Oesterreich und darum gehört es zu ihrem grössten Ruhme, was Genosse Austerlitz an positiver Leistung zur Lösung des Wahlrechtsproblems, was Genosse Renner an positiver Leistung zur Lösung des nationalen Problems beigetragen hat. Wir österreichische Sozialdemokraten haben ganz besondere politische und taktische Probleme und müssen uns ihre Lösungen selbst erarbeiten. Die Traditionen des proletarischen Kampfes in anderen Ländern können uns in diesen entscheidenden und schwierigsten Fragen leider wenig helfen und die bittere Not zwingt uns, selbst unseren eigenen Weg zu suchen.

Den Weg suchen heisst aber mehr als nur das Ziel setzen, so schwierig das schon sein mag. Denn die Anerkennung der nationalen Autonomie und der Demokratie als Grundlage der zu erstrebenden Verfassung war eine ausreichende Formel, solange das Kurienparlament jede praktische Annäherung an die Sache ausschloss. Nunmehr wird es gelten, den Rahmen des Prinzips mit deutlichen und konkreten Vorstellungen zu füllen und diese politische Leistung wird die gesammelte Kraft und die hingebendste gemeinsame Arbeit und den grössten politischen Mut der Sozial-

demokraten aller Nationen erfordern. Wie schwierig sie sein wird, davon gibt das soeben sehr rechtzeitig erschienene gedankenreiche Buch Otto Bauers einen überaus deutlichen Begriff. Die gemeinsam gewonnene Erkenntnis des Notwendigen zur bewussten, mit aller Energie gewollten Forderung des Proletariats zu machen, die Widerstände zu überwinden, die sich ihrer Verwirklichung in den Weg stellen werden, das wird der Hauptinhalt des schweren Kampfes sein, der der Sozialdemokratie bevorsteht.

Dass mit dem Kampfe um die nationale Autonomie die Gestaltung und die zukünftige Entwicklung der Organisation unserer Gesamtpartei aufs engste verknüpft ist, sei in diesem Zusammenhang nur flüchtig berührt. Auch hier liegt ein spezifisch österreichisches Problem, von dessen Bedeutung und dessen Schwierigkeiten unsere glücklicheren Bruderparteien keine Ahnung haben. Was sie allein beschäftigt, ist das Verhältnis des Proletariats zu den anderen Klassen. Für uns ist die schwierigste Frage das Verhältnis der Proletariate der verschiedenen Nationen zueinander und die sich daraus ergebenden organisatorischen Notwendigkeiten. Auch hier ist mit allgemeinen Grundsätzen noch lange nicht alles getan, vielmehr sorgfältigste Anpassung an das in jedem Augenblick Erforderliche geboten. Die internationale Solidarität des Proletariats der ganzen Welt zu bekunden, ist erheblich leichter, als diese internationale Solidarität innerhalb der engen, schwarzgelben Grenzpfähle wirksam und widerspruchlos zu betätigen. Bisher können wir mit dem Funktionieren unserer Organisation im ganzen zufrieden sein und sie hat die schwere Probe bestanden, eine brauchbare Grundlage für unsere parlamentarische Organisation zu geben. Aber es ist eine immer wieder neu zu lösende Aufgabe, neben der naturgemäss sich immer schärfer ausprägenden Selbständigkeit unserer nationalen Organisationen die internationale Geschlossenheit der Gesamtpartei zu wahren.

Stellt uns das allgemeine Wahlrecht so vor neue Aufgaben von ungeheurer Schwierigkeit, so sind die alten nicht leichter geworden. Gewiss haben wir in dem Wahlrecht agitatorisch und organisatorisch eine Waffe gewonnen, deren Segen wir schon heute, nach wenigen Monaten, empfinden. Wir haben solange und so viel von den Vorteilen des Wahlrechtes gesprochen, dass darüber kein Wort weiter verloren werden soll. Aber wir müssen darauf gefasst sein und wir spüren es da und dort schon heute, dass das Wahlrecht nicht nur uns Vorteile gebracht hat, sondern ebenso unseren Gegnern. Sie haben sich zwar weidlich gestraubt gegen die erzieherischen Wohltaten des gleichen Rechtes, aber da sie sie doch über sich ergehen lassen mussten, profitieren sie auch davon. Das Privileg hat das Bürgertum faul und politisch dumm gemacht bis zur vollständigen Versumpfung und Kampfunfähigkeit, so dass schon eine vielfach recht primitive Organisation unserer Partei ihm weit überlegen war. Diese relative Ueberlegenheit wird aufhören; die freie Luft des gleichen Rechtes wirkt regenerierend auf das faule Fleisch unserer Gegner und wir werden stärkere Widerstände zu überwinden haben. Schon darum ist die intensivste Arbeit an dem Ausbau unserer Organisation eine dringende und drängende Notwendigkeit. Hier wird unser Parteitag, der demnächst zusammentritt, sein Bestes zu leisten haben. Die Aufgabe ist aber um so schwieriger, weil das Arbeitsfeld ungemein gewachsen ist. Die Wahlen haben uns neben gelegentlichen Enttäuschungen manche angenehme Ueberraschung gebracht. Die wichtigsten davon waren nicht etwa die etlichen Mandate, auf die wir kaum zu rechnen gewagt hatten, sondern die ganz beträchtlichen Stimmzahlen; die wir in Bezirken erreichten, wo uns unsere agitatorische Arbeit bisher wenig aussichtsreich erschienen war. Diese Erfolge legen uns grosse, unabweisliche Pflichten auf. Es handelt sich dabei meist um Wahlbezirke, wo noch lange nicht an das Durchdringen eines sozialdemokratischen Abgeordneten gedacht werden kann, aber ein empfängliches, unserer Agitation zugängliches Proletariat ist da und darum haben wir mit voller Kraft einzusetzen und alle Aufwendungen an Menschen und Mitteln zu machen, die nötig sind, um diese Schichten zu erwecken.

Nun fehlt es uns, offen ausgesprochen, an beidem: an Menschen und an Mitteln. Die Partei ist in den letzten Jahren rasch gewachsen und sie hat unstreitig an Leistungsfähigkeit gewonnen. Aber das rapide Aufblühen der Gewerkschaftsbewegung, das unser Stolz und unsere Stärke ist, die erfreuliche Entwicklung der Genossenschaftsorganisation, unser Fortschreiten auf allen Gebieten hat eine so

bedeutende Zahl von agitatorisch und organisatorisch tüchtigen Genossen in Anspruch genommen, dass der Nachwuchs dem Bedarfe nicht genügt, und zwar weder der Zahl nach noch der Durchbildung nach. Wir können unsere Leute nicht reif werden lassen, wir können ihnen nicht die Zeit gönnen zur methodischen Schulung. Wir haben eine erfreuliche Anzahl tüchtiger Praktiker, die ihre Arbeit klaglos, vielfach vorzüglich leisten, aber sie können der Aufgabe nicht genügen, einen Nachwuchs heranzuziehen, weil sie selbst zu wenig Schulung geniessen konnten und weil sie so überbürdet sind mit täglich drängender Arbeit und Ueberarbeit, dass an geordnete, irgendwie systematische Weiterbildung kaum zu denken ist. Diese Not ist die Folge der Kriegsjahre, die wir hinter uns haben. Wir alle haben wie im Feldlager gelebt, ohne Ruhe, ohne Musse, stets von der Hand in den Mund. Die Fähigkeit, die wir am meisten ausgebildet haben, ist die Schlagfertigkeit, die Kampfbereitschaft, aber die Gründlichkeit unserer Schulung konnte nicht Schritt halten. Dazu kommt, dass die Notwendigkeit, alle Kraft auf einen Punkt, den Wahlrechtskampf, zu konzentrieren, eine gewisse Einseitigkeit zur Folge haben musste. Hier muss mit aller Energie eingegriffen werden. Soll die Partei nicht verflachen, so müssen wir um jeden Preis, koste es, was es wolle, die Bildungsarbeit der Partei mit aller Kraft aufnehmen. Die Mittel dazu können und müssen beschafft werden. Die grossen Volksversammlungen, so nötig sie sind, dürfen auf die Dauer nicht den Vorträgen die Kräfte entziehen. Die intensive Kleinarbeit der sozialdemokratischen Schulung muss wieder in den Vordergrund gestellt werden und die besten Kräfte der Partei müssen sich ihr widmen. Wähler gewinnen ist nützlich und notwendig; Sozialdemokraten erziehen ist nützlicher und notwendiger.

Freilich, auf ruhige Zeiten dürfen wir auch jetzt nicht rechnen. Ganz im Gegenteil. Nicht allein um die grossen Ziele der Verfassungsreform, um jedes kleinste Stück sozialer Reform werden wir bitter zu kämpfen haben. Wenn man Herrn Beck gläubigen Gemütes zuhört, möchte man allerdings glauben, wir hätten eine Aera ausgiebigster sozialpolitischer Aktionen vor uns und Regierung wie bürgerliche Parteien hätten gar kein dringenderes Anliegen an die Sozialdemokratie, als von ihr bei dieser Reformarbeit nicht gestört, sondern unterstützt zu werden. Es ist schwer zu sagen, wie viel Selbsttäuschung in dieser Täuschung steckt. Sicher ist, dass sich die bürgerlichen Parteien noch niemals in Oesterreich mit so klarem Bewusstsein zu gemeinsamem Kampfe gegen die Sozialdemokratie vereinigt haben als in diesem Parlament, und dass der Inhalt dieses Kampfes sein wird und naturgemäss sein muss der äusserste und geschlossene Widerstand gegen jede Massregel, die ihr Profit- und Herrschaftsinteresse zu beeinträchtigen geeignet ist. Die Lehre vom Klassengegensatz wird uns jetzt von unseren bürgerlichen Gegnern praktisch demonstriert. Nur der wohl-erworbene Respekt, in den sich die Arbeiterschaft zu setzen wusste, hindert die vereinigte Reaktion daran, den so oft und heiss ersehnten Vorstoss gegen das Koalitionsrecht zu machen. Von ernsthafter Sozialpolitik der Regierung ist aber vorläufig nichts zu sehen, so weit das Auge reicht. Sogar die Alters- und Invaliditätsversicherung ist noch immer nicht über ihre dekorative Verwertung in feierlichen Ansprachen hinausgekommen und es ist nicht abzusehen, wann endlich dem Parlament ein konkretes Gesetz vorliegen wird. Und doch wäre Eile dringend geboten. Denn heute ist jede sozialpolitische Arbeit im Parlament wie ausserhalb desselben einigermassen begünstigt durch die industrielle Hochkonjunktur. Nicht der Schrecken der Krise, nur ein leises Abflauen der Konjunktur wird genügen, um den Widerstand der Unternehmerschaft und ihrer parlamentarischen Vertretung aufs äusserste zu steigern und sie zu jedem reaktionären Anschlag zu ermutigen. Es wird also nötig sein, den sozialpolitischen Arbeitseifer der Regierung zu spornen, und der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten steht unmittelbar vor der schwierigen und verantwortungsvollen Aufgabe, in wirksamer Weise sein volles Gewicht geltend zu machen. Auch die parlamentarische Arbeit der Partei ist gerade durch ihren grossen Erfolg in eine neue Phase eingetreten und auch hier müssen die sachlichen Ziele und die taktischen Bedingungen des Kampfes in ernster Bemühung festgestellt werden.

Zu dieser reicheren, umfassenderen und vertiefteren Betätigung der Partei bedürfen wir vor allem der Ausgestaltung unseres kostbarsten politischen Werkzeugs, unserer Presse. Was sie dem Proletariat bisher geleistet, ist in seiner Eigenart



einzig und wird ihr unvergessen bleiben. Aber auch ihre Aufgaben sind nunmehr grössere geworden und wir werden unser Aeusserstes tun müssen, um sie den neu erstandenen Notwendigkeiten anzupassen.

Wie lebendig das Bewusstsein der neuen Pflichten und der erhöhten Verantwortung in der Partei ist, davon legt die Begründung dieser neuen Zeitschrift Zeugnis ab. Lange geplant und zögernd nach allen Seiten erwogen, wurde sie endlich gewagt, da wir es nicht länger entbehren können, einen Boden für Erörterungen zu haben, den uns unsere Presse, die der brennenden Not des Tages dienen muss, nicht bieten kann. Wenn der »Kampf« leistet, was er soll, wird er die Stätte sein, wo die Kampfziele und Kampfmethoden der Partei in gemeinsamer Erörterung erarbeitet werden. Wir haben kein Bedürfnis, eine Arena für theoretische Turniere zu eröffnen, aber wir brauchen dringend ein Organ der Selbstverständigung, einen Boden für unbefangene und nicht verpflichtende Meinungsäusserung, für den Austausch von Gedanken, die noch lange nicht bindende Parolen sind, eine Werkstatt für die innere Arbeit der Partei an sich selbst. Hier sollen die ganz eigenartigen Probleme erörtert werden, die dem Proletariat in Oesterreich aufgebürdet sind. Was diese Zeitschrift uns leisten soll, ist schwierig zu erfüllen, aber es ist uns bitter notwendig, und weil sie aus der Not geboren wurde, braucht uns um das Gelingen nicht bange zu sein.

---

---

## Karl Kautsky: Ein Brief

Liebe Genossen!

Ihr fordert mich auf, für die erste Nummer des »Kampf« einen Artikel zu schreiben. Dazu fehlt mir leider die Zeit.

Aber diese Ablehnung soll nicht einen Mangel an Sympathie bekunden. Ich bin im Gegenteil der Ansicht, dass der »Kampf« eine nützliche und höchst notwendige Funktion zu erfüllen hat und gerade im richtigen Moment zu erscheinen beginnt.

Die marxistische Methode ist keine starre Schablone, die allen von der Regel abweichenden Erscheinungen gegenüber versagt. Das kann nur jemand behaupten, der nie versucht und nie verstanden hat, sie selbständig anzuwenden. Wenn die marxistische Methode uns gestattet, bis zu den letzten einfachen Bewegungsgesetzen der Gesellschaft vorzudringen, so gestattet sie uns nicht minder und gerade dadurch, auch die unendliche Fülle der Erscheinungen zu begreifen, die aufs mannigfaltigste und oft in widersprechendster Art auf der Oberfläche der Erscheinungen zutage treten. Die anscheinend verwirrende Mannigfaltigkeit, die sich aus den verschiedenen Kombinationen der Elemente ergibt, wird nur verständlich für denjenigen, dem es gelungen ist, diese Elemente in vollster Reinheit herzustellen und zu erkennen.

Weit entfernt, dass wir Marxisten uns der Erkenntnis des Mannigfaltigen verschliessen und es in das Prokrustesbett einer Schablone pressen wollen, bietet es für uns gerade den grössten Reiz, jede Eigenart in ihrer Besonderheit zu erfassen, allerdings in ihr die allgemeinen Elemente zu entdecken, aber auch die eigentümliche Kombination dieser festzustellen, die jene gesellschaftliche Besonderheit erzeugt.

Es wird aber wenige Staaten geben, die so viele Besonderheiten aufweisen und daher dem historischen Forscher wie dem praktischen Politiker so harte Nüsse zu knacken geben wie Oesterreich mit seinen nationalen Unterschieden und Gegensätzen. Da haben wir vor allem nicht eine einige, sondern eine national gespaltene Bourgeoisie, ihr gegenüber auf der einen Seite eine weit weniger national zerklüftete Aristokratie, aber auch auf der anderen Seite ein weniger national geteiltes Proletariat. Das mindert die Kraft der Bourgeoisie, erhöht aber gleichzeitig auch die Kraft der beiden anderen Klassen. Das bisherige Ueberwiegen des Feudaladels führte zur Verlangsamung der ökonomischen Entwicklung, die aber merkwürdigerweise zusammenfällt mit einer rasch wachsenden Bedeutung des Proletariats. Dieses hat in Oesterreich nicht bloss seinen Emanzipationskampf zu führen, ihm fällt auch infolge der aus

dem nationalen Kampf hervorgehenden Impotenz der Bourgeoisie heute schon mehr als in Westeuropa die Aufgabe zu, den allgemeinen gesellschaftlichen Fortschritt zu vertreten. Bisher schien aber auch die ökonomische Rückständigkeit, das Ueberwiegen der Bauern und Kleinbürger eine Herrschaft des Proletariats in weite Ferne zu schieben, was die Angst der besitzenden Klassen vor dem Proletariat erheblich verminderte.

Wir haben aber auch in Oesterreich Nationen, die aus ihrem Schosse keine Aristokratie und auch noch keine grosse Bourgeoisie von Belang erzeugt haben, die von der Aristokratie und Bourgeoisie anderer Nationen ausgebeutet werden, als Bauern, Kleinbürger, Proletarier. Hier verschlingt sich der Klassenkampf mit dem nationalen Kampf. Als einzige kampffähige Klasse der arbeitenden Bevölkerung, als einzige derselben, die imstande ist, ohne fremde Führung dauernd eine feste Partei zu bilden, wird in solchen Nationen das Proletariat der Vorkämpfer der ganzen Nation um die Mittel kulturellen Aufstiegs.

Endlich aber schwächt die nationale Zersplitterung und die Bedeutung des Feudaladels die Macht der zentralistischen Bürokratie auch als Unterdrückungsmittel gegenüber den unteren Klassen; aber gleichzeitig wird diese Bürokratie auch unabhängiger als anderswo bei gleicher Höhe der Produktionsweise von der Bourgeoisie, indes ihre zentralistischen Tendenzen sich teilweise begegnen mit dem Bestreben des Proletariats nach internationaler Zusammenfassung seiner Kräfte.

Alles das bewirkt, dass das Proletariat in Oesterreich eine weit höhere Bedeutung erlangt hat, als der ökonomischen Entwicklungsstufe des Landes entspricht, dass ihm aber auch Aufgaben zufallen, die mit seinem Emanzipationskampf nur lose zusammenhängen. Das ist eine stolze Situation, aber auch eine gefährliche. Nirgends liegt die Verführung für die Sozialdemokratie näher als in Oesterreich, sich Illusionen über die eigene Kraft hinzugeben und sich auf Abwege zu begeben, in zweifelhaften Experimenten Zeit und Kraft zu vergeuden, sobald man in das Getriebe der praktischen Politik gerät.

Nirgends ist es daher wichtiger, die Eigenart des Landes und ihre Rückwirkungen auf den proletarischen Klassenkampf wissenschaftlich zu erforschen, nirgends ist aber diese Aufgabe schwieriger, sind also Meinungsverschiedenheiten leichter möglich, ist deshalb ein besonderes Organ für solche Forschung und Diskussion mehr am Platze als in Oesterreich.

Und niemals mehr als jetzt.

Es war ein eigentümliches Schauspiel, das uns Oesterreich im letzten Jahrzehnt bot. Die Sozialdemokratie aller Länder war erfüllt von den lebhaftesten inneren Kämpfen; diese waren kein Zufall, entsprangen auch nicht etwa der Bösartigkeit einzelner Marxisten oder Revisionisten, sondern waren ein Produkt der historischen Situation. Ueberall gewann die Sozialdemokratie an Boden, wurde sie eine Macht ersten Ranges. Konnte sie diese Macht benützen, um sofort erhebliche praktische Vorteile für das Proletariat zu erringen, und wie konnte das geschehen?

Da war auf der einen Seite die Anschauung, dass gerade unsere Fortschritte vorläufig dahinführten, das Erringen erheblicher praktischer Vorteile für das Proletariat immer seltener und schwieriger zu machen. Solche Errungenschaften waren bisher eine Folge der Spaltungen der herrschenden Klassen gewesen. Diese Spaltungen treten um so seltener ein, je mehr das Proletariat erstarkt. Um so mehr schliessen sich die besitzenden Elemente sowohl im gewerkschaftlichen wie im politischen Kampfe gegen das Proletariat zusammen. Wichtiger als je wird nun die innere Geschlossenheit, die straffe Organisation, aber auch die Zielklarheit des Proletariats, das nur noch von der eigenen Kraft weitere Erfolge von Belang zu erwarten hat.

Dieser Standpunkt konnte diejenigen nicht befriedigen, die um jeden Preis die zunehmende Macht des Proletariats in sofortige praktische Resultate umsetzen wollten. Dass es augenblicklich solche aus eigener Kraft nicht durchsetzen konnte, lag klar zutage. Wollte man praktische Resultate, so musste man ihm Bundesgenossen suchen aus den anderen Klassen, musste man aber auch eine Politik treiben, die solche anzog, musste man seine Kraft für deren Interessen einsetzen.

Zwischen diesen beiden Standpunkten gab es keine Versöhnung, der Kampf zwischen ihnen musste ausgefochten werden. Das war keinem der dabei Beteiligten ein Vergnügen, aber eine Notwendigkeit, der er sich nicht entziehen konnte.

Während dieser Kampf ganz Europa von der Themse und Seine bis zur Wolga erfüllt, blieb jedoch Oesterreich ganz ruhig. Von einer Diskussion hörte man dort gar nichts. Das war nicht irgend einem Nationalcharakter geschuldet. Gerade die österreichische Arbeiterbewegung ist reich an inneren Kämpfen. Meine persönlichen Erinnerungen daran sind noch sehr lebhaft. Als ich in die Partei kam, wurde sie zerrissen durch den Kampf Scheu-Oberwinder. Als ich sie verliess, um im Ausland zu wirken, lief eben Peukert mit seinem Anhang Sturm gegen die Sozialdemokratie.

Wir Oesterreicher können ebenso lebhaft und ruhig diskutieren, wie irgend welches Volk der Welt. Wenn die Genossen Oesterreichs im letzten Jahrzehnt trotz der allgemeinen internationalen Diskussion von ihrer Fähigkeit, daran teilzunehmen, keinen Gebrauch machten, so liegt die Ursache wohl an der besonderen historischen Situation, in der sie sich befanden. Das alte Parlament war zur Ohnmacht verurteilt, in ihm war nichts mehr zu erreichen. Es musste durch eine Wahlreform weggefegt werden, ehe überhaupt wieder von parlamentarischer Tätigkeit die Rede sein konnte. Für seine Aktionen ausserhalb des Parlaments bedarf aber das Proletariat keines Verbündeten, die besorgt es am wirksamsten allein. Und seine ganze politische Aktion galt im letzten Jahrzehnt ausschliesslich einem einzigen Punkte, über den ein Zweifel nicht möglich sein konnte: der Wahlreform.

Wohl konnten Zweifel auftauchen darüber, welche Aktion in jedem gegebenen Momente am zweckmässigsten sei. Aber kein Kriegsrat diskutiert darüber in der Oeffentlichkeit, vor dem Feinde. Die allgemeinen Richtlinien der Politik aber waren durch die Situation selbst gegeben.

Das hat jetzt aufgehört. Das gleiche Wahlrecht ist in einigermassen annehmbarer Gestalt wenigstens für den Reichsrat errungen, das Parlament wieder arbeitsfähig und die Sozialdemokratie als stärkste Partei in dieses eingezogen.

Nun erhebt auch für die Sozialdemokratie Oesterreichs dieselbe Frage, die uns im übrigen Europa so lange beschäftigt hat und zum Teil noch beschäftigt: Was nun? Was wollen und können wir mit unserer Macht anfangen? Eine Frage, nirgends leicht zu lösen, doppelt schwierig zu lösen in einem Lande mit so abnormen Verhältnissen wie Oesterreich, wo es noch nicht einmal feststeht, ob der Gärungsprozess, den es durchmacht, der Durchgangsprozess zur Klärung, zur Herstellung eines brauchbaren Produkts, oder zu völligem Zerfall der Elemente wird.

An Problemen ist da kein Mangel, eine schwierige Aufgabe liegt dem »Kampf« ob, aber auch eine interessante. Und nicht bloss das. Die Probleme, um die es sich handelt, sind keine akademischen, die allein den Forscher interessieren. Von der Art ihrer Lösung hängt zum grossen Teil die des praktischen Wirkens der Sozialdemokratie Oesterreichs ab, hängt es ab, ob sie ihre volle Wucht zu entfalten vermag oder ob das kämpfende Proletariat innerhalb der schwarz-gelben Grenzpfähle einen Teil seiner Kraft an unmöglichen Lösungen vergeudet.

Gelingt dem »Kampf« sein Werk, dann wird er der Partei unschätzbare Dienste erweisen.

Und darum meine herzlichsten Wünsche zu Eurem Beginnen.

Mit Parteigruss

Berlin, 7. September 1907.

K. Kautsky.

## Anton Hueber: Partei und Gewerkschaften in Oesterreich

Auf dem internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart konnten wir die erfreuliche Erscheinung beobachten, dass unsere Delegierten als willkommene Vermittler in schwierigen Fragen der Partei und Gewerkschaften angesehen und verwendet wurden. Unsere Genossen erwarben sich das Vertrauen schon dadurch, dass sie nicht als einseitige Politiker oder Gewerkschafter in Stuttgart auftreten konnten, sondern, der einheitlichen Entwicklung der Arbeiterbewegung ihres Heimatlandes ent-

sprechend, bestrebt sein mussten, in strittigen Fragen, ob sie nun politischer oder gewerkschaftlicher Natur waren, ausgleichend zu wirken; dass es ihnen in vielen Fällen gelungen ist, Gegensätze auszugleichen, macht uns Freude und erbringt uns abermals den Beweis, welch gutes Stück Arbeit wir in Oesterreich ohne Unterschied der Nation geleistet haben. Dass dem so bei uns werden konnte, hat seine guten Gründe, die in der »alten«, aber für uns nicht besonders guten Zeit des Werdeganges der Partei zu suchen sind.

Der so wichtige und erfreuliche Zusammenhang zwischen Partei und Gewerkschaften ist ursprünglich aus der Vereinigung der »Radikalen« mit den »Gemässigten« im Jahre 1888/89 in Hainfeld hervorgegangen. Die Sturm- und Drangperiode, die die österreichische Arbeiterschaft in den Achtzigerjahren durchmachen und durchkosten musste, lehrte die Vertrauensmänner der Partei- und Gewerkschaftsbewegung, dass, sofern Fortschritte für beide erzielt werden sollten, ein einheitliches, zielbewusstes Nebeneinanderarbeiten notwendig ist, um aus den vorhandenen Trümmern der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen feste Grundlagen für den weiteren Ausbau zu schaffen. Sehr wesentlich wurde das harmonische Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft ferner durch den Umstand gefördert, dass in dem Zeitraum von 1889 bis 1897 beide Organisationsformen gleichen Schritt einhalten konnten, dass beide jeden Zoll des Bodens für ihr Dasein erst schwer erkämpfen mussten.

Keine der beiden Organisationen war der anderen vorausgeeilt, was für ihr Verhältnis zueinander von bestimmender Bedeutung wurde. Ein dritter und noch wichtigerer Umstand, der ursprünglich auf den Werdegang der Partei- und Gewerkschaftsorganisation bestimmt einwirkte, war die Durchführung der ersten Maifeier im Jahre 1890. Bei der Organisation dieser gewaltigen Demonstration suchte man nach geeigneten Organisationsmitteln, die gefunden werden mussten, um der Reaktion in Oesterreich eine schwere Niederlage zu bereiten, um den herrschenden Gewalten zu beweisen, dass die brutalste Vergewaltigung des Proletariats kein brauchbares Instrument mehr ist, die moderne Bewegung der Arbeiterklasse auf die Dauer zu unterdrücken. Die Not macht erfinderisch. Wir fanden das geeignete Mittel, um die gewaltigste Demonstration des erwachten Proletariats gerade in Wien, das einem Heerlager gleichsah, in der notwendigen und gewünschten Grösse und Stärke durchzuführen, um die Entscheidungsschlacht für die weitere Entwicklung der Partei- und Gewerkschaftsorganisation für das Reich siegreich schlagen zu können. Diese Aufgabe wurde glänzend gelöst, weil wir imstande waren, dieser Massenkundgebung die organisatorische Grundlage zu geben. Die so verpönten Zwangsgenossenschaften dienten uns als Behelf dazu. Die Zwangsgenossenschaften waren der Boden, aus dem wir Mittel, Stoff und Kraft in Hülle und Fülle schöpfen konnten, der Partei und den Gewerkschaften aufzuhelfen, ihnen die Bahn weiteren Fortschrittes zu ebnen, die Gehilfenausschüsse wurden durchwegs und gleich im Anfange mit erprobten Genossen besetzt, die sich gern der Parteiarbeit widmeten. Diese Gehilfenausschüsse gingen von dem Grundsatz aus, in Wien, der Metropole des Reiches, finanziell gut fundierte »freie Organisationen« der Berufsgenossen zu schaffen, um dann später für die Weiterentwicklung der gewerkschaftlichen Organisation in der Provinz und für die Schaffung kräftiger Zentralstellen in Wien vorzusorgen. Denn nur ein starkes Wien vermochte der Entwicklung der Partei- und Gewerkschaftsorganisation im Reiche den nötigen Rückhalt zu bieten.

Die »freie Organisation« der »Genossenschaftsangehörigen« war und bleibt für alle Zeiten der Grundstein, auf dem wir so erfolgreich weiterbauen konnten. Die Dispositionsfonds dieser Organisationen hatten für die damaligen Verhältnisse gar respektable Höhen erreicht. Mit diesen Mitteln konnte man der Partei helfen, die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter nicht nur in Wien, sondern auch in den Provinzen wirksam unterstützen. Der Ausnahmestand liess uns eben keine andere Wahl, als uns der Zwangsgenossenschaften zu bedienen. Und dass wir es taten, haben wir wahrlich nicht zu bereuen, ebensowenig wie die Christlichsozialen, die sich in den Zwangsgenossenschaften der Meister die Grundlage ihrer heutigen Machtposten erobert haben. Hier setzte also frühzeitig der Hebel der gemeinsamen Arbeit innerhalb der Partei und der Berufsorganisationen kräftig ein und liess nicht mehr locker.

Die Sympathie oder Antipathie einzelner, wenn auch führender Genossen für

die eine oder andere Organisationsform war nicht entscheidend. Die Verkettung aller Umstände, die uns damals im harten Ringen nach vorwärts festhielt, gab der Launenhaftigkeit einzelner Genossen keinen Raum, zu extemporieren. Die Not der Zeit zwang uns, alle Kräfte und Mittel zielbewusst zu verwenden, damit uns das schwere Werk, die engen Fesseln, die uns die Herrschenden angelegt, so schnell als möglich zu sprengen, auch gelingen möge, damit wir freie Bahn für die Partei und die Gewerkschaftsbewegung zugleich erkämpfen. Die Partei arbeitete innerhalb der Zwangsgenossenschaften fleissig mit, der gewerkschaftlichen Organisation jene Grundlage zu verschaffen, deren sie bei der Aufhebung des Ausnahmezustandes für die weitere Entwicklung bedurfte. Sie unterstützte uns bei der Veranstaltung und Abhaltung der Fachkongresse im Jahre 1890, die in Wien und Brünn abgehalten wurden. Sie sorgte dafür, dass im Jahre 1891 auf dem Parteitage im Hotel Union die gewerkschaftliche Organisation einer gründlichen Beratung unterzogen wurde. Wenn auch die damals noch begreifliche allzu grosse Besorgnis im Schlusssatze der Resolution zum Ausdruck kam: »die gewerkschaftliche Organisation dürfe im Entwicklungsgange der Partei kein Hindernis werden«, so finden wir diese Besorgnis doch in jener Zeit durchaus verständlich, wenn sie auch heute längst als überflüssig betrachtet werden kann. Die Gewerkschaftsorganisation konnte sich mit Hilfe der Partei kräftig entwickeln. Im Jahre 1892 hatten wir schon 10 Zentralvereine, 240 Landes- und Lokalvereine mit 474 Ortsgruppen, die 44.390 männliche und 2216 weibliche, zusammen 46.606 zahlende Mitglieder in sich vereinigten.

Neben diesen Organisationen bestanden allerdings noch 600 Arbeiterbildungsvereine mit etwa 24.000 Mitgliedern, deren Umwandlung in Gewerkschafts-ortsgruppen von den Gewerkschaften gefordert wurde. Die Partei, die auch in diesen Organisationen ihre Stütze fand, konnte sich nicht leicht entschliessen, die geforderte Auflösung der Bildungsvereine ohne weiteres zu fördern, weshalb eine bemerkbare Verstimmung zwischen Partei und Gewerkschaften eintrat, über die nicht viel geschrieben, aber an den geeigneten Orten hart gekämpft wurde. Der Gewerkschaftskongress im Jahre 1893 brachte diese Verstimmung in nicht misszuverstehender Weise zum Ausdruck. Die Meinungen, die auf diesem Kongress ausgesprochen wurden, gingen einerseits von dem Standpunkte aus, dass das Verhältnis der Gewerkschaften zur Partei so zu verstehen sei, dass man erst dafür zu sorgen habe, dass dem Arbeiter vorerst »ein Gulden mehr Lohn« in der Woche zu erkämpfen ist, dann komme lange, sehr lange nichts, und dann erst der Kampf um das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht.

Die zweite Richtung des Kongresses wünschte wieder die gleichzeitige Erringung des Achtsturentages und des allgemeinen Wahlrechtes mittelst des damals von der Parteivertretung ursprünglich propagierten Generalstreiks.

Die dritte und entscheidende Richtung auf dem Kongress drängte dahin, nach Uebergehung der reinen Berufsorganisationen die Industriegruppenorganisation als die geeignetste Form der gewerkschaftlichen Organisation zu erreichen. Die letztere Richtung blieb Siegerin, die Industriegruppenorganisation als Verbandsorganisation wurde »zum Beschlusse erhoben«, »Nurgewerkschafter« und »Generalstreikler« kamen mit der Annahme des von der provisorischen Gewerkschaftskommission vorgelegten Programmentwurfes nicht auf ihre Kosten. Die Intensität der gewerkschaftlichen Arbeit nahm nun in allen Kronländern zu, der Kampf mit den Bildungsvereinen entbrannte insbesondere in Nordböhmen heftig. Der kräftige Pulsschlag der aufstrebenden Gewerkschaften verursachte manchem sehr guten Genossen Kopfschmerzen; sie befürchteten, dass durch die Beseitigung der Bildungsvereine die politische Organisation eines schönen Tages in der Luft hängen könnte und jedes Rückhaltes verlustig und in Gefahr geraten könnte, der Gewerkschaftsorganisation auf Gnade und Ungnade ausgeliefert zu sein. Deshalb nahmen sie gegen die Gewerkschaften Stellung und schützten die Bildungsvereine als den Hort wahren politischen Lebens. Streitigkeiten in Wien wie in der Provinz waren die Folge. Doch sie nahmen niemals den Umfang und die Schroffheit an; die eine Spaltung hätten befürchten lassen. Man setzte die guten Leutchen ausser Kurs und arbeitete ruhig mit zäher Ausdauer weiter.

Die Anschauungen über den Wert der gewerkschaftlichen Organisation für die

Arbeiterschaft änderten sich bei den noch grollenden Parteigenossen sehr bald, als sich grosse Lohnkämpfe einstellten, die siegreich beendet werden mussten. Harmonisches Zusammenwirken stellte sich hierdurch bald von selbst ein, ohne dass wir es nötig gehabt hätten, darüber grosse Abhandlungen akademisch gebildeter Parteiliteraten oder solcher der »schwierigen Faust« in der Parteipresse lesen zu müssen. Hoffentlich wird man in Zukunft dieser bewährten Taktik treu bleiben, trotzdem vielen Genossen durch die Schaffung dieser Zeitschrift verführerisch die Möglichkeit winkt, so nach Herzenslust mal gehörig losgehen zu können.

Dieselben Schwierigkeiten, die wir im Auslande beobachteten, blieben auch uns nicht erspart, aber sie wurden in echt österreichischer gemüthlicher Art verhältnismässig leicht überwunden, ohne zu jenen Weiterungen zu führen, wie wir sie in Frankreich, Belgien, England, Holland und Amerika vorfinden. In Oesterreich wurden wir dazu erzogen, uns mit den Dingen, die einmal da sind, schlecht und recht, wie es eben geht, abzufinden. Die einst grollenden Genossen haben längst ihren Widerstand aufgegeben und damit der gemeinsamen Sache einen grossen Dienst erwiesen. Beide Organisationen haben ihr abgegrenztes Arbeitsfeld zu bearbeiten. Wie erfolgreich sich die notwendige Arbeitsteilung innerhalb der Gesamtbewegung bewährte, wird durch die grossen Errungenschaften der politischen Kämpfe in Oesterreich anschaulich bewiesen.

Jede Störung des in zahllosen Kämpfen bewährten einträchtigen Zusammenwirkens der Partei und Gewerkschaften wäre ein Verbrechen an den Interessen des kampfgeübten, opfermutigen und ausdauernden Proletariats Oesterreichs. Von den Gewerkschaftern Oesterreichs ist nichts zu befürchten; sie wissen zu genau, wie weit die Machtsphäre der gewerkschaftlichen Organisation reicht, sie haben kein Bedürfnis, das Verhältnis zur Partei zu ändern. Wir hoffen aber auch, dass auch die Literaten und Theoretiker der Partei nicht in die inneren Angelegenheiten der gewerkschaftlichen Organisation »hineinphilosophieren« und dass sie die Grundsätze der Resolution, die auf dem Stuttgarter Sozialistenkongress einmütig angenommen wurde, als ihr eigenes Bekenntnis auch in Zukunft praktisch betätigen werden.

## Leopold Winarsky: Das neue Parteistatut

Zu den wichtigsten Arbeiten, die der diesjährige Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich zu verrichten haben wird, gehört die Umschaffung oder besser gesagt Neuschaffung des Organisationsstatuts. Das bisher gültige Parteistatut hat seine jetzige Form in der Hauptsache auf dem Parteitage von Wien 1892 erhalten. Dann wurde es mehrfach auf den späteren Parteitagen abgeändert. Die wichtigsten dieser Aenderungen wurden beschlossen auf dem Parteitage von Linz 1898, auf dem zum erstenmale die deutschen Parteigenossen Oesterreichs in gesonderter Beratung zusammenkamen, und dann auf dem Parteitage von Salzburg 1904, auf welchem die Bestimmungen über die Parteizugehörigkeit und das Ausschliessungsverfahren gegen Personen, die sich gegen die Parteigrundsätze vergangen haben, präziser gefasst wurden.

So reicht das heutige Organisationsstatut in die Zeit der ersten Anfänge der Partei, nach ihrer auf dem Tage von Hainfeld erfolgten Neugestaltung zurück, und wenn auch, wie wir angeführt haben, das Organisationsstatut später öfter den dringendsten Bedürfnissen der Partei entsprechend abgeändert wurde, so ist es doch leicht zu verstehen, dass es nicht mehr den Erfordernissen der seit 1892 so mächtig angewachsenen Parteibewegung genügen kann. Schon lange erfordert also die Entwicklung der Partei selbst die Umänderung des Statuts. Das alte Kleid ist der proletarischen Bewegung schon seit langer Zeit zu eng geworden, aber akut, unabweisbar dringend wurde die Frage durch die Eroberung des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes und die damit verbundene Schaffung von 233 deutschen Wahlbezirken an Stelle der 37 Wahlkreise der V. Kurie, in denen bisher organisatorisches Verbindungen der deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich bestanden.

In dieser Richtung mussten sofort nach dem Inkrafttreten des Wahlgesetzes

Verfügungen getroffen werden. Im Feuer der Schlacht, im Wahlkampfe konnte jedoch natürlich die Partei nicht zu einer Beratung über diese Frage zusammen treten und man behalf sich in den einzelnen Ländern mit einer provisorischen, einer Notorganisation. Wenn das auch in mancher Hinsicht nicht ganz den Bedürfnissen der Partei entsprochen hat, so ist jedenfalls der nicht zu unterschätzende Vorteil erreicht worden, dass die Delegierten des Parteitages nunmehr bereits in der Lage sind, auf Grund praktischer Erfahrungen über die Wirkung des neuen Wahlgesetzes und der Wahlordnung auf die organisatorischen Zusammenhänge und die Agitationsarbeit der Partei, über das neue definitive Organisationsstatut entscheiden zu können.

Trotzdem sind die Schwierigkeiten, die überwunden werden müssen, nicht gering, denn es handelt sich darum einerseits den Bedürfnissen der Partei und dem Wahlgesetze entsprechend, einen Neuaufbau der Organisation zu errichten und andererseits soll und muss wieder Rücksicht genommen werden auf die schon lange eingelebten Formen der Organisation, darf kein zu schroffer Bruch mit der Tradition, die auch hier wie überall keine geringe Bedeutung hat, erfolgen. Wir glauben, dass die schwierige Aufgabe in dem Organisationsentwurfe, der von der Parteivertretung am 31. August veröffentlicht wurde, ziemlich gut gelöst ist.

Als Zelle der Parteiorganisation erscheint die Lokalorganisation, die Vereinigung aller in einem bestimmten Orte wohnenden Parteigenossen und -Genossen. Es ist eine freie, nicht durch ein Vereinsstatut gebundene Organisation. Das Beispiel der reichsdeutschen Genossen, die als Grundlage der Gesamtorganisation den Wahlverein gewählt haben, konnte in Oesterreich nicht nachgeahmt werden. Dagegen sprechen sowohl vereinsgesetzliche wie parteiorganisatorische Gründe. Um nur den wichtigsten anzuführen, erinnern wir daran, dass nach dem vorsintflutlichen Vereinsgesetze weder Frauen, noch Ausländer, noch Minderjährige Mitglieder eines politischen Vereines sein können.

Die Form der freien Organisation ist überdies auch bedeutend elastischer und kann den verschiedensten Bedürfnissen leicht angepasst werden.

Die Lokalorganisationen eines bestimmten Gebietes schliessen sich dann zu Agitationsbezirken zusammen. Ueber ihnen steht als höhere Form wieder die Kreisorganisation und dann folgt endlich die Landesorganisation. Das einfachste wäre natürlich, so wie die reichsdeutschen Genossen dies getan haben, so viel Agitationsbezirke zu schaffen, als Wahlbezirke bestehen. Leider ist dies in Oesterreich nicht möglich. Die Wahlgeometrie der bürgerlichen Parteien hat in dem Streben, die Sozialdemokratie möglichst zu schwächen, Wahlbezirke geschaffen, deren einzelne Teile nicht den geringsten territorialen Zusammenhang haben. Besonders bei der Konstruktion der Städtebezirke ist ganz willkürlich verfahren worden. So wählt zum Beispiel in Niederösterreich Laa a. d. Thaya mit Bruck a. d. Leitha und in Oberösterreich Urfahr mit Ried und Schärding. Während diese Orte miteinander gar keine Verbindung haben, hängen sie aber desto enger mit ihrer ländlichen Umgebung zusammen, die jedoch wieder zu anderen Wahlbezirken gehört. Man konnte also auf die Wahlbezirkseinteilung keine Rücksicht nehmen, sondern die Agitationsbezirke sollen möglichst so eingeteilt werden, dass jeder ein territorial geschlossenes und leicht übersehbares Arbeitsfeld bildet. Die Kreisorganisationen, die mehrere Agitationsbezirke, je nach Bedarf umfassen sollen, werden wohl kaum in allen Provinzen eingeführt werden. Wo eine stramme Landesorganisation besteht, sind sie überflüssig. Sie sind dagegen wieder ein unabweisbares Bedürfnis in Deutschböhmen, dem ein gemeinsames Zentrum fehlt, das jedoch in den wichtigsten Industrieorten wie Aussig, Reichenberg, Teplitz u. s. w. mehrere natürliche Zentren besitzt, an die sich seit jeher die Bezirksorganisationen der nächsten Umgebung angeschlossen haben. Deshalb muss bei der Schaffung eines Organisationsstatuts eine Form gesucht werden, welche die Kreisorganisationen ermöglicht, dort, wo sie notwendig sind, ohne den anderen Ländern bindende Vorschriften für ihre Einführung zu machen.

Ueberhaupt muss im Organisationsstatut der Partei darauf Rücksicht genommen werden, dass in den einzelnen Teilen von Deutschösterreich die sozialen und dementsprechend die Parteiverhältnisse gänzlich verschieden sind. Deshalb verzichtet der

Organisationsentwurf auch auf die Schaffung von Detailvorschriften für die Agitations- und Organisationsarbeiten, wie sie die tschechischen Genossen auf ihrem letzten Parteitage in Pilsen angenommen haben. Es kann nicht alles über einen Kamm geschoren werden und die Organisationseinrichtung, die sich in Reichenberg sehr gut bewährt hat, würde in Steiermark auf heftigen Widerspruch stossen und ebenso würden umgekehrt die Reichenberger Genossen schwerlich geneigt sein, die Organisationseinrichtungen, die in Steiermark bestehen, ohne Widerspruch ungeändert in Deutschböhmen einzuführen. Das Parteiorganisationsstatut kann also nicht mehr sein als ein Rahmengesetz.

Der Organisationsentwurf löst das Problem, wie wir glauben, in vollkommen befriedigender Weise. Er gibt nur die für alle Teile von Deutschösterreich gleich notwendigen Vorschriften über den Gesamtaufbau der Organisation, die Zugehörigkeit und den Ausschluss aus der Partei, die Parteitage und die Reichsparteivertretung und überlässt die Schaffung der detaillierten Vorschriften für die tägliche Organisationsarbeit, die Beitragsbestimmung und vieles andere den Landesorganisationen, mit dem Vorbehalt natürlich, dass ihre Statuten nicht im Widerspruch zu dem Statut der Gesamtpartei stehen dürfen.

Im ganzen Organisationsentwurf ist das Streben zu erkennen, die Einheitlichkeit der Gesamtpartei zu sichern, ohne der selbständigen Entwicklung der einzelnen Landesorganisationen beengende Fesseln anzulegen. Die Zentralisation der Parteiführung und ihre Zusammenfassung geht nirgends weiter als es unbedingt notwendig ist und es können daher auch die mehr föderalistisch empfindenden Genossen ihre Freude an dem Entwurfe haben. Wie wir glauben, ist in ihm das Problem, die Organisationsformen der Partei ihren neuen Betätigungsbedingungen und ihrem grösseren Wirkungskreise anzupassen, in glücklicher Weise gelöst und es ist daher zu hoffen, dass die auf dem Parteitage zu schaffende Neuorganisation der Partei die notwendige Beweglichkeit und Schlagfertigkeit geben und so die Grundlage für weitere Erfolge der Partei bei ihrer grossen Aufklärungsarbeit und damit die Vorbedingung neuer sozialdemokratischer Siege schaffen wird.

## Adelheid Popp: Die erzieherische Bedeutung der Konsumvereine

Es währte ziemlich lange, bis es den ersten Freunden der Genossenschaftsbewegung in Oesterreich gelang, die Widerstände zu überwinden, welche sich gegen die Einfügung dieses dritten Gliedes in dem grossen Körper der Arbeiterbewegung immer wieder erhoben.

Heute besteht keine prinzipielle Abneigung mehr, doch haben die Konsumgenossenschaften um so schwerer unter der noch immer vorhandenen Gleichgültigkeit breiter Schichten der Arbeiterklasse zu leiden.

Auf dem Parteitag zu Wien 1897 wurde das erste Referat über Konsumvereine erstattet und vom Referenten eine scharf ablehnende Haltung eingenommen. Die ablehnende Resolution des Referenten wurde mit 40 gegen 34 Stimmen angenommen. Eine entgegenkommendere Resolution Viktor Adlers kam dadurch gar nicht zur Abstimmung. Die Diskussion über die Konsumgenossenschaften verschwand aber nicht mehr aus der Parteiöffentlichkeit und fast jeder Parteitag hatte sich nunmehr mit ihr zu befassen. Im Jahre 1903 nahm der Gewerkschaftskongress eine Resolution an, welche die Konsumvereine als eine Ergänzung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation erklärte. Noch im selben Jahre beschloss der Parteitag, nunmehr auch die genossenschaftliche Organisation in den Dienst der Arbeiterbewegung zu stellen.

In zehn Jahren lernt man viel und so sind manche unter uns in diesem Zeitraum, wenn nicht gar aus prinzipiellen Gegnern, so doch aus gleichgültigen, geringschätzenden, zu Freunden und begeisterten Anhängern der Konsumgenossenschaften



geworden. Die anfängliche Meinung, dass die Konsumvereine als Bestand der Arbeiterbewegung viele Genossen der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung entziehen werden, ist längst widerlegt durch die Tatsache, dass das aufstrebende Proletariat so viele mannigfache Kräfte auslöst, dass jede Form der Organisation die für sie geeignetsten aufnehmen kann. Viele Genossen, die nicht den Drang oder die Möglichkeit haben, politisch hervorzutreten, sind befähigt, in der Verwaltung eines Konsumvereines Hervorragendes zu leisten. Und wenn, so wie in Oesterreich, dank einer bewährten und erprobten Taktik, das Bestreben vorwaltet, keine Form der im Dienst des Proletariats stehenden Organisationen abzustossen, sondern ihre einzelnen Glieder mit dem Bewusstsein zu durchtränken, dass auch sie ein Stück des Ganzen sind, dann lässt sich auch ein Weg finden, die Interessengemeinschaft zwischen der Genossenschaftsbewegung und der Partei und deren Mitgliedern herzustellen. Wir sehen zahlreiche Parteigenossen und -Genossinnen für die Konsumvereine mit derselben Hingabe und Opferfreudigkeit arbeiten wie für die Partei- und die Gewerkschaftsbewegung. Anders steht es leider mit der Masse der bereits mit Klassenbewusstsein erfüllten Arbeiter. Wohl sind grosse Fortschritte gemacht worden, der Umsatz der Konsumvereine vergrössert sich von Jahr zu Jahr, dennoch ist der ganze bisher erzielte Fortschritt nur allzu gering. Bald eine halbe Million organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen zählt die Gewerkschaftskommission, in Wien allein beträgt ihre Zahl schon 130.000, die beiden grössten Arbeiter-Konsumvereine Wiens aber mit ihren zahlreichen Filialen in den Arbeiterbezirken haben noch nicht viel über 50.000 Mitglieder. Das Verhältnis ist aber noch ungünstiger, weil nicht nur organisierte Arbeiter den Konsumvereinen angehören; viele Kleinbürger und Beamte, die sonst mit der Arbeiterbewegung nichts zu tun haben, nützen die Vorteile des genossenschaftlichen Einkaufes aus.

Es ist also der Gedanke von der Aufgabe der Konsumgenossenschaften für die Arbeiter von den Massen noch nicht genügend aufgenommen. Weiteste Kreise der organisierten Arbeiter stehen den Konsumvereinen noch vollständig fern, sie sind ihnen nicht mehr als irgend eine beliebige Greislerei. Sie sehen nicht die grossen Vorteile, sondern nur die Nachteile, welche das Einkaufen im Konsumverein mit sich bringt. Es ist nichts mehr als eine bequeme Ausrede, wenn organisierte Arbeiter einfach abwinken, wenn die Konsumvereinsfrage an sie herantritt, wenn sie mit dem Hinweis: »Ach, darum kümmere ich mich nicht, das ist Sache der Frau«, der Diskussion entgehen wollen.

Die Frau ist das Hindernis! Warum vermag diese Frau aber so viele andere Dinge nicht zu hindern, die im Dienst der Arbeiterbewegung vollbracht werden und die der Familie tatsächlich augenblickliche Opfer auferlegen? Die Frau abonniert so oft für den Mann das Parteiblatt, sie zahlt für ihn die Parteisteuer, warum sollte diese Frau nicht auch zu bewegen sein, im Konsumverein einzukaufen, was sie doch keine materielle Opfer kostet, was ihr wahrhaftig unter allen Umständen Nutzen bringt? Denn erstens ist der Konsumverein keine Greislerei mehr. Er ist es vor allem nicht in der Grossstadt und wer nur vom Durchschnittsgreislerladen einen Blick in den Laden des Konsumvereines getan hat, muss davon überzeugt sein. Was noch vor zehn Jahren und vielfach noch vor fünf Jahren zutreffend war, gilt heute nicht mehr. Die Konsumvereine haben ihre ersten Gehversuche hinter sich. Die Zentralisation durch den Verband der Arbeiter-Konsumvereine macht es auch den kleinsten, mühseligst begonnenen Konsumvereinen möglich, den Greisler am Orte weit zu überflügeln. Nicht mehr tastend und hilflos beginnen die Konsumgenossenschaften ihr Dasein, sondern gut beraten und gestützt nehmen sie ihre Tätigkeit auf. Dass den höchsten Ansprüchen noch nicht genügt wird, liegt nicht in der Natur der Konsumvereine, sondern in ihrer Jugend. So kann man auf die grossen Konsumvereine Wiens und auf die hervorragendsten der Provinzstädte das Wort Greislerei überhaupt nicht anwenden: Es sind Warenhäuser für Lebensmittel, vielfach auch schon für Manufaktur, die sich da entwickeln. Was kann aus ihnen werden, wenn die organisierten Arbeiter, wenn die Parteigenossen sich ihrer bedienen! Ein gewaltiges Stück Emanzipation der Arbeiterklasse vom Zwischenhandel und damit von kapitalistischer Abhängigkeit wird durch sie verwirklicht. Die Genossenschaft besorgt den Einkauf im grossen, sie kann daher besser

und in der Regel auch billiger einkaufen als der Krämer. Im Konsumverein gibt es kein persönliches, egoistisches Motiv. Die Leiter der Konsumgenossenschaften haben nicht ihr eigenes Interesse im Auge, sondern das der Mitglieder. Sie sind am Reinertrag nicht anders interessiert als irgend eine Frau, die dort ihre Einkäufe besorgt.

Das allein schon lehrt den grossen Unterschied zwischen Greislerei und Konsumgenossenschaft. Beim Privatunternehmen das Bestreben nach persönlichem Vorteil, bei der Genossenschaft der Ehrgeiz der Gesamtheit ein gutes Resultat zu erzielen.

Von welch erzieherischem Werte ist es aber weiter, wenn der überall gedrückte, seitwärts geschobene Arbeiter einen Ort hat, wo er kein Geringerer, sondern ein Gleicher unter Gleichen ist! Kein allmächtiger Kaufherr, der die Kunde Arbeiter, deren Geld er nimmt, hochmütig von oben herab behandelt und der Dame im Seidenrock den Vorrang einräumt! Wieviel Ingrimms würgt nicht im kapitalistischen Warenhaus, im kleinbürgerlichen Greislerladen der Arbeiter hinter, ob der geringschätzenden Behandlung, die man sich gegen ihn erlaubt. Der Konsumverein dagegen weckt das Selbstbewusstsein des Proletariers, er erzieht vor allem auch die Frau zum Selbstbewusstsein. Die Frau, die auf allen Gebieten des Lebens eine Unterdrückte und Rechtlose ist, im Konsumverein ist sie gleichberechtigt. Sie kann auch teilnehmen an der Verwaltung. Wenn dies heute fast noch nirgends geschieht, so ist es nur dem Umstand zuzuschreiben, dass die Frauen gewohnt sind, alles, wozu denken, beraten und beschliessen gehört, den Männern zu überlassen.

So ist es auch in den Konsumgenossenschaften. Obwohl diese ohne die werktätige Hilfe der Frauen nicht bestehen können, üben letztere gegenwärtig dennoch gar keinen Einfluss auf die Verwaltung und auf den Einkauf der Waren aus. Die Ursache ist auch darin zu suchen, dass nicht immer die Frauen, die einkaufen, das Mitgliedsbuch besitzen, sondern die Männer. Die Frauen gehen nicht immer aus eigener Ueberzeugung in den Laden des Konsumvereines, sondern weil es der Mann wünscht.

Und doch wäre gerade im Konsumverein das natürlichste Gebiet für die Betätigung der Frauen gegeben. Ihre Verwaltungskunst, die sie jetzt im Kleinen, mit den knappen Mitteln des proletarischen Haushaltes betätigen, könnte dort zur Grosszügigkeit entwickelt werden. Ihre praktischen Erfahrungen könnten mit der Theorie der Genossen gepaart werden zu erspriesslichem Wirken.

Kein Zweifel, auch wir werden in jenes Stadium gelangen, wenn auch nur mit jener Langsamkeit, die dem Vordringen der Frauen zu Verwaltungsarbeiten in allen Organisationsformen eigentümlich ist. Die Frauen sind eben nirgends Bahnbrecherinnen, sie kommen erst leise und zögernd nach, wenn schon Bresche gelegt ist. Das ist aber kein Zeichen angeborener Rückständigkeit, sondern bedingt durch die jahrhundertelange systematische Zurückdrängung ihrer geistigen Entwicklung, in der Gegenwart noch verschärft durch die doppelte Ueberbürdung mit Lohnarbeit und unentlohnter Arbeit im Haushalt. Da die Konsumgenossenschaften für den Einkauf des proletarischen Haushaltes so bedeutungsvoll sind, so ist hier wohl zweifellos der Weg vorgezeigt, auf dem die Frauen emporgehoben werden können zu höherem Selbstbewusstsein, um auf dem ihnen ureigensten Gebiet der Emanzipation der Arbeiterklasse zu dienen.

Freilich darf die Konsumgenossenschaft nicht nur nüchtern und geschäftsmässig geprüft werden. Der ideale Zweck muss im Vordergrund stehen. Die Liebe für die proletarische Sache muss auch hier Führerin sein. Nicht die Dividende, die Rückvergütung am Jahresschluss, darf den Ausschlag geben, massgebend muss die Erwägung sein, was die Konsumgenossenschaften für die Zwecke unserer proletarischen sozialdemokratischen Bewegung bedeuten. Hebung des Selbstbewusstseins ist eines der wichtigsten Momente und für die moderne Arbeiterbewegung unerlässlich. Materiell erreichen wir durch die Zugehörigkeit zu den Konsumgenossenschaften die Befreiung vom wucherischen Zwischenhandel. Nicht jeder Konsumverein kauft allein ein, vom Zufall geleitet, sondern die Grosseinkaufsgesellschaft kauft für alle Konsumvereine ein, versorgt diese mit Waren. Diese

Grosseinkaufsgesellschaft kann, wenn sie sich auf starke, grosse Konsumvereine stützt, der Arbeiterklasse unschätzbare wirtschaftliche Vorteile erringen. Sie repräsentiert eine Macht, wenn sie von allen Arbeiter-Konsumgenossenschaften gefördert wird. Sie wird imstande sein, preisregulierend zu wirken und kann schliesslich zur Eigenproduktion übergehen. Gewiss ist dies ein langer und mühevoller Weg. Wann aber fragt die Arbeiterbewegung nach der Zahl der Jahre, wenn sie für ihre Ziele kämpft? Nicht Gegenwartsarbeit allein haben wir zu leisten, sondern auch Zukunftsarbeit. Alles, was wir jetzt vollbringen, was für die Arbeiterklasse an Verbesserungen erreicht wird, sind nur Mittel zum Zweck. Die Ueberführung der Produktion aus den Händen einzelner in die der Gesamtheit streben wir an. Da die Konsumvereine die Erreichung dieses Zieles vorbereiten, müssen sie von allen sozialistischen Arbeitern gefördert werden.

Ob die Dividende einen Heller mehr oder weniger beträgt, darf zur Beurteilung nicht massgebend sein; nicht Sparvereine sollen die Konsumgenossenschaften sein, sondern Erziehungsmittel. Wenn sie nebenbei imstande sind, den Mitgliedern materielle Vorteile zu bieten, so mag das den Arbeitern und ihren Frauen nur noch mehr die Augen öffnen, wie der Zusammenschluss des Proletariats auf allen Gebieten Früchte trägt.

Selbstverständlich handelt es sich immer nur um Genossenschaften, die vom sozialistischen Geist getragen sind. Dieses Ideal werden wir desto vollkommener verwirklichen, je zahlreicher und opferwilliger sich die Parteigenossen und -Genossinnen an den Konsumvereinen beteiligen. Der Geist der Arbeiterorganisation wird die Konsumvereine in jenem Masse beherrschen, als organisierte Arbeiter ihnen angehören. Die Konsumgenossenschaften müssen viele Feindseligkeiten ertragen. Ein Kreuzfeuer von Verdächtigungen und Angriffen ist auf sie gerichtet. Jene, die sich immer von Arbeiterkreuzern genährt haben, scheuen vor keiner Perfidie zurück, um die Entwicklung der Konsumgenossenschaften zu hemmen. Darf es da noch Gleichgültige im eigenen Lager geben?

Wenn man uns von den Existenzen spricht, die durch die Konsumgenossenschaften zugrunde gerichtet werden, so darf das nicht verfangen. Die kapitalistischen Grosswarenhäuser haben niemals Rücksichten auf Existenzen gekannt. Der Kleinbetrieb wird nach kapitalistischen Gesetzen vom Grossbetrieb verschlungen. Wenn die Arbeiter früh genug ans Werk gehen, um nicht anstatt vom Kleinen vom Grossen ausgewuchert zu werden, wenn sie ihre eigenen Lieferanten sein wollen, um sich so selber zu nützen, so ist daraus nur zu ersehen, dass die Arbeiterklasse über die Fähigkeiten verfügt, die sie braucht, um die kapitalistische Gesellschaft abzulösen. Dieses Ziel zu erreichen, soll jeder mithelfen, der zu den Kampfgenossen des Proletariats zählt. Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft seien unsere Waffen im Kriege gegen die kapitalistische Gesellschaft.

---

---

## Anton Němec: Proletariat, Demokratie und die tschechische Nation

Das Proletariat aller Länder und Zungen kämpft allenthalben gegen Ausbeutung und Knechtung. Sein gigantisches Ringen mit der Kapitalistenklasse und ihren Regierungen erschüttert heute schon die Grundfesten unserer „göttlichen“ Weltordnung. Wohl muss das Proletariat seine Kampfweise überall den verschiedenen örtlichen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Bedingungen der Länder anpassen, aber die lokalen und nationalen Verschiedenheiten der proletarischen Bewegung sind nur ein äusserlich verschiedener Ausdruck desselben Strebens nach Niederwerfung der kapitalistischen Ausbeutung, nach Anbahnung einer höheren Produktionsweise.

Jede Kampfsmethode des Proletariats, welche auf die Erringung einer höheren Lebensweise abzielt, höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, Arbeiterschutzbestimmungen erstrebt, drängt die Arbeiterklasse mit Naturnotwendigkeit auch zum Kampfe für

die Erringung der vollständigen politischen Gleichberechtigung, damit sie die gesetzgebenden und autonomen Körperschaften beeinflussen und ihren Lebensbedürfnissen dienstbar machen kann. Der Arbeiter wird so bei Strafe seiner vollständigen Versklavung geradezu mit elementarer Gewalt dazu gedrängt, die Demokratisierung des öffentlichen Lebens anzustreben, um es dann sozialisieren zu können. Ob er will oder nicht, sofern der Proletarier seinen Bedürfnissen zielbewussten Ausdruck verleihen will, muss er sich der Sozialdemokratie einreihen.

Die Bourgeoisie hoffte noch vor nicht langer Zeit durch Gewaltmassregeln oder durch Zersplitterung des kämpfenden Proletariats seinen Siegeslauf aufzuhalten. Diese Illusionen zerstörte in der verflochtenen Session des Abgeordnetenhauses sogar der Ministerpräsident Beck vollständig, indem er eine vollständige Frontveränderung der bourgeoisen Regierung verkündete: Mit sozialen Reformen und strammen Organisationen nur kann das Bürgertum den Sozialdemokraten den Wind aus den Segeln nehmen. Herr v. Beck hat damit wohl keine neue Weisheit bekundet, sondern bloss der Tatsache Ausdruck verliehen, dass alle alten Kampfmittel der Bourgeoisie gegen die Sozialdemokraten vollständig versagt haben.

Wenn also die Kampfweise des Proletariats in seinen Anfangsstadien seinen jeweiligen wirtschaftlichen, politischen und nationalen Verhältnissen entsprechend eine verschiedene ist, schliesslich ringt es sich doch zum Klassenbewusstsein durch und sucht mit Naturnotwendigkeit für seinen Klassenkampf Verbündete, die es nur unter den Arbeitern anderer Nationen finden kann; das grosse Wort Karl Marx': »Proletarier aller Länder, vereinigt euch!« ist zur notwendigen Maxime jedes zielbewussten Handelns der Arbeiter geworden.

Ein geradezu klassisches Beispiel hierfür ist der Werdegang der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Der tschechische Arbeiter entstammt einer Nation, von welcher das allmächtige Rom den ersten tödlichen Stoss empfangen hat. Das christkatholische Rom und mit ihm die gesamte Klerisei kapitulierten zum erstenmal vor den tschechischen kommunistischen Taboriten, nachdem es auf dem Konstanzer Konzil durch die Verbrennung des Johannes Hus den Höhepunkt seiner Macht vor der ganzen Welt geoffenbart hatte. Diese grossartige und in ihrer Art unerreichte Leistung absorbierte jedoch beinahe die ganze Lebenskraft des tschechischen Volkes und hätte beinahe seine nationale Existenz gekostet. Rom erholte sich darnach nie mehr ganz zu seiner früheren Macht. Die Fackel, die damals die Tschechen entzündeten, leuchtet heute noch allen Völkern auf ihrem Wege zum Fortschritte und zur Freiheit.

Die tschechische Demokratie war dem gemässigten Teil des Adels, dessen radikalere Elemente mit dem Volke vollständig verschmolzen, sehr unbequem. Sie verbanden sich mit den Prager Stadtherren und unternahmen einen Feldzug gegen die Taboriten. Diese, nicht genügend vorbereitet und überdies verraten, wurden bei Lipan geschlagen und vollständig aufgerieben. Die letzten Reste der Taboriten wurden einige Jahre später von dem böhmischen Wahlkönig Georg Poděbrad, sofern sie nicht ins Ausland flüchteten, bei Tábor ohne jeden Anlass überrumpelt und ausgerottet.

Nun war die tschechische Demokratie vollständig niedergeworfen, in ihrem eigenen Blute ertränkt und eine rücksichtslose Adels Herrschaft eingeführt, unter deren drückenden Fronen das Volk furchtbar litt.

Die tschechische Reformation verlor mit der blutigen Niederwerfung der Demokratie jede innere Berechtigung und auch jeden Halt. Die Monarchie entwickelte sich immer mehr und mehr zu einem strammen Staatsabsolutismus, welcher einen einflussreichen Adel nicht vertragen konnte. Der Konflikt zwischen Adels Herrschaft und absoluter Monarchie wurde zu ungunsten des Adels entschieden. Was bei Lipan der tschechische Adel mit den Prager Stadtherren begann, das vollendete Ferdinand der Dritte am 8. November 1621 am Weissen Berge. Der tschechische protestantische Adel wurde aufs Haupt geschlagen und seine Führer hingerichtet.

Rom triumphierte. Mit Mord und Brand wurde die Gegenreformation in Böhmen durchgeführt, alles, was nicht reuig in den Schoss der alleinseligmachenden römischen Kirche zurückkehren wollte, wurde niedergemetzelt. Die ganze tschechische Literatur wurde vernichtet. »Ihr habt euch gegen Rom aufgelehnt, das müsst ihr

mit eurer nationalen Existenz büssen!« predigten die Römlinge dem geknechteten Volke. Es schien wirklich so, als ob das tschechische Volk, dem Machtworte Roms gehorchend, aufgehört hätte, zu existieren. Unheimliche Grabesstille herrschte damals in ganz Europa, stockfinstere Nacht lagerte über Böhmen.

Die absolute Monarchie, gestützt auf die Römlinge und die feudale Gerichtsbarkeit, erstickte jede freiere Regung, unterband vollständig jede fortschrittlichere Entwicklung des Volkes.

Da brach die dritte grosse Revolution aus, diesmal in Frankreich: Der starre Absolutismus wurde dort gebrochen, um in erneuerter Form wieder aufzuleben. Der grosse Eroberer Napoleon verstand es, die entfesselten revolutionären Kräfte des Volkes für seine ehrgeizigen Pläne so auszunützen, dass ganz Europa in ein einziges Heerlager verwandelt schien. Die ganze Welt sollte zu einem einzigen Reiche zusammengeschmiedet werden.

Die europäischen Monarchen, ohnmächtig dem kühnen Eroberer die Stirne zu bieten, erinnerten sich in ihrer Not ihrer Völker und riefen sie zu Hilfe. Sie rüttelten vorerst selbst die Völker zum nationalen Selbstbewusstsein auf, von Amts wegen wurde damals in den Zeitungen von der Freiheit und Selbständigkeit der Nationen, von der Abschüttelung der Fremdherrschaft geschrieben. Als mit Hilfe der so entfachten Volksbewegung Napoleon niedergeworfen war, setzte die Reaktion mit erneuerter Wucht ein. Doch sie wurde die Geister, die sie rief, nicht mehr los. Die Völker begannen sich zu wehren und ebneten die Wege der Revolution, welche im Jahre 1848 ganz Europa erschütterte.

Das tschechische Volk war im Jahre 1848 schon so weit entwickelt, dass es zum erstenmale die Bretter der Weltbühne betreten konnte, wenn auch unglücklich genug. Das Kleinbürgertum, welches damals die tschechische Nation repräsentierte, liess sich von Palacký und Rieger zur Auflehnung gegen die Revolution verleiten. Einesteils trug die Revolution einen grossdeutschen Charakter, anderenteils wollten sich die Führer des Dankes der Monarchie vergewissern, wenn sie ihr in ihrer schwierigsten Lage beisprangen.

Dieser Verrat an den grossen demokratischen Traditionen des tschechischen Volkes wurde für das ganze Volk verhängnisvoll. Die Revolution siegte und das tschechische Kleinbürgertum wurde vor der ganzen Welt als reaktionär, und das ganze Volk als für die Freiheit unreif verschrien, und die bürgerliche Monarchie erstattete obendrein noch dem loyalen Kleinbürgertum seinen Dank ab in der grausamsten Verfolgung aller Bestrebungen nach nationaler Freiheit und Gleichberechtigung. Die Kerker füllten sich mit Kämpfern für die sprachliche Freiheit. Die nationalen Blätter wurden unterdrückt, der tschechische Nationalismus galt als Hochverrat; Oesterreich wollte ein deutscher Einheitsstaat sein und bleiben. So wurde das Kleinbürgertum gewaltsam auf revolutionäre Bahnen gedrängt, die Schweizer Republik wurde als Muster für Oesterreich gepriesen, die Marseillaise wurde zum nationalen Kampfliede. Die Verfolgungswut wurde bis zum Wahnwitz gesteigert. Je revolutionärer die Tschechen wurden, desto loyaler wurde das in Oesterreich zur Regierung gelangte deutsche Bürgertum und seine Bureaukratie. Dies dauerte bis in die Siebzigerjahre, bis der Bankrott des deutschen Bürgertums erfolgte, welchem nach einer kurzen Regierungsperiode der Krach des böhmischen konservativen Bürgertums folgte.

Die tschechischen Arbeiter gingen bis in die Siebzigerjahre mit der nationalen Bewegung Hand in Hand. Gehörten sie doch einer verfolgten Nation an, welche überdies keine grossen Kapitalisten und Fabrikanten besass. Der Staat, beherrscht von Fremden, verfolgte die tschechischen Arbeiter wegen ihrer Nationalität gerade so brutal wie die Kleinbürger, der deutsche und jüdische Fabrikant bedrückte die tschechischen Arbeiter nicht nur wirtschaftlich und politisch, sondern auch national. Er nötigte den tschechischen Arbeiter, seiner tschechischen Nationalität zu entsagen und seine Kinder in deutsche Schulen zu schicken.

Die tschechischen Kleinbürger verbanden selbstverständlich ihren Kampf für die nationale Gleichberechtigung mit dem Kampfe nach wirtschaftlicher Emanzipation vom Drucke des deutschen Kapitals. So wurde die tschechische nationale Bewegung zugleich antikapitalistisch mit einem starken sozialen Einschlag.

Als in Deutschland die Arbeiterbewegung höhere Wellen schlug, gründeten auch die tschechischen Kleinbürger für die Arbeiter Vereine, um sie im Schlepptau zu erhalten. Hauptsächlich waren es Selbsthilfvereine, nach dem Systeme Schulze-Delitzsch. Dieses idyllische Zusammenleben dauerte jedoch nicht lange. Trotzdem die tschechischen Arbeiter wegen der sprachlichen und nationalen Hindernisse keine Fühlung mit den Deutschen hatten, entwickelten sie sich ohne jedwede fremde Agitation vorerst zu einer ganz selbständigen Arbeiterpartei, erklärten sich kurz darauf als Anhänger der Sozialdemokratie und im Jahre 1872 als Teil der internationalen Sozialdemokratie.

Diesen Entwicklungsgang beschleunigte das tschechische Kleinbürgertum selbst, indem im Jahre 1871 67 Prager Handwerksgenossenschaften von dem damaligen militärischen Statthalter, Koller, verlangten, er möge sich bei der Regierung dafür einsetzen, dass dem Prager Magistrate das Strafrecht gegenüber streikenden Arbeitern eingeräumt werde. Als kurz darauf gegen streikende Arbeiter in den nationalen Bauern und Kleinbürgern gehörenden Aktien-Zuckerfabriken Militär gerufen wurde, gab's kein Halten mehr. Seit dieser Zeit marschieren die tschechischen Arbeiter unentwegt in Reih' und Glied mit der Internationale.

Die Führer des alten tschechischen Kleinbürgertums blieben trotz aller üblen Erfahrungen »loyal« und hofften mehr von der Gunst der höfischen Kamarilla als von der lebendigen Kraft des Volkes. Ihre Politik war demnach volksfeindlich, dem Geiste der tschechischen Geschichte widersprechend. Einer der Führer — Palacký — erklärte, dass dem Arbeiter gar keine politischen Rechte gebühren, nicht einmal das Vereins- und Versammlungsrecht, geschweige denn das Wahlrecht; ja er plädierte im böhmischen Landtage für die Einführung der Prügelstrafe für ungehorsame landwirtschaftliche Arbeiter. Der zweite Führer — Rieger — fasste sein sozialpolitisches Kredo in dem Satze zusammen: »Für den Arbeiter genügen täglich 35 Kreuzer Lohn vollkommen.«

Nach aussen hin verkündeten die Alttschechen die Wiederherstellung des tschechischen Staates als ihr politisches Ziel. Dieses von feudaler Seite stammende Programm sollte ein Gegengewicht gegen alle demokratischen und sozialen Bestrebungen sein. Unter Hohenwart schien es, als ob die konservative Kamarilla den Sieg davongetragen hätte und die Politik der Alttschechen siegte, doch im Handumdrehen wurde wieder alles zunichte gemacht. Ja der Verfolgungseifer setzte noch stärker ein als je zuvor. Die Alttschechen griffen in ihrer Verzweiflung zur passiven Politik, da sie sich an das von ihnen verratene Volk nicht wenden durften.

Diese volksfeindliche und vollkommen unfähige höfische Politik kommt immer mehr in Widerspruch mit der Majorität des tschechischen Volkes. Die Alttschechen wurden in dem Momente von der Oberfläche weggefegt, als sie sich anschickten, ein reaktionäres Regime in Oesterreich zu stützen.

Nun kamen die liberalen und demokratischen Jungtschechen zur Macht. Mit fliegenden Fahnen stellten sie sich an die Spitze des tschechischen Volkes, um es im Sinne der grossen demokratischen Traditionen zu führen. Es dauerte jedoch nicht lange und aus den demokratischen Jungtschechen entpuppten sich die ärgsten Helfershelfer der reaktionärsten Elemente in Oesterreich. Sie verbanden sich mit den deutschen Klerikalen und polnischen Stancyken um ein reaktionäres Regime in Oesterreich einzuführen.

Die Arbeiter, welche redlich mithalfen, die volksfeindliche höfische Partei der Alttschechen aus dem öffentlichen Leben hinwegzufegen, durchkreuzten diesen Plan und heute sind die früher allmächtigen Jungtschechen zu einer unbedeutenden Fraktion der tschechischen Abgeordneten hinabgesunken. Von 108 tschechischen Abgeordneten haben sie bei den letzten Wahlen 18 mit aller Kraftanstrengung behauptet.

Das tschechische Bürgertum war immer volksfeindlich, man kann mit Recht von ihm sagen, es sei keiner Belehrung zugänglich, es verstehe weder den Geist, welcher zu ihm aus der tschechischen Geschichte spricht, noch verstehe es den Wellenschlag und die Bedürfnisse der Zeit. Die konservativen Alttschechen haben mit ihrer volksfeindlichen höfischen Politik vollständig Schiffbruch gelitten, ihre Nachfolger, die Jungtschechen, haben aus dem Falle der Alttschechen keine Lehre gezogen, sie sind ebenso volksfeindlich wie jene, nur wollen sie im Gegensatze zu

den konservativen Altschechen liberale grosskapitalistische Politik treiben, obwohl beinahe 80 Prozent des tschechischen Volkes den Arbeitern und kleinen Leuten, der Rest der Beamtschaft und den freien Berufen angehört. Grosskapitalisten gibt es fast keine, die Grossindustrie und der Grosshandel befinden sich beinahe ausschliesslich in den Händen der Deutschen.

Die Politik der Altschechen sowie deren Nachfolger, der Jungtschechen, ist also im vollsten Sinne des Wortes nicht nur volksfeindlich, sondern auch antinational, gegen die Lebensbedürfnisse des tschechischen Volkes gerichtet.

Diese Erkenntnis hat sich nicht nur in den Kreisen der Arbeiter Bahn gebrochen, sie greift auch über in alle Gesellschaftsschichten. Im Lager der tschechischen Sozialdemokratie stehen heute neben den Arbeitern, welche das Gros der Partei bilden, nicht nur die Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden, sondern auch die Beamten und Staatsangestellten aller Kategorien, welche erkannt haben, dass nur in der Demokratie und dem Sozialismus das Heil des tschechischen Volkes, ja der ganzen Menschheit zu suchen ist. Die letzten Wahlen legen ein beredtes Zeugnis hierfür ab.

Was das bedeutet, kann nur der ganz ermessen, der den Leidensweg der tschechischen Sozialdemokratie verfolgt. Von national fremden Kapitalisten bis aufs Blut ausgebeutet und rücksichtslos geknechtet, von einer ebensolchen Regierung brutal verfolgt und bei jedem Anlasse niedergeknüppelt, von den eigenen Stammesgenossen als nationale Verräter gebrandmarkt und buchstäblich überall gesteinigt, ist die tschechische Sozialdemokratie zur grössten und stärksten Partei des tschechischen Volkes herangewachsen.

Vor zehn Jahren gründeten die Jungtschechen für ihre Zwecke eine nationale »Arbeiterorganisation«, welche, mit Hilfe öffentlicher Gelder erhalten, zur Aufgabe hatte, die Sozialdemokraten mit allen Mitteln zu vernichten. Die Jungtschechen predigten überall in ihrer Presse und in allen Versammlungen den heiligen nationalen Kreuzzug gegen die Sozialdemokraten, welche im Jahre 1897 bei ihrem Eintritte in das Parlament der staatsrechtlichen Verwahrung der Jungtschechen ihr demokratisches Programm entgegengesetzt hatten, und heute sind sie vollkommen fertig, eine kleine unbedeutende Fraktion, welche nur noch dem Gesetze der Trägheit ihr bedeutungsloses Dasein verdankt.

In keinem anderen Volke hat die Sozialdemokratie so günstige Bedingungen wie unter dem tschechischen. Seine grossen geschichtlichen Traditionen, seine wirtschaftliche und politische Lage, seine nationalen und kulturellen Aspirationen drängen es mit unwiderstehlicher Macht in das Lager der Sozialdemokratie. Die tschechische Sozialdemokratie hat durch ihr bisheriges Verhalten gezeigt, dass sie ihren grossen Aufgaben gewachsen ist, und wie sie die Arbeiterinteressen immer unter allen Umständen verfochten und vertreten hat, so wird sie die Interessen aller freiheitlichen und aufwärtsstrebenden Schichten der ganzen Nation schützen und schirmen.

---

---

## Karl Renner: Das nationale Problem in der Verwaltung

Die Nationalität als geschichtlich gewordene Sprach- und Kulturgemeinschaft ist vor dem modernen Staate, ist an sich eine Gemeinschaft kraft der Natur und Geschichte, sie besteht nicht von Rechts wegen. Das Band, das Millionen zu einer Nation verbindet, ist ein innerlich gewachsenes, nicht von aussen angefügtes. Der Staat aber verbindet seine Bürger durch den äusseren Zwang des Rechtes. Man kann den Unterschied kurz so in eine Formel bringen: Die Nation ist Naturtatsache, der Staat rechtliche Tatsache; die Nationalität ist vorstaatlich und vorrechtlich, sie ist logisch und faktisch nicht aufgehoben und geändert, wenn wir den Staats- und Rechtsverband zerstört oder gewechselt denken (Eroberung, Auswanderung).

Der Staat umschliesst Millionen Menschen durch das Band der Untertanschaft, der Unterwerfung unter sein Gesetz. Darum aber erschöpft dieses gemeinsame Band noch lange nicht alle Beziehungen der Menschen. Er regelt viele solcher vorrecht-

licher Beziehungen durch das Gesetz, zum Beispiel die Blutsverwandtschaft durch das Eherecht, und versagt anderen diese Regelung wie der ausserehelichen Blutsverwandtschaft mit den Angehörigen des Vaters. Das Recht bindet die Vereine, aber ignoriert die allermächtigsten Verbände im Staate, die politischen Parteien fast vollständig. Politische Parteien sind keine Rechtsverbände und keine Naturverbände, sie sind nicht rechtlich noch vorrechtlich, sondern ausserrechtlich: das Gesetz nimmt absichtlich von ihnen keine Notiz.

Von Natur aus gegebene Verbände unterscheiden sich von den bewusst geschaffenen, gewollten deutlich. Wie die Blutsverwandtschaft, so bildet das Zusammenwohnen an einem Orte, in einer Stadt, in einer Landschaft natürliche Verbände. Den Ortsverband (Territorialverband) regelt das Gemeindegesetz, die Städteordnung, die Landesverfassung. Die Rechtsordnung kann an der Tatsache nicht achtlos vorübergehen, dass das Zusammenwohnen an einem Orte, die Siedlungsgemeinschaft, Forderungen und Verpflichtungen gegenüber den Mitmenschen begründe wie die Gemeinschaft des Geschlechtes. Wo die Natur Gemeinschaften zwischen Mensch und Mensch begründet, kann das Recht nicht sich selbst versagen, es muss die Beziehungen der Individuen zueinander gesetzlich festlegen, um sie über den Streit und die Selbsthilfe hinauszuhoben, um das friedliche Zusammensein zu verbürgen. Es hat keine andere Wahl. Bewusst geschaffene, gewollte Verbände dagegen mag es versagen, fördern oder gewähren lassen je nach Zweck und Nützlichkeit; das Gesetz untersagt geheime Verbindungen, fördert Erwerbsgenossenschaften und ignoriert die Freundschaft zweier Studenten, den Familienausflug, die politischen Parteien — in jedem Falle aus gerechtfertigten Gründen.

Ein Verband von Menschen ist ohne Zweifel die Nation; sie ist keine gewillkürte, sondern eine von Natur gegebene Gemeinschaft vor allem Rechte, also etwas völlig anderes als eine Konsumgenossenschaft oder eine Partei. Sie gleicht der Ortsgemeinschaft oder der Blutsverwandtschaft mehr als diesen Verbänden, aber sie übertrifft beide an Bedeutung. Sie erscheint zum Teile und annähernd als Bluts- und Ortsgemeinschaft von ganz ausserordentlicher Ausdehnung, da sie Millionen Individuen und ungezählte Tausende von Ortschaften umfasst. Sie entfaltet auch ein reiches und gewaltiges Verbandsleben — die ganze nationale Literatur und Kultur ist ihr Werk.

Man sollte meinen, dass das Recht einen solchen Verband gar nicht übersehen könne!

Und doch hat unsere Gesetzgebung die Nationen einfach ignoriert. Man schlage sämtliche Gesetze nach, man findet von ihnen keine Spur. Von Gesetzes wegen existieren keine Nationen. Ja strenge genommen gibt es auch keine nationalen Individuen vor unserem Rechte — es kennt nur Individuen verschiedener Umgangssprache und nicht einmal das, wenn diese Umgangssprache nicht landesüblich ist.

Nun sind aber die Nationen ohne allen Zweifel real da — und noch dazu wie real! Die ganze Geschichte des letzten halben Jahrhunderts füllen sie aus. Aber vor Recht und Gesetz existieren sie nicht — trotz des berühmten Artikels XIX des Staatsgrundgesetzes über die Rechte der Staatsbürger.

Noch mehr: die Nationen wissen, dass sie vor dem Staate sind, sie wollen selbst Staaten bilden und berufen sich auf die Nationalstaatsidee — aber Staat und Gesetz kennen sie nicht, erkennen sie rechtlich nicht an.

Also — wie können sie dann existieren in einer Zeit, wo nahezu jede Kleinigkeit der rechtlichen Regelung unterworfen ist?

Sie müssen sich ausserrechtlich organisieren, es bleibt ihnen keine Existenzmöglichkeit als die der politischen Partei.

Die Nationen haben zueinander Beziehungen, reale Machtverhältnisse. Aber das Recht grenzt sie nicht ab, sichert sie nicht, hebt sie nicht über den Streit und die Selbsthilfe hinaus. Das Recht, das sich den Nationen versagt, gibt sich selbst auf und sanktioniert die nationale Selbsthilfe, das nationale Faustrecht.

Die Nationen sind da, sie wollen sich und das Ihre behaupten — es bleibt ihnen nichts übrig, als eine ständige Truppe von Landsknechten zu halten, die sie vor Ueberrumpelung schützt, und im Notfalle selbst zum Schwerte zu greifen. Sie selbst wollen — vielleicht! — den Frieden, aber die Landsknechte sind um des Krieges



willen da, sie wollen den Krieg. Das Recht, das sich den Nationen versagt, organisiert geradezu den nationalen Krieg.

Die Nationen wollen Staaten bilden — es ist nicht ihr guter oder böser Wille allein, sie müssen es, wie ich anderswo gezeigt habe (im »Kampf der Nationen um den Staat«) — sei es selbständige oder Gliedstaaten. Das Recht kennt sie nicht, also müssen die Nationalparteien ausserrechtlich im Parlament sich als Staaten im Staate auf tun, regieren, die Aemter besetzen und die Regierung auflösen in mechanisch addierte Sonderregierungen gegeneinander — was man neuerdings »Parlamentarisierung« genannt hat. Kein Wunder, dass jeder der nationalen Ressortminister aus seinem Amte einen nationalen Sonderstaat via facti zu machen streben muss.

Die Nationen haben keinen rechtlichen Bestand, keine Rechtsmacht, keine gesetzlich garantierte Herrschaftssphäre — also müssen sie ihre Existenz bewähren in unablässigen parlamentarischen Machtkämpfen.

Das offenbare Ziel, das die Nation selbst dabei verfolgt, ist, die gewonnene Machtposition in eine gesicherte Rechtsposition zu verwandeln, damit der Streit ein Ende habe. Aber das Ziel der Nation ist unmöglich zugleich das des nationalen Landsknechtes — das Recht würde ihn ja überflüssig machen! Er will die Macht als reine Machtposition behaupten, ständig unter der Fahne bleiben — es genügt ihm vollständig, faktisch Macht zu haben. Die Nationalpartei, ihr Amts- und Stellenhunger wird Selbstzweck: die Nationalparteien kämpfen durch Jahrzehnte in Gesetzgebungskörperschaften, geben hunderterlei Gesetze, nur das eine Gesetz nicht, das Nationalitätengesetz. Kein Mensch denkt daran — der Krieg ist lustig und nährt seinen Mann.

In diese Idylle griff das Proletariat mit eiserner Faust ein.

Von Haus aus steht es in ganz anderer Front. Es war nicht nur ausgeschlossen von dem Rechte des Staates, sondern auch von den Kulturgütern der Nation. Seine nationale Frage richtete sich also zunächst an die eigene Nation, das ist an die nationale Bourgeoisie: Lasst uns teilnehmen und mitschaffen an der nationalen Kultur! Zunächst fordert der Bourgeois das Recht der Nation am Staat, der Proletarier das Recht des Individuums an der Nation. Hie Staatsrecht — hie Nationales Recht!

Der Machtkampf der nationalen Bourgeoisien kennt an sich kein Ende. Aber das Proletariat konnte nicht warten, es musste das Wahlrecht haben, also musste es den Bourgeoisien den Frieden aufzwingen. Und so ist in einem Teile der Verfassung die nationale Machtposition in eine unentziehbare Rechtsposition umgewandelt: der Machtbesitz an parlamentarischen Mandaten ist rechtlich abgegrenzt nach den konkret gegebenen Machtverhältnissen. Durch die Kraft der Arbeiterschaft ist ein Stück von einem Recht der Nationen in die Verfassung übergegangen und das nationale Faustrecht ein wenig eingeschränkt. Allerdings treten — Mähren ausgenommen — die Nationen anonym auf unter den Decknamen blosser numerierter Bezirke, und der Polenklub hat ein lächerlich kompliziertes Minoritätssystem erfunden, um ja den Machtkampf nicht durch eine feste Rechtsordnung überflüssig zu machen. Seither existieren die Nationen im österreichischen Recht, aber de jure nur im Verfassungsrecht des Reichsrats.

Man wundert sich, dass das gleiche Stimmrecht den Kampf der Nationen nicht aus der Welt geschafft hat. Nur unglaubliche Einsichtslosigkeit kann sich darüber verwundern. Die Nationen streben nach einer gesicherten Rechtsexistenz, sie wollen aus dem mütterlichen Schoss eines Einheitsstaates, der bisher alleiniges Verfassungsrechtssubjekt gewesen, herausgeboren werden als selbständige, lebensfähige Sonder- und Einzelwesen mit eigenem Willen und eigenen Bewegungsorganen — wieviel haben sie davon bisher erreicht? Nur eines: ihre Sonderexistenz ist vor der Geburt einstweilen im Parlamentsrecht vorgemerkt, aber verfassungsrechtlich geboren sind sie noch nicht. Sie haben erst den Rechtstitel, noch nicht das Recht auf Existenz. Vernünftigerweise muss der nächste Schritt auf dem Wege ihrer Schöpfung sein, dass man ihnen das gibt, was der Römer juristisch suum caput nennt, ihr eigenes Haupt, ihre willens- und handlungsfähige Persönlichkeit, indem man die Vertreter jeder Nation zusammen als Nationalrat konstituiert, wie Austerlitz in der »Arbeiter-Zeitung« jüngst treffend ausgeführt hat.

Damit wäre unendlich viel gewonnen, vor allem eine Grundlage für das Institut

der fälschlich so genannten Landsmannminister, die richtig nationale Minister heißen müssen. Sie wären, wenn sie an das Vertrauen der Gesamtheit der nationalen Vertretung gebunden und ihr verantwortlich gemacht würden, ganz andere Machtfaktoren als heute.

Aber sie sind heute Minister ohne Portefeuille und so wären die oben erwähnten Nationalitäten an sich zunächst Rechtssubjekte ohne Recht, Seelen ohne Körper, Seelen, die nicht geboren werden können, da der Leib fehlt, in den sie eingehaucht werden sollen.

Den nationalen Ministern, diesen hochgestellten Kibitzen der Staatsverwaltung, fehlt das eigene Ressort, den Nationalvertretungen fehlt die Nation.

Recht und Gesetz sind Wort und Paragraph, Schall und Papier. Was sie lebendig macht, ist die Verwaltung, diese ist die konkrete Leiblichkeit des Staates. Wir kämen rasch zu nationalen Ministern, zu Nationalräten, zu den Nationen als Rechtsinstituten, wenn wir nur eine Ahnung hätten von einer »nationalen Verwaltung«.

Die österreichische Wissenschaft und Praxis, die österreichischen Rechtsgelehrten, Politiker, Parlamentarier, Publizisten, kurz das ganze Volk der »Schriftgelehrten und Pharisäer« und damit die ganze Öffentlichkeit kennen weder den Begriff noch den Namen einer nationalen Verwaltung. Die Bourgeoisien aller Zungen reden durch vierzig Jahre von der »Nation« und haben's nicht bemerkt, dass sie gar nicht existiert, sie reden von nationalen Kulturaufgaben, nationalen Angelegenheiten und haben es nicht wahrgenommen, dass es nationale Angelegenheiten, nationale Verwaltungsaufgaben gar nicht gibt — nach geltendem Rechte nämlich. Es gibt eine staatliche, es gibt eine autonome Landes- und Gemeindeverwaltung, eine nationale Verwaltung kennt das Gesetz nicht. Wir kennen eine Bau-, Sanitäts-, Wege-, Stiftungsverwaltung, kennen Verwaltungsaufgaben, die aus der Existenz der Feldmäuse, der Nonnen, der Diebe, der Schmuggler entspringen; aber die Existenz der Nationen hat unserem öffentlichen Recht noch keine spezifischen, theoretisch und praktisch gesonderten Verwaltungsaufgaben gestellt. Es gibt eine besondere Kulturverwaltung, katholische, protestantische Kultusorgane, aber eine nationale Kulturverwaltung und ihr zugeordnete Organe gibt es nicht. Es besäße in den nationalen Ministern und Nationalitäten jede Nation wohl ihr caput, ihren Kopf, aber noch fehlten ihr — Hände und Füße.

Aber gibt es denn spezifisch nationale Angelegenheiten? (Wenn solche da sind, muss auch eine Verwaltung derselben da sein.) Offenbar. Denn jedes zweite Wort, so wir in unserer Politik vernehmen, lautet: Das ist eine nationale Angelegenheit.

Wo also steckt ihre Verwaltung? Warum keine besonderen Organe?

Das Deutsche Reich hat auch gewisse nationale Angelegenheiten — wer vermisst dort besondere Organe? Niemand. Die Nationalsachen sind eben Staatssachen.

Und bei uns sind sie's auch. Die Minister, die Statthalter, die Bezirkshauptleute und auf der anderen Seite die Landesausschüsse und Bürgermeister führen unsere nationalen Angelegenheiten — als ob wir auch ein nationaler Einheitsstaat, national einheitliche Kronländer, national durchaus einheitliche Gemeinden wären!

Was wir nicht von Deutschland übernehmen können, das existiert für uns nicht. Wir haben Einrichtungen übernommen und beibehalten, die für uns sinnlos sind. Wir sind kein Nationalstaat. Der eine, zentrale Staat kann nicht die nationalen Angelegenheiten von acht Nationen zugleich verwalten. Es kann der Unterrichtsminister nicht zugleich Deutscher, Tscheche und Pole sein, es kann aber der Deutsche seine Hoch- und Mittelschulen nicht von Tschechen oder Polen, der Tscheche nicht von Deutschen oder Polen ohne Bedenken verwalten lassen, um nur das nächste Beispiel zu wählen. Ist der Staatsverband »Oesterreich« notwendig oder besteht er wenigstens faktisch in einer Weise, dass wir im Augenblick nicht wissen, wie ihn beseitigen oder wie ihn ersetzen, so müssen wir ihm wohl das zur Existenz Nötigste an Hoheitsrechten zugestehen, niemals aber können wir zugestehen, dass er für alle acht Nationen unterschiedslos auch die nationale Verwaltung führt, gleichsam als Vormund von Unmündigen oder Wahnsinnigen.

Diese Völker konnten die zum Teil ungebetene Vormundschaft nicht abweisen, solange sie eben unmündig waren, sie verdienen diese Vormundschaft, wenn und solange sie so wahnsinnig sind, sich in hassvollen Kämpfen selbst zu zerfleischen. Sie brauchen diese Vormundschaft von Ministern, Statthaltern, Bezirkshauptleuten

und Gendarmen nicht mehr, wenn sie verständig genug sind, eine nationale Rechtsordnung an Stelle des Kampfes zu setzen.

Eine nationale Rechtsordnung, die jeder Nation rechtlich Haupt und Glieder, ein eigenes Willenssubjekt und eigene Durchführungsorgane gibt, eine Rechtsordnung, die jeder Nation durch ihre nationalen Minister und Nationalräte eine organische Anteilnahme an der Zentralregierung sichert, eine nationale Rechtsordnung, die jede Nation erst frei und selbstherrlich macht und dann organisch zum Staatsganzen zusammenschliesst, eine solche Rechtsordnung benötigen wir. Für sie existiert in unserem ganzen Verfassungsrecht noch kein Ansatz — ausser der durch das gleiche Stimmrecht geschaffenen Abgrenzung der Wahlbezirke.

Aber ist es denn denkbar, dass acht Nationen durch Jahrzehnte politisch leben ohne jede Spur einer nationalen Verwaltung?

Das ist in der Tat undenkbar.

Wir haben neben der sogenannten landesfürstlichen Verwaltung eine sogenannte autonome, die eine in Wahrheit nicht landesfürstlich, die andere nicht autonom. Item, wir besitzen Gemeinden (in einigen Kronländern Bezirke) und Kronländer mit Selbstregierungsbefugnissen der Bourgeoisie. Und dieses Surrogat dient vielfach als Ersatz der nationalen Verwaltung.

Dieses Autonomiesurrogat stellt in einsprachigen Ländern, Bezirken und Gemeinden ein ähnliches Verhältnis her wie im geschlossenen Nationalstaat. Der Mangel einer besonderen Nationalverwaltung verschwindet hier, da gesonderte Nationen fehlen. In diesen Gebieten merkt man das Fehlen nationaler Institutionen nicht leicht, sie scheinen entbehrlich.

In diesen Gebieten entsteht auch der falsche Schein, als wäre diese Autonomie der Gemeinden und Kronländer zugleich eine nationale Schutzwehr. Und dieser Schein hat die Kronländer in der Geschichte oftmals gerettet.

Und doch reicht diese Pseudoautonomie nicht aus; sie ist aus zwei Gründen ungenügend. Erstens sind die Angelegenheiten, die national im engsten Sinne genannt werden müssen, verteilt auf Bürgermeister und Bezirkshauptmann, Landtag und Statthalter, die Kompetenzscheidung ist nicht durchaus national gedacht und die Zentralregierung redet durch die landesfürstlichen Organe in nationale Dinge darein. Zweitens redet das Nationsganze nicht mit und kann es nicht, da diese Pseudoautonomie im Kronland abschliesst und nicht nach oben fortführt bis zum Nationsganzen, zum Nationalrat und nationalen Minister. Die Nation im ganzen will eine gute Schule — der Vorarlberger Landtag vielleicht nicht; die Nation will auf ihrem Gebiete einen deutschen Bezirksrichter — der Justizminister nicht.

Also selbst in einsprachigen Gemeinden, Bezirken und Kronländern müssen die Organe und die Kompetenzen der nationalen Verwaltung ausgeschieden werden, einerseits, damit sie der Zentralregierung des Staates entzogen bleiben, andererseits, damit sie den Zentralinstitutionen der Nation — dem nationalen Minister und dem Nationalrat — unterworfen werden können.

Zwei Aufgaben sind also zu vollziehen, damit die Nation auch rechtlich ins Leben trete: Erstens müssen die durch die Kronlandsautonomie auseinandergerissenen Glieder der Nation wieder vereinigt werden, zweitens sind diese Glieder national aus den Fesseln der Zentralregierung zu lösen. Dann haben die Nationen ihre Bewegungsfreiheit gewonnen.

Und also ringt der Gedanke der nationalen Autonomie — selbst unter der Voraussetzung nur einsprachiger Kronländer — mit einer doppelten Gegnerschaft. Die nationale Autonomie muss ihren Reichskreis zu einem — dem kleineren — Teil ausschneiden aus der Machtsphäre der landesfürstlichen Regierung und Bureaukratie, zum grösseren Teil aus der Machtfülle der Landtage, der Landesausschüsse und ihrer Bureaukratie. Sie fordert von der zentralistischen Bureaukratie einen blossen Machtverzicht, von der autonomen Oligarchie und Bureaukratie aber Unterordnung unter die Herrschaft des Nationsganzen. Die landesfürstliche Bureaukratie ist auf Resignation, die autonome Oligarchie auf Anmassung gedrillt. Ich fürchte sehr, dass der Hauptkampf gegen die letztere geführt werden wird.

So stellen sich die Dinge schon im einsprachigen Gebiete dar. Klarer und doch wieder schwieriger liegen sie im mehrsprachigen.

In diesem ist das Bedürfnis nach nationaler Sonderverwaltung längst eklatant, es bildet den unausgesprochenen Inhalt der bürgerlichen Politik dieser Gebiete.

Nur gewinnt das politische Leben hier eine besondere Gestalt. Die Mehrheitsnationen in Kronland, Bezirk und Gemeinde sehen in der Pseudoautonomie erst recht das nationale Gut, nicht weil sie Autonomie (Selbstherrschaft), sondern Heteronomie (Herrschaft über die anderen) zum Inhalt hat. Sie ist nicht Verteidigungsmittel gegen die landesfürstliche Bureaukratie, sondern Angriffsmittel gegen die andere Nation, entweder um unberechtigte Vormacht erst zu gewinnen oder länger zu behaupten. Das ist nicht mehr verfälschte, sondern in das Gegenteil verkehrte Autonomie, partikularistischer Zentralismus, der keine Rechtfertigung in den Tatsachen und der Gegenwart findet und darum an das historische Recht appellieren muss. Die Berufung auf Nation, Recht und Autonomie wird hier, weil sie jedesmal die rechtlose Unterwerfung einer anderen Nation zum Inhalt hat, zur aufreizenden Verlogenheit. Zur gleichen aufreizenden Verlogenheit wird hier der Kampf gegen die zentralistische Bureaukratie, welche man — soweit sie ein Stück der nationalen Verwaltung führt — in einem Atemzug vom eigenen Volk abwehren und auf das andere Volk lossetzen will. Unernt wird das Bestreben, der zentralistischen Bureaukratie die nationale Verwaltung zu nehmen, im Gegenteil — sie soll auch nationale Kompetenzen ausüben, freilich nur gegen die Minorität. So wettet man gegen den Zentralismus, aber stützt und stärkt ihn als anonymes Mittel zur Entnationalisierung anderer. Jahrzehnte hindurch waren Böhmen und Mähren die Musterländer dieser Methode, die tschechische und deutsche Bourgeoisie handhabten sie da und dort in gleicher Weise, natürlich mit dem entgegengesetzten Ziel. Die beiden Bourgeoisien haben einander hierin nichts vorzuwerfen.

Anders die Minderheitsnationen. Vorerst sind sie in der autonomen Verwaltung rechtlos, Gegner dieser Art Autonomie überhaupt, und suchen Abhilfe bei der landesfürstlichen Verwaltung, ohne auch ihr vertrauen zu können. Das ist ja das Unglück der Nationen in Oesterreich, dass ihre Sache zerstückt und aufgeteilt ist auf zwei Faktoren: auf eine Zentralregierung, die da sie vielen Nationen zugleich je nach jeweiligen parlamentarischen Machtverhältnissen dienen soll, ehrlich international sein sollte und bei wechselnden Parlamentsmehrheiten weder ehrlich national noch ehrlich international sein kann; und auf eine Landtagsmehrheit, die kraft stabiler Mehrheitsverhältnisse auf nationale Vorherrschaft eingeschworen ist. Die nationale Sache schwankt so zwischen der Szylla der Kronlandsmehrheit und der Charybdis der Zentralregierung. Die Völker richten die angstvollen Blicke bald auf diese, bald auf jene und sehen in ihrer Angst nicht, dass die Durchfahrt mitten durch beide geht, dass links und rechts ein Stück abgesprengt werden muss, damit die Fahrt sicher und bequem wird.

Diese Minderheiten nun können, da jeder Faktor ein Stück ihres Rechtes ihnen vorenthält, dauernd weder dem Staate noch dem Kronland vertrauen, sie sehen die Notwendigkeit der nationalen Autonomie am ehesten ein. Aber schwer bekehrt sich die Bourgeoisie dieser Minderheiten ganz zu ihr. Immer noch ist im Rahmen des ihnen feindlichen Landes da oder dort ein Bezirk oder eine Stadt, wo sie kraft der sonst bekämpften Pseudoautonomie über die andere Nation Vorherrschaft üben. Was sie im ganzen schädigt, fördert sie im einzelnen. Zugleich ist der Bourgeoisie als Klasse diese Pseudoautonomie sehr recht, weil sie ihr das Proletariat unterwirft. So entsteht eine wunderlich gemischte Psychologie in diesen Minderheitsbourgeoisien, sie sind zentralistisch und autonomistisch, oligarchisch und demokratisch, staatsfeindlich und regierungsfremd, rabiät und unterwürfig in einem Atemzug.

Geschlossene Kronlandsnationen, nationale Mehrheiten und Minderheiten operieren immer mit falschen Zielen, sie flüchten bald vom Staate weg zum Kronland, bald vom Kronland zum Staate. Da aber jede Nation in mehreren und verschiedenen zusammengesetzten Kronländern wohnt, so kommt keine zu einer einheitlichen Politik im Staate. Ihr Ziel aber muss sein: Weg von Staate und weg von Kronland, hin zur Nation! Neben dem Staate, über die Schranken der Länder hinaus, zur Einheit und Freiheit der Nation.

Indessen ist dieses Ziel ein verfassungsrechtliches, aber seine Erreichung geht der Begründung der nationalen Verwaltung parallel. Erst im Lichte desselben werden wir die wenigen Ansätze nationalen Rechts als Beginn einer systematischen Rechtsentwicklung begreifen.

Die nationale Verwaltungsautonomie setzt sich zuerst in den gemischtsprachigen Kronländern durch als Trennung der Organe der Landesverwaltung. Man beginnt für das Schulwesen und die Landeskultur nationale Sektionen zu schaffen. Diese sind auf dem Gebiete der Verwaltung der erste Schritt wie die nationalen Minister und die nationale Wahlbezirksabgrenzung in der Verfassung. Es liegt auf der Hand, dass die Scheidung aus gleichen politischen und technischen Gründen analog in der Gemeinde, Stadt- und Bezirksverwaltung ihre Fortsetzung finden muss und wird. Wenn wir die Verwaltungsinstanzen stufenweise als Lokal-, Mittel- und Zentralstellen bezeichnen, so haben wir bis jetzt in den Sektionen der Landesschulräte und Landeskulturräte Ansätze nationaler Mittelstellen, in den nationalen Ministern Ansätze zu Zentralstellen, in den getrennten Gemeindeausschüssen, wie sie für Budweis vorgeschlagen wurden, vielleicht einen Ansatz zu nationalen Lokalverwaltungsstellen. So kommt allmählich Zusammenhang in die Dinge, unsere Aufgabe gewinnt an Uebersicht, bekommt Plan. Wir haben auf jeder Stufe weiterzubauen, wir haben die Stufen untereinander zu verbinden. Zugleich ermessen wir, wie wenig da ist, wieviel zu schaffen bleibt und wie langsam das neue nationale Rechtssystem geboren wird. Wir erkennen, dass wir es mit einer schrittweisen Entwicklung, nicht mit auf einmal dekretierten Organisationen zu tun haben. Nichts kann förderlicher sein, als für diese Entwicklung alle denkbaren Formen und Ziele auszudenken, als Projekte zu ersinnen und zu begründen, aber nichts wäre törichter, als zu hoffen, das eine oder das andere morgen den Nationen von oben zumessen zu wollen, wie man einem Jungen einen neuen Anzug anmessen lässt. Was die einen vorausdenken, müssen die Massen nachdenken lernen, das Urteil der Massen wird die Ideen erfüllen oder berichtigen je nach dem Diktat der Verhältnisse. Idee und Interesse werden einander durchdringen und befruchten, auf dass die Tat geboren werde, die Tat oder besser Reform um Reform, da wir auch auf diesem Gebiete nur gehen können, indem wir Schritte machen.

Die bürgerliche politische Weisheit hat die »nationalen Kurien« in den Landtagen und die »nationalen Sektionen« in der Landesverwaltung erfunden, der Ruhm soll ihr ungeschmälert bleiben. Doch dürfen wir die Schranken dieser Erfindung und Schöpfung nicht übersehen: sie liegen in den Schranken des bürgerlichen politischen Denkens überhaupt, welches durch das Interesse der herrschenden Klasse bestimmt ist. Dieses Denken sieht niemals den Vertretenen (das Volk), sondern auf den Vertreter (das Landtagsmitglied), niemals auf die Massen, denen die Verwaltung dienen soll, sondern auf jenen, der die Verwaltung führt, auf den Bürokraten. Nun handelt es sich bei der ganzen nationalen Auseinandersetzung um die Rechte der Nation selbst und jedes Nationsgenossen. Solche Rechte begründet weder die Kurie noch die Sektion. Sie scheiden Gewählte oder Aemter, sie ist eine geschäftsordnungsmässige und bürokratische Massregel, aber keine Verfassungsnorm und kein demokratisches Volksrecht. Soll die Nation wirklich sich selbst verwalten, so muss die Verwaltung auf dem Recht des einzelnen Nationsgenossen und der Nationsgesamtheit basieren, wir müssen also die Nationsgenossen selbst zu übergeordneten, gesetzgebenden und verwaltenden Körperschaften organisieren, die aus eigenem Recht entscheiden, selbst Vermögen besitzen, Steuer erheben und verwenden können. Kurien und Sektionen aber sind — als geschichtliche Uebergangsstufen zu begrüßen — Zwitterbildungen, die allen Segen, den sie stiften, wettmachen durch die Reibungen, die sie verursachen, und die Hemmungen, welche ihre bürokratische Natur zur Folge hat. Die Selbstverwaltung der Nationen muss demokratisch vor allem sein, wenn diese zur vollen Entfaltung ihrer kulturellen Kräfte gelangen sollen. Die demokratische Organisation wird die Aemterfrage, die uns gar so unlöslich erscheint, einfach verschwinden machen — die Schweiz kennt zum Beispiel die nationale Frage in ihren grössten Problemen gar wohl, aber die Aemterfrage kennt sie nicht. In unserem Lande aber hat man nicht die geringste

Ahnung davon, was die Demokratie in der Verwaltung bedeutet, man hat davon die abenteuerlichsten Vorstellungen. Wir müssen sie unserer öffentlichen Meinung erst geistig näher bringen, erst geistig erobern, bevor wir sie realisieren können.

Sobald wir die Frage der nationalen Verfassung und Verwaltung aufwerfen, wird uns klar: Wir können zu den Nationen nicht gelangen als mitten durch Staat und Kronland, mitten durch die landesfürstliche und autonome Verwaltung. Haben wir insbesondere die nationale Verwaltung vor Augen, so wird uns klar: Wir haben nicht bloss ein Einzelgesetz zu geben, bloss eine Behörde zu schaffen, sondern das gesamte Behördensystem, seine gesamten Kompetenzen stehen in Frage. Wir kommen zu der leiblichen Seite der nationalen Autonomie, zur nationalen Selbstverwaltung, nur durch eine erschöpfende Kritik unserer gesamten Staats-, Kronlands- und Gemeindeverwaltung! Eine unermessliche Fülle von Problemen steht vor uns.

Bisher war fast nur eines unserer politischen Kritik unterworfen: die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses. Kritik und Massenkampf waren hierbei eins. Nun muss Kritik und Kampf die Landtage und Gemeindestuben treffen. Zunächst aus sozialen Gründen, denn beide sind die Zuflucht der Feudalität und der Bourgeoisie vor den besitzlosen Klassen, die das gleiche Recht fordern. Dann aber aus nationalen Gründen: Wir müssen über die Landesgrenzen hinaus zur Einheit der Nation gelangen. Das brauchen wir Deutsche, das brauchen die Tschechen, die Polen, das braucht jede Nation in Oesterreich. Wir deutsche Sozialdemokraten können zum Beispiel nicht dulden, dass unsere Volksschule, das höchste Gut der Nation und der Klasse, verschiedenen unverantwortlichen verborgenen Landtagscliquen preisgegeben wird. Ueber die deutsche Schule muss die deutsche Nation in Oesterreich schon darum entscheiden, weil wir den grösseren Teil unserer Nationsgenossen nicht den Klerikalen mancher Alpenländer bedingungslos ausliefern können. Die Schulautonomie vor dem Staat in allen Ehren — wir wollen auch nicht und es wäre sinnlos, dass etwa der Polenklub in unser niederösterreichisches Schulwesen dareinrede. Aber dass eine Landtagsclique das Recht haben soll, der ganzen Nation zu trotzen, die Schulautonomie vor der Nation ist unerträglich. Wollen die deutschen Landtage sich der deutschen Nation als Gesamtheit nicht beugen, so muss man das Recht und die Macht haben, sie zu zwingen. Die nationale Einordnung der Kronländer bedeutet natürlich nicht ihre Aufhebung, ja sie berührt nicht einmal den Rechtskreis, in dem sie aus guten Gründen autonom sind, zum Beispiel die rein territorialen, wirtschaftlichen und sozialen Kompetenzen der Landtage. — Die tschechischen Sozialdemokraten haben alle Gründe, dafür einzutreten, dass auch ihre Nation selbständige Einheit werde und nicht den Zentralstaat um Lehranstalten anbetteln müsse, welche für die Nation so dringend not tun wie eine zweite Universität.

Wir wissen sehr wohl, dass die Landtagscliquen nicht unsere einzigen Feinde sein werden. Das zweite Stück des nationalen Rechtes hat, wie schon erwähnt, die zentralistische Bürokratie an sich gerissen, sie muss es herausgeben und wird der Machtminderung widerstreben, aus Machtliebe, aus Indolenz, aus Einsichtslosigkeit. Wir haben bis jetzt niemand für uns als die Vernunft und das lebendige Interesse der Massen, das ist sowohl das Klasseninteresse der Besitzlosen als auch das nationale Interesse eines jeden, der seine Nation wahrhaft liebt, es gilt die Vernunft mit dem Interesse dieser Massen durch Forschung und Propaganda zu vermählen und die nationale Autonomie wird siegen!

## Otto Bauer: Die soziale Gliederung der österreichischen Nationen

Seit sechs Jahrzehnten führen die Völker Oesterreichs ihren Kampf um die Macht im Staate. Die Macht, die die Nation errungen, setzt sie um in das Gesetz und in die Verordnung, in den Verwaltungsauftrag und in die richterliche Ent-

scheidung; ihre Macht ist sichtbar in ihrem Anteil an den gesetzgebenden Körpern und an den Körperschaften, die die autonome Lokalverwaltung besorgen, an der Beamtenschaft des Staates und der autonomen Verwaltungsverbände, an den Anstalten des Staates und der Länder, der Bezirke und der Gemeinden. Macht wird Recht — die Macht der Nationen wird Rechtssatz, Rechtsinstitut, rechtlich geregelte Anstalt.

Aber wenn die Macht der Nationen rechtliche Satzung werden muss, um wirksam zu werden, so ist doch die Satzung von kämpfenden Menschen, Parteien, Organisationen gesetzt. Die Machtverhältnisse der Nationen zum Staate und zueinander regelt das Recht; aber das Recht ist selbst der Niederschlag der Machtverhältnisse der Nationen. Keine Nation kann im Machtkampfe um die Gestaltung des Rechtes und seiner lebendigen Wirksamkeit in der Verwaltung mehr Kraft auslösen, als sie besitzt; die tatsächlichen Machtverhältnisse der Nationen, ihre Volkszahl, ihr Reichtum, ihre Kultur, sind unsere ungeschriebene Nationalitätenverfassung, die sich immer wieder die Rechtsordnung anpasst, die Verwaltung unterwirft. Die soziale Gliederung der Nationen bestimmt die Schnelligkeit des Wachstums ihrer Volkszahl, die Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Kräfte, die Gestaltung ihrer Kultur. Den sozialen Aufbau der Nationen müssen wir also erforschen, wenn wir die tatsächlichen Machtverhältnisse aufdecken wollen, die ihre rechtlichen Beziehungen gestalten, wenn wir die Veränderungen der Gesetzgebung und Verwaltung begreifen und an ihrer Umgestaltung tätig mitwirken wollen.

Die soziale Gliederung jeder Nation ist das Erzeugnis ihrer ganzen Geschichte. In den nüchternen Zahlenreihen der Berufszählung spiegelt sich die alte, aus fernen Jahrhunderten überlieferte Wirtschaftsverfassung der Nation, die mit dem werdenden Neuen um ihr Dasein ringt.

Am zähesten hat die Wirtschaftsverfassung der Landwirtschaft überall die überlieferten sozialen Beziehungen erhalten. In der Verteilung des Grundbesitzes, in der Grösse der landwirtschaftlichen Betriebe erkennt der Historiker heute noch die Spuren uralten Geschehens. Denn der moderne Kapitalismus hat zwar das innere Wesen des bäuerlichen wie des gutsherrlichen Betriebes völlig umgestaltet; an den Besitz- und Betriebsgrössen aber hat er in der Landwirtschaft weit weniger geändert als in den anderen Zweigen der gesellschaftlichen Produktion. Die Grösse der landwirtschaftlichen Betriebe muss aber auch im Zahlenverhältnis der Klassen der bürgerlichen Gesellschaft zum Ausdruck kommen. Wo der Grossgrundbesitz überwiegt, ist die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeiter grösser, die Zahl der selbständigen Landwirte kleiner als in Gebieten, in denen der bäuerliche Besitz vorwaltet; wo Recht oder Sitte die Teilung des bäuerlichen Besitzes verbietet, ist die Zahl der grundbesitzenden Bauern geringer, die Zahl der im Haushalt des Bauern mitarbeitenden Familienmitglieder grösser als in jenen Ländern, wo die Parzellierung des landwirtschaftlich genutzten Bodens weiter fortgeschritten ist.

Aber wenn auch die Grundbesitzverteilung und die Verteilung der Betriebsgrössen in der Landwirtschaft, in der Geschichte vieler Jahrhunderte wurzelnd, die gewaltigen wirtschaftlichen Umwälzungen des letzten Jahrhunderts überdauert hat, so hat doch die Entwicklung des modernen Kapitalismus den ganzen sozialen Aufbau der Völker verändert. Die soziale Gliederung jeder Nation lässt uns erkennen, mit welcher Wucht die Nation von dem kapitalistischen Entwicklungsprozess ergriffen wurde, welche Stufe dieses Entwicklungsprozesses sie erreicht hat.

In drei vielfältig miteinander verknüpften Erscheinungen wird die Wirksamkeit des kapitalistischen Entwicklungsprozesses in der sozialen Gliederung der Nationen sichtbar. Zunächst in der Verschiebung der Bevölkerung aus der Landwirtschaft in die Industrie, den Handel und die Verkehrsgewerbe. Je stärker eine Nation von der kapitalistischen Umwälzung erfasst wurde, einen desto geringeren Teil ihrer Volkszahl umfasst die Landwirtschaft, einen desto grösseren die Industrie. Innerhalb der industriellen Bevölkerung aber verändert sich das Verhältnis zwischen selbständigen Unternehmern und Arbeitern. Je weiter der Kapitalismus fortschreitet, einen desto geringeren Teil der Bevölkerung bilden die selbständigen Unternehmer, einen desto grösseren die Arbeiter. Endlich

führt die kapitalistische Entwicklung die Auflösung des wirtschaftlich einheitlichen Familienhaushalts herbei. Der Bauer wird von seiner Familie, nicht nur von seinem Weib und seinen Kindern, sondern nicht selten auch von erwachsenen Söhnen, Töchtern, Geschwistern in seiner Arbeit unterstützt; alle diese Personen leben im Haushalte des Familienoberhauptes und verzehren mit ihm, was Haus und Hof ihnen bringt. Ebenso haben die Frau und die Kinder des Handwerkers keine eigene Berufsstellung, kein eigenes Einkommen; das Einkommen des Familienoberhauptes muss auch seine Angehörigen ernähren. In der modernen industriellen Arbeiterschaft dagegen ist die Familie wirtschaftlich aufgelöst. Die Frau des Arbeiters geht nicht selten selbst in die Fabrik; sie hat ein eigenes Einkommen. Die Kinder müssen sich schon vom 14. Lebensjahre an ihr Brot selbst verdienen; auch sie haben eine eigene Berufsstellung. Je höher die Stufe der kapitalistischen Entwicklung ist, desto grösser wird also die Zahl der Personen mit eigener Berufsstellung und eigenem Einkommen, desto geringer die Zahl der vom Familienoberhaupt erhaltenen Angehörigen.

Endlich wird die soziale Gliederung der Nationen mächtig durch die Tatsache beeinflusst, dass die verschiedenen Nationen an den herrschenden und ausbeutenden Klassen einerseits, an den beherrschten und ausgebeuteten Klassen andererseits ganz verschiedenen Anteil haben. Jahrhundertlang waren nur die Deutschen, Polen und Italiener im Adel, in der höheren Beamtschaft und im wohlhabenden städtischen Bürgertum stärker vertreten; alle anderen Völker — die Untertanenvölker, die »geschichtslosen Nationen« — setzten sich fast ausschliesslich aus den beherrschten und ausgebeuteten Klassen zusammen. Erst im neunzehnten Jahrhundert sind auch diese Nationen allmählich in die höheren Schichten der bürgerlichen Gesellschaft eingedrungen. Aber auch heute noch ist es eine häufige Erscheinung, dass der deutsche Fabrikant tschechische Arbeiter, der polnische Grossgrundbesitzer ruthenische Landarbeiter, der italienische Händler slawische Tagelöhner beschäftigt. Auch diese Tatsachen müssen in der sozialen Statistik der Nationen in Erscheinung treten.

Wir kennen nun die wichtigsten Komponenten, die den sozialen Aufbau der Nationen bestimmen. Wir wollen jetzt ihre Kraft an der Hand der Ergebnisse der Berufszählung vom Jahre 1900 prüfen.\*

Sehen wir zunächst, wie sich die gesamte Bevölkerung jeder Nation — die Berufstätigen samt ihren Angehörigen — auf die grossen Berufsgruppen verteilt!

Tabelle I.

	Berufszugehörige			Von je 1000 Zugehörigen der nebenbezeichneten Nationen sind berufszugehörig zu		
	der Land- und Forstwirtschaft	der Industrie, des Handels und Verkehrs	des öffentlichen Dienstes und der freien Berufe	der Land- und Forstwirtschaft	der Industrie, dem Handel und Verkehr	dem öffentlichen Dienst und den freien Berufen
Deutsche . .	3,068.123	4,747.056	1,356.435	335	<b>517</b>	148
Tschechen . .	2,560.103	2,719.673	656.820	431	<b>458</b>	111
Italiener . .	362.569	260.909	99.858	501	<b>361</b>	138
Polen . . .	2,775.401	1,099.534	354.367	656	<b>260</b>	84
Slowenen . .	896.080	201.504	90.722	754	<b>169</b>	77
Serbokroaten	615.907	59.325	33.552	869	<b>84</b>	47
Rumänen . .	206.890	11.794	10.334	903	<b>52</b>	45
Ruthenen . .	3,152.725	142.404	83.112	933	<b>42</b>	25

Die Tabelle zeigt uns, dass die Verschiebung der Bevölkerung von der Landwirtschaft in die Industrie bei den Deutschen, Tschechen und Italienern am weitesten gediehen ist. Diese Völker schöpfen aus der industriellen Entwicklung ihre Kraft; sie sind von der kapitalistischen Entwicklung am schnellsten erfasst worden. In weitem Abstände erst folgen ihnen die Polen und die Slowenen. Bei den Serbokroaten, Rumänen und Ruthenen dagegen bildet die industrielle Bevölkerung nur einen kleinen Teil der ganzen Nation.

Das höchstentwickelte Industrievolk Oesterreichs sind die Deutschen. Nur ein Drittel des deutschen Volkes zieht aus der Land- und Forstwirtschaft, die Mehr-

\* Sämtliche Zahlen sind dem 66. Bande der »Oesterreichischen Statistik« entnommen oder aus den dort angegebenen Zahlen berechnet.



heit der Deutschen dagegen aus der Industrie, dem Handel und Verkehrswesen ihren Unterhalt. Von der Lebenshaltung der industriellen Bevölkerung hängt das Wachstum unserer Volkszahl und die Entfaltung unserer Kultur, von der Entwicklung der Industrie unsere wirtschaftliche Kraft ab. Die agrarische Wirtschaftspolitik, die die Lebenshaltung der industriellen Bevölkerung senkt, die Entwicklung unserer Industrie unterbindet, untergräbt die Grundlagen der Macht der deutschen Nation in Oesterreich.

Wollen wir nun prüfen, wie sich die einzelnen Nationen auf die Klassen der bürgerlichen Gesellschaft verteilen, so teilen wir die Bevölkerung in drei grosse Gruppen ein. Die erste Gruppe bilden die Selbständigen. Zu ihnen gehören die Grossgrundbesitzer ebenso wie die Bauern, die Fabrikanten wie die Handwerksmeister, die Grosskaufleute wie die Kleinhändler. Die zweite Gruppe bilden die Arbeiter. So nennen wir alle, die ihre Arbeitskraft um einen Lohn oder Gehalt verkaufen, also jene Schichten, die die Berufszählung als Angestellte, Arbeiter, Tagelöhner und Hausdienerschaft bezeichnet. Die erste und die zweite Gruppe fassen wir als die Personen mit eigener Berufsstellung zusammen. Ihnen stellen wir als dritte Gruppe die Angehörigen gegenüber. So nennen wir alle, die nicht aus ihrer eigenen Berufsstellung ein selbständiges Einkommen beziehen, sondern vom Einkommen des Familienoberhauptes zehren, gleichgültig, ob das Familienoberhaupt der Gruppe der Selbständigen oder jener der Arbeiter zugehört, gleichgültig, ob diese Angehörigen das Familienoberhaupt in seinem Erwerb unterstützen (»mithelfende Familienmitglieder«) oder ob sie überhaupt nicht oder doch nicht regelmässig arbeiten (»Angehörige ohne eigenen Hauptberuf«)\*.

Wir wollen nur zunächst das zahlenmässige Verhältnis zwischen den Personen mit eigener Berufsstellung und den Angehörigen kennen lernen.

Tabelle II.

	Personen mit eigener Berufsstellung	Angehörige	Auf je 100 Personen mit eigener Berufs- stellung entfallen Angehörige
Deutsche . . . . .	4,397.949	4,773.665	<b>108</b>
Tschechen . . . . .	2,589.400	3,347.196	<b>129</b>
Slowenen . . . . .	439.707	748.599	<b>170</b>
Italiener . . . . .	266.010	457.326	<b>172</b>
Polen . . . . .	1,352.563	2,876.799	<b>213</b>
Rumänen . . . . .	69.986	159.032	<b>227</b>
Ruthenen . . . . .	880.315	2,497.926	<b>284</b>
Serbokroaten . . . . .	167.705	541.079	<b>323</b>

Wir sehen hier gewaltige Unterschiede. Bei den Deutschen und Tschechen ist die Zahl der Angehörigen nur wenig grösser als die der Personen mit eigener Berufsstellung, bei den Polen, Rumänen und Ruthenen ist sie mehr als doppelt so gross, bei den Serbokroaten mehr als dreimal so gross. Wie sind solche Unterschiede zu erklären?

Hier wird uns zunächst offenbar, wie der Kapitalismus die Familie als wirtschaftliche Einheit auflöst. Die Deutschen und Tschechen, die vom Industrialisierungsprozess am stärksten ergriffen sind, haben auch verhältnismässig am meisten Personen mit eigener Berufsstellung, bei ihnen ist der Prozess der Auflösung des Familienhaushalts am weitesten fortgeschritten.

Bei den anderen Nationen ist das Bild nicht ebenso deutlich. Sie treten in der Tabelle II in anderer Reihenfolge auf als in der Tabelle I, die uns die Stufe des Industrialisierungsprozesses darstellt, die die einzelnen Nationen erreicht haben. Dies

\* Unsere Unterscheidung zwischen den Personen mit eigener Berufsstellung und den Angehörigen fällt mit der Unterscheidung der amtlichen Bearbeitung der Berufszählung zwischen Berufstätigen und Angehörigen nicht zusammen, da wir einerseits die Hausdienerschaft den Arbeitern, also auch den Personen mit eigener Berufsstellung zurechnen — denn uns handelt es sich um die soziale Stellung, nicht um die ökonomische Funktion — und andererseits die »mithelfenden Familienmitglieder« nicht zu den Personen mit eigener Berufsstellung zählen. Die Angaben der amtlichen Bearbeitung über die Gesamtzahl der Berufstätigen haben geringen Wert, da die Grenzlinie zwischen den »mithelfenden Familienmitgliedern«, die zu den Berufstätigen gerechnet wurden, und den »Angehörigen ohne eigenen Hauptberuf« insbesondere in der Landwirtschaft nicht ohne Willkür gezogen werden kann und da diese Unterscheidung in den verschiedenen Teilen des Reiches gewiss in ganz verschiedener Weise durchgeführt wurde.

ist einerseits auf Verschiedenheiten der überlieferten Agrarverfassung, andererseits auf Verschiedenheiten des Altersaufbaues zurückzuführen. Jene Nationen, von deren Volkszahl die Kinder und Unmündigen einen grösseren Teil bilden, müssen natürlich auch mehr »Angehörige«, weniger Personen mit eigener Berufsstellung zählen.

Kennen wir nun das Verhältnis zwischen den Personen mit eigener Berufsstellung und den Angehörigen, so müssen wir, um ein anschaulicheres Bild des sozialen Aufbaues der Völker zu gewinnen, die ersteren schärfer ins Auge fassen. Wir wollen sehen, wie sie sich auf die Selbständigen und auf die Arbeiter verteilen.

Tabelle III.

	Gesamtzahl der Personen mit eigener Berufs- stellung	Darunter Selbständige	Darunter Arbeiter	Anteil der Arbeiter in Prozenten
Tschechen . . . . .	2.589.400	897.554	1.691.846	<b>65·34</b>
Deutsche . . . . .	4.397.949	1.569.492	2.828.457	<b>64·31</b>
Italiener . . . . .	266.010	130.459	135.551	<b>50·96</b>
Polen . . . . .	1.352.563	666.288	686.275	<b>50·74</b>
Slowenen . . . . .	439.707	223.239	216.468	<b>49·23</b>
Rumänen . . . . .	69.986	37.555	32.431	<b>46·34</b>
Ruthenen . . . . .	880.315	573.309	307.006	<b>34·87</b>
Serbokroaten . . . . .	167.705	118.119	49.586	<b>29·57</b>

Die Arbeiter bilden also bei den Tschechen und Deutschen mehr als drei Fünftel, bei den Italienern und Polen mehr als die Hälfte, bei Slowenen, Rumänen und Ruthenen immerhin noch mehr als ein Drittel und nur bei den Serbokroaten weniger als ein Drittel aller Personen mit eigener Berufsstellung. Was die Arbeiterklasse innerhalb der einzelnen Volksgesamtheiten bedeutet, wird uns hier offenbar. Aller Nationen Volkszahl, Reichtum und Kultur wird sehr wirksam durch jede Veränderung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse beeinflusst; am stärksten aber sind die wirtschaftlich höchstentwickelten Nationen, die Deutschen, Tschechen und Italiener, von der Entwicklung der Arbeiterklasse abhängig. Mehr als drei Fünftel der berufstätigen Deutschen verkaufen ihre Arbeitskraft um einen Arbeitslohn oder Gehalt. Wie kann unsere Volkszahl wachsen, wenn wir drei Fünftel unseres werktätigen Volkes den verheerenden Wirkungen des Hungers und der Ueberarbeit preisgeben? Wie kann die deutsche Kultur die Massen unseres Volkes durchdringen, wenn wir drei Fünftel unserer arbeitenden Männer und Frauen von allen Kulturgütern ausschliessen? Was will unser Reichtum bedeuten, wenn drei Fünftel des arbeitenden deutschen Volkes an ihm keinen Teil haben? Und muss nicht, da bei Deutschen und Tschechen der Anteil der Arbeiter an der Gesamtheit der Berufstätigen grösser ist als bei den anderen Nationen, jede Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft diesen beiden Völkern am meisten nützen, ihre Machtstellung im Gesamtstaat am wirksamsten fördern? Die nationale Bedeutung der sozialen Reform, der nationale Gehalt des proletarischen Klassenkampfes wird uns hier offenbar.

Vergleichen wir die Tabelle III mit der Tabelle I, so sehen wir — von zwei Ausnahmen abgesehen — in beiden Zahlenreihen die Nationen in derselben Reihenfolge auftreten. Je stärker eine Nation vom Industrialisierungsprozess erfasst ist, desto grösser ist auch der Anteil der Arbeiter an der Gesamtzahl der Personen mit eigener Berufsstellung. Da der Industrialisierungsprozess bei allen Völkern fortschreitet, wächst auch bei allen Nationen die Bedeutung der Arbeiterklasse im Leben der Gesamtheit, für alle Völker gewinnen die sozialen Errungenschaften des proletarischen Kampfes stetig steigenden nationalen Wert.

Zwei Ausnahmen stören dieses Bild. Die Tschechen, bei denen der Industrialisierungsprozess weniger weit fortgeschritten ist als bei den Deutschen, haben trotzdem verhältnismässig mehr Arbeiter innerhalb der berufstätigen Bevölkerung als wir. Bei den Serbokroaten ist die Zahl der Arbeiter am geringsten, obwohl der Anteil der industriellen Bevölkerung an ihrer Volkszahl grösser ist als bei den Rumänen und Ruthenen. Auch dass die Polen hinter den Italienern in der Tabelle III weniger weit zurückstehen als in der Tabelle I, ist auffallend. Die Erklärung dieser Abweichungen werden wir finden, wenn wir das Verhältnis der Selbständigen zu den Arbeitern innerhalb der grossen Berufsklassen gesondert untersuchen.

Tabelle IV.

	Gesamtzahl der Personen mit eigener Berufs- stellung in der Land- wirtschaft	Darunter Selbständige	Darunter Arbeiter	Anteil der Arbeiter in Prozenten
Tschechen . . . . .	954.999	353.324	601.675	<b>63·00</b>
Deutsche . . . . .	1,239.066	485.801	753.265	<b>60·79</b>
Slowenen . . . . .	272.986	148.558	124.428	<b>45·58</b>
Polen . . . . .	778.006	435.151	342.855	<b>44·07</b>
Rumänen . . . . .	58.952	33.150	25.802	<b>43·76</b>
Italiener . . . . .	92.313	62.846	29.467	<b>31·92</b>
Ruthenen . . . . .	770.696	535.523	235.173	<b>30·51</b>
Serbokroaten . . . .	123.926	101.359	22.567	<b>18·21</b>

Wir sehen hier, dass die Lohnarbeiter auch in der Landwirtschaft einen grossen Teil der berufstätigen Bevölkerung bilden. Bei den höchstentwickelten Nationen, bei den Deutschen und bei den Tschechen, ist die Zahl der Lohnarbeiter in der Landwirtschaft beträchtlich grösser als die Zahl der Bauern. Auch diese Erkenntnis ist wohl verwendbar im Kampfe gegen die agrarische Politik, die sich gebärdet, als ob sie das Gesamtinteresse der ländlichen Bevölkerung fördern wollte und doch nur die Sonderinteressen eines Teiles der Selbständigen vertritt.

Die Verschiedenheiten der sozialen Struktur der Landwirtschaft der einzelnen Nationen sind aus den Verschiedenheiten ihrer geschichtlich überlieferten Agrarverfassung zu erklären. Diese Verschiedenheiten müssen nun natürlich auch das Verhältnis der Arbeiter zu den Selbständigen innerhalb der gesamten arbeitenden Bevölkerung, das wir aus der Tabelle III kennen, beeinflussen. So können wir die Abweichungen der Tabelle III von der Tabelle I erklären. Dass die Serbokroaten weniger Arbeiter zählen, als ihrem Anteil an dem Industrialisierungsprozess entsprechen würde, ist darauf zurückzuführen, dass die eigentümliche Agrarverfassung ihrer Siedlungsgebiete nur wenig landwirtschaftlichen Arbeitern Raum gibt. Dass bei den Polen trotz ihrer industriellen Rückständigkeit der Anteil der Arbeiter an der Gesamtzahl der Personen mit eigener Berufsstellung fast ebenso gross ist wie bei den Italienern, ist aus der Tatsache zu erklären, dass in der Landwirtschaft die Klasse der Arbeiter bei diesen weit weniger stark besetzt ist als bei jenen. Dass nach Tabelle III die Quote der Arbeiter bei den Tschechen grösser ist als bei den Deutschen, ist gleichfalls auf die Verschiedenheiten der Agrarverfassung zurückzuführen; in den Siedlungsgebieten der tschechischen Nation ist der Grossgrundbesitz stark vertreten, daher auch die Zahl der Lohnarbeiter in der Landwirtschaft verhältnismässig gross, während in den deutschen Alpenländern der bäuerliche Besitz überwiegt, wodurch der Anteil der Lohnarbeiter an der Gesamtzahl der Personen mit eigener Berufsstellung verringert wird.

Indessen sind die Abweichungen der sozialen Schichtung (Tabelle III) von der Gliederung in Berufsklassen (Tabelle I) nicht restlos aus der sozialen Struktur der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu erklären; wir müssen also auch noch auf die Klassenschichtung innerhalb der industriellen Bevölkerung einen Blick werfen.

Tabelle V.

	Gesamtzahl der Personen mit eigener Berufs- stellung in der Indu- strie, dem Handel und Verkehr	Darunter Selbständige	Darunter Arbeiter	Anteil der Arbeiter in Prozenten
Rumänen . . . . .	4.363	766	3.597	<b>82·44</b>
Tschechen . . . . .	1,187.707	226.653	961.054	<b>80·91</b>
Deutsche . . . . .	2.231.791	483.837	1,747.954	<b>78·32</b>
Slowenen . . . . .	96.941	25.647	71.294	<b>73·54</b>
Italiener . . . . .	116.386	32.800	83.586	<b>71·82</b>
Ruthenen . . . . .	53.439	16.694	36.745	<b>68·76</b>
Serbokroaten . . . .	23.199	7.474	15.725	<b>67·78</b>
Polen . . . . .	377.195	129.824	247.371	<b>65·58</b>

Die Arbeiterschaft bildet bei allen Nationen die Mehrheit, bei keiner Nation weniger als drei Fünftel, bei den Deutschen, Slowenen und Italienern mehr als sieben Zehntel, bei den Rumänen und Tschechen mehr als vier Fünftel der industriellen Bevölkerung. Mit einer »Industriepolitik«, die nichts anderes ist als kapitalistische

Industriellenpolitik oder zünftlerische Meisterpolitik, ist keiner Nation gedient. Aller Völker Interessen dagegen werden durch eine Industriepolitik gefördert, die die Lebenshaltung der breiten Masse des Industrievolkes, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft erhöht.

Betrachten wir nun die soziale Schichtung der industriellen Bevölkerung im einzelnen, so sehen wir, dass die Nationen hier keineswegs in derselben Reihenfolge auftreten wie in der Tabelle I. Dies ist daraus zu erklären, dass die soziale Gliederung der industriellen Bevölkerung die Resultante aus zwei einander widerstrebenden Komponenten ist.

Die soziale Struktur der industriellen Bevölkerung wird zunächst durch die Stufe der kapitalistischen Entwicklung bestimmt, die die Nationen erklimmen haben. Je grösseren Anteil die Nation an der kapitalistischen Entwicklung hat, desto grösser muss auch der Anteil der Arbeiter an der Gesamtheit der berufstätigen Personen in der Industrie sein. Würde diese Komponente die soziale Struktur der industriellen Bevölkerung allein bestimmen, dann müssten die Nationen in der Tabelle V sich in derselben Reihenfolge ordnen wie in der Tabelle I.

Dies ist nicht der Fall, weil auf den sozialen Aufbau der industriellen Bevölkerung noch ein zweiter Faktor bestimmend einwirkt, nämlich der geschichtlich überlieferte Gegensatz zwischen den Herrennationen und den Untertanenvölkern, den »geschichtslosen Nationen«. Würde diese Komponente allein wirken, dann müssten jene Völker, die in den herrschenden und ausgebeuteten Klassen stärker vertreten sind, weit weniger Arbeiter, weit mehr Selbständige zählen als die anderen Nationen.

Aus dem Zusammenwirken dieser beiden Komponenten sind die merkwürdigen Ergebnisse der Tabelle V zu erklären.

So verstehen wir zunächst die auffallende Tatsache, dass die Rumänen in der Tabelle V an erster Stelle stehen. Die rumänische Nation hat fast keine Selbständigen in der Industrie und im Handel. In der Industrie wurden im ganzen 482, im Handel und Verkehrswesen 284 Selbständige rumänischer Nationalität gezählt. Die gewerblichen Bedürfnisse der rumänischen Bevölkerung werden überwiegend von Personen befriedigt, die sich zu einer anderen Nation bekennen.\* Nur als Arbeiter, Tagelöhner, Dienstboten dringen die Söhne und Töchter rumänischer Bauern in die Industrie und den Handel ein. Es ist also gerade die wirtschaftliche Rückständigkeit der rumänischen Nation, der Charakter einer reinen Bauernnation, eines Untertanenvolkes, dessen Söhne ihre Arbeitskraft national fremden Ausbeutern verkaufen müssen, der die Rumänen in der Tabelle V an die erste Stelle rückt.

Ganz anders liegen die Verhältnisse bei den Tschechen. Sie sind vom kapitalistischen Entwicklungsprozess stark erfasst worden; und auch sie sind ein altes Untertanenvolk, dessen Kinder als Arbeiter und Dienstboten sehr oft fremden, zu meist deutschen Herren dienen. Hier wirken beide Komponenten nach einer Richtung, um den Anteil der Arbeiterschaft an der tschechischen industriellen Bevölkerung zu erhöhen. Wenn also innerhalb der tschechischen Nation die Arbeiter einen grösseren Teil der Berufstätigen aller Berufsklassen bilden, als bei irgend einer anderen Nation (Tabelle III), so ist dies nicht nur aus der sozialen Schichtung der tschechischen Landwirtschaft, sondern auch aus der sozialen Gliederung der tschechischen industriellen Bevölkerung zu erklären. Diese Erscheinung ist eine der objektiven Ursachen des grossen Wahlsieges der tschechischen Sozialdemokratie, die bei den letzten Reichsratswahlen einen grösseren Teil aller Stimmen ihrer Nation auf ihre Wahlwerber zu vereinigen vermochte, als die Genossen jedes anderen Volkes.

Zur deutschen Nation dagegen bekennen sich nicht selten die Unternehmer in Gegenden, wo ein grosser Teil, zuweilen die Mehrheit der Arbeiter einer anderen Nation zugehört. Trotzdem ist der Anteil der Arbeiter an der berufstätigen industriellen Bevölkerung bei den Deutschen fast ebenso gross wie bei den Tschechen, weil die deutsche Nation eine weit höhere Stufe der kapitalistischen Entwicklung erreicht hat, als die anderen Völker Oesterreichs. Der Anteil der Arbeiter an der Ge-

\* Es handelt sich wohl überwiegend um Juden, die sich zur deutschen oder zur polnischen Umgangssprache bekannt haben.

samtzahl der in der Industrie berufstätigen Deutschen ist sehr gross, weil der Charakter der Deutschen als einer kapitalistisch hochentwickelten Nation die soziale Struktur des Industrievolkes weit stärker beeinflusst als ihr Charakter als einer alten Herrennation.

Auch dass bei den Italienern die Quote der Arbeiter geringer ist als bei den Slowenen, ist aus dem Spiel der beiden Komponenten leicht zu erklären. In der Industrie ist das Verhältnis zwischen Selbständigen und Arbeitern bei beiden Nationen annähernd gleich. Bei den Slowenen stehen in der Industrie 20.199 Selbständigen 57.246 Arbeiter, bei den Italienern 20.038 Selbständigen 57.197 Arbeiter gegenüber. Am Handel und Verkehrswesen dagegen haben die Italiener weit stärkeren Anteil als die Slowenen. Bei diesen sind nur 19.496, bei jenen dagegen 39.151 Personen als Selbständige oder Arbeiter im Handel und Verkehrswesen beschäftigt. Diese Erwerbszweige umfassen bei den Slowenen nur ein Fünftel, bei den Italienern dagegen ein Drittel der berufstätigen industriellen Bevölkerung. Da nun im Handel auf einen Selbständigen weniger Arbeiter entfallen als in der Industrie,\* erscheint die Quote der Arbeiter bei den Italienern geringer. Es ist also der Charakter der Italiener als einer Händlernation, als der Nation, die die städtische Oberschichte, die Kaufleute und Reeder mitten im südslawischen Agrarlande stellt, die die Quote der Selbständigen bei ihnen erhöht und sie daher in der Tabelle V hinter den Slowenen zurücktreten lässt.

Auch dass die Polen in der Tabelle V an letzter Stelle stehen, beruht wesentlich auf ihrer starken Vertretung im Kleinhandel. Von den 129.824 Selbständigen entfallen 58.825 auf Handel und Verkehr und ihnen stehen in diesen Erwerbszweigen nur 91.994 Arbeiter gegenüber. Polen und Juden, die sich zur polnischen Umgangssprache bekennen, bilden ja die städtische Bevölkerung im ruthenischen Agrargebiet, zu ihnen gehören die Händler der ruthenischen Bauerndörfer.

So wirken hier wieder — nur im entgegengesetzten Sinne wie bei den Tschechen — beide Komponenten zusammen, um den Anteil der Arbeiter bei den Polen zu senken. Sie müssen hinter den Deutschen, Tschechen und Italienern in der Tabelle V zurücktreten, weil sie auf der Stufenleiter des kapitalistischen Entwicklungsprozesses tiefer stehen; sie rücken aber auch hinter die Ruthenen und Serbokroaten zurück, weil sie die städtische und kaufmännische Oberschichte eines Agrarlandes bilden.

Wir kennen nun die soziale Schichtung der landwirtschaftlichen und der industriellen Bevölkerung. Nun wollen wir sehen, wie sich die Gesamtzahl der Arbeiter auf die grossen Berufsklassen verteilt.

Tabelle VI.

	Gesamtzahl der Arbeiter			Von je 1000 Arbeitern sind beschäftigt		
	in der Industrie, dem Handel und Verkehr	in der Land- und Forstwirtschaft	im öffentlichen Dienst und in den freien Berufen	in der Industrie, dem Handel und Verkehr	in der Land- und Forstwirtschaft	im öffentlichen Dienst und in den freien Berufen
Deutsche . . . . .	1.747.954	753.265	327.238	<b>618</b>	266	116
Italiener . . . . .	83.586	29.467	22.498	<b>617</b>	217	166
Tschechen . . . . .	961.054	601.675	129.117	<b>568</b>	356	76
Polen . . . . .	247.371	342.855	96.049	<b>360</b>	500	140
Slowenen . . . . .	71.294	124.428	20.746	<b>329</b>	575	96
Serbokroaten . . . . .	15.725	22.567	11.294	<b>317</b>	455	228
Ruthenen . . . . .	36.745	235.173	35.088	<b>120</b>	766	114
Rumänen . . . . .	3.597	25.802	3.032	<b>111</b>	796	93

Bei den Deutschen und Italienern umfasst die industrielle Arbeiterschaft bereits mehr als drei Fünftel, bei den Tschechen mehr als die Hälfte des gesamten Proletariats. Die Nationen erscheinen hier in derselben Ordnung wie in Tabelle I. Nur treten die Tschechen hinter den Italienern zurück, weil die Agrarverfassung der italienischen Siedlungsgebiete nur einer geringen Zahl von Lohnarbeitern Raum gibt (Tabelle IV), wodurch die Quote der industriellen Arbeiterschaft bei den Italienern erhöht wird. Ebenso rücken die Rumänen hier hinter die Ruthenen, weil,

\* Im Handel und Verkehr bei den Slowenen 5448 Selbständige, 14.048 Arbeiter, bei den Italienern 12.762 Selbständige, 26.389 Arbeiter.

wie wir gleichfalls aus Tabelle IV ersehen, die Arbeiterklasse innerhalb der Landwirtschaft bei jenen stärker besetzt ist als bei diesen.

Für die Entwicklung der Sozialdemokratie innerhalb der einzelnen Nationen ist der Anteil der industriellen Arbeiterschaft an der gesamten Arbeiterklasse von bestimmender Bedeutung. Die Sozialdemokratie vertritt zwar keineswegs nur die Interessen der industriellen Arbeiterschaft, sondern sie kämpft ihren grossen Kampf für das gesamte Proletariat. Aber die industrielle Arbeiterschaft ist der kampffähigste, von allen überlieferten Vorstellungen und Werten am vollständigsten befreite Teil des Proletariats. Je grösser der Anteil der industriellen Arbeiterschaft an dem gesamten Proletariat ist, desto stärker ist die Sozialdemokratie, desto fester wurzelt sie in den Massen, desto reiner prägt sich die proletarische Klassenideologie aus, losgelöst von den Werten vergangener Zeiten und fremder Klassen. Wer die Differenzierung der sozialistischen Gedankenwelt innerhalb der verschiedenen Nationen ursächlich erforschen will, wird neben anderen Bestimmungsgründen auch die verschiedene Verteilung der Arbeiterschaft auf die Berufsklassen wohl beachten müssen.

Wir fassen nun endlich die soziale Gliederung der Nationen in einem abschliessenden Bilde zusammen, indem wir den Anteil aller drei Gruppen — der Selbständigen, der Arbeiter und der Angehörigen — an der Gesamtbevölkerung berechnen.

Von je 1000 Zugehörigen der nebenbezeichneten Umgangssprachen sind:

Tabelle VII.

	Selbständige	Arbeiter	Angehörige
Deutsche . . . . .	171	<b>308</b>	521
Tschechen . . . . .	151	<b>285</b>	564
Italiener . . . . .	180	<b>188</b>	632
Slowenen . . . . .	188	<b>182</b>	630
Polen . . . . .	158	<b>162</b>	680
Rumänen . . . . .	164	<b>142</b>	694
Ruthenen . . . . .	170	<b>91</b>	739
Serbokroaten . . . . .	167	<b>70</b>	763

Die Nationen folgen hier in derselben Reihe wie in der Tabelle I: je höher der Anteil der industriellen Bevölkerung, desto grösser ist auch die Quote der Arbeiterschaft. Nur stehen hier die Polen hinter den Slowenen, die Serbokroaten hinter Rumänen und Ruthenen zurück, weil bei diesen Nationen auf jede Person mit eigener Berufsstellung mehr Angehörige entfallen. (Tabelle II.) Die Deutschen, die sich in den Tabellen III bis V mit der zweiten oder dritten Stelle begnügen mussten, rücken hier wieder an die erste Stelle, weil bei ihnen die wirtschaftliche Auflösung der Familie am weitesten fortgeschritten ist. Bei keiner Nation bilden die berufstätigen Arbeiter einen so grossen Teil der Gesamtbevölkerung, keiner Nation Geschick ist mit dem Wohl und Wehe der Arbeiterklasse so eng verknüpft wie das der Deutschen. Die Sache der Arbeiterklasse ist die Sache der deutschen Nation.

## E. Pernerstorfer: Die Kunst und die Arbeiter

So sehr ist das ästhetische Bedürfnis der menschlichen Natur eingeboren, dass es schon auf ganz niederen Stufen des menschlichen Lebens zur Betätigung drängt. So weit zurück wir die Geschichte der Menschheit verfolgen können, es hat immer Künstler gegeben. Und sie haben nicht bloss geschaffen, weil ihre Natur sie trieb, sie haben auch einem künstlerischen Bedürfnisse ihrer Zeitgenossen Befriedigung geboten, sie haben soziale Funktionen erfüllt. Was uns an der primitiven Kunst, an jenen oft rohen und uns kindlich anmutenden Anfängen aller Kunst sofort besonders ins Auge fällt, das ist ihre innige Verbindung mit dem Leben, mit seinen Nöten, seinen Bedürfnissen, seinen Leiden und Freuden. Je näher wir zusehen, um so mehr verschwindet das Gefühl der Ueberlegenheit, das Gefühl, »wie wir's so herrlich weit gebracht«, und was uns anfangs roh und kindlich erschien, lernen wir bewundern als geniale und sichere erste Schritte auf der Bahn in die höchsten Höhen des Menschentums. Und gegenüber der Zwiespältigkeit unseres heutigen Lebens imponiert uns diese Einheit des Lebens der primitiven Menschheit wie ein verlorenes

Ideal, das wir auf einer höheren Stufe der Entwicklung erst wieder zurückgewinnen müssen.

Die Zwiespältigkeit unseres Lebens aber ist ein Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung. Im primitiven, kommunistischen Zustande der Menschheit sind für alle Mitglieder des Stammes die Lebensbedingungen gleich. Das führt natürlich nicht zu einer Gleichheit der Individuen, wohl aber dazu, dass die verschiedenen Begabungen und Leistungen sich von selbst in den Dienst der Gemeinsamkeit stellen und dass jede von und in einem Individuum errungene Erhöhung menschlichen Wesens für alle anderen nicht bloss fruchtbar werden kann, je nachdem Umstände und Zufälle günstig sind, sondern in gewissem Sinne wirksam werden muss, soweit nicht individuelle natürliche Beschränktheit ein unübersteigliches Hindernis bildet.

Mit dem Verschwinden jenes Urzustandes der Menschheit, mit dem Entstehen der Klassen, beginnt die Zerreißung der Einheit des Lebens. An die Stelle der Stämme treten die Völker und die Staaten, die Völkerstaaten und Staatenvölker. Und diese neuen Gebilde bestehen nicht mehr aus einer wirtschaftlichen und kulturellen Einheit, in ihnen verschwindet die Gleichheit der Lebensbedingungen, es gibt alsbald Besitzende und Besitzlose, Herrschende und Beherrschte. Jene, die in ausschliesslichem oder fast ausschliesslichem Besitze der jeweils wichtigsten Produktionsmittel sind, entwickeln ihre geistige Kultur nach ihren Bedürfnissen und wie sie sich gar nicht oder sehr wenig um die Art und Weise kümmern, wie diese ihr materielles Leben regeln, so macht es ihnen ebensowenig Sorge, ob und wie ihr geistiges Leben sich entwickelt. Und so sehen wir, wie auf der einen Seite nach und nach hohe geistige Kulturen entstehen, während auf der anderen Seite jede geistige Entwicklung stagniert. Daran ändert die Tatsache nichts, dass aus den beherrschten Klassen immer wieder zahlreiche einzelne als gottbegnadete Künstler sich erweisen. Sobald sie, nach oft aufreibendem und für sie zweifellos hemmendem und schädlichem Lebenskampfe, in die Höhe gekommen sind, treten sie in die oberen Klassen und verlieren oft jeden Zusammenhang mit der Klasse, aus der sie hervorgegangen sind.

Nach der Geschichte der letzten fünfzig Jahre kann man mit Sicherheit behaupten, dass erst der moderne Sozialismus die Einsicht in die hier angedeuteten Zusammenhänge gebracht hat und dass erst das Auftreten des international organisierten Proletariats die Hoffnung in die Welt gesetzt hat, dass der heutige Gesellschaftszustand der Kulturmenschheit nicht der Weisheit letzter Schluss sei. Und mit der Hoffnung haben wir auch die felsenfeste Gewissheit.

Das moderne Proletariat jedes Volkes sieht sich nicht allein ausgeschlossen von dem Genuss der materiellen Güter dieser Welt, es empfindet, je mehr es sich entwickelt, um so stärker und schmerzlicher, dass jenes gesteigerte Dasein, das uns die Kunst gibt, auch ein Vorrecht der Besitzenden ist. Es gibt kein einheitliches Leben der Gesamtheit mehr, weder wirtschaftlich noch kulturell. Vorerst kämpft das Proletariat nun, und mit vollem Recht, um ein materiell menschenwürdiges Los. Auf diesen Kampf alle Kräfte zu konzentrieren, ist seine heiligste Pflicht. »Zuerst leben und dann philosophieren,« sagten die Römer. Aber in diesem so »ordinären« Kampfe um die Interessen des Magens stecken die »idealsten« Dinge der Welt. In diesem Kampfe erzieht sich das Proletariat seine Streiter für die Wege zur geistigen Kultur. Wären unsere Gegner in ihrem Hass und Unverstand nicht gar so blind, so müssten sie erkennen, dass in diesem Kampfe für alle Kulturhoffnungen gekämpft wird.

Ein unwiderleglicher Beweis für diese Behauptung liegt in dem Bildungsdrange und in dem Kunstthun des Proletariats. Beides zeigt sich natürlich meist nur in seinen obersten, am meisten entwickelten Schichten. Aber diese werden von Jahr zu Jahr stärker. Vor allem drängen diese geistig Vorgeschnittenen zu den Quellen des Wissens. Von der naiven, traditionellen Kirchengläubigkeit haben sie sich losgelöst, so wollen sie die Welt wissenschaftlich begreifen. Dabei bleiben sie aber nicht stehen. Sie wollen nicht allein denken lernen, sie wollen schauen. Der ästhetische Drang regt sich mächtig.

Ihn zu befriedigen ist aber ungleich schwieriger als die Wissensbegierde zu sättigen. Diese Begierde bewegt sich auf ein deutliches Ziel hin. Sie geht beim sozialistisch organisierten Arbeiter vor allem dahin, seine Klassenlage zu erkennen,

das heisst sich mit den Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus bekannt zu machen. Es kann nicht oft und ausdrücklich genug darauf hingewiesen werden, dass diese Bildung das Erste und Wichtigste für den Arbeiter ist. Denn sie macht ihn in gewissem Sinne schon, wenigstens für unsere Zeit, zu einem ganzen Menschen, das heisst zu einem, der ausgefüllt ist mit einem grossen Lebenszweck, für den zu arbeiten in sein vielleicht nur allzu armes Leben Grösse und Schwung bringt. Je echter und stärker das Menschliche in ihm ist, desto mehr wird er innerlich weitergeführt. Hat er den Sozialismus begriffen oder hat ihn der Sozialismus ergriffen, so führt ihn dieser in seinem geistigen Leben weiter und weiter. Denn der Sozialismus schliesst alle grossen und kleinen Probleme unserer Zeit in sich und drängt zu ihren Lösungen. Die Organisationen der Arbeiterschaft geben dem einzelnen die Gelegenheit, diesen Trieb nach Wissen und wissenschaftlicher Erkenntnis zu befriedigen. Er findet in ihnen Vorträge, Kurse, Bibliotheken. Wo immer die Organisationen in dieser Beziehung mangelhaft eingerichtet sind, muss unablässig dahin gestrebt werden, sie auch diesem Ziele gemäss auszugestalten.

Ungleich schwieriger ist es, wie erwähnt, dem erwachenden ästhetischen Triebe genugzutun. Vor allem, weil er nicht so klar und deutlich auftritt. Sodann, weil er vielfach schon bei seinem Auftreten meist verbildet ist. In der grossen Masse des arbeitenden Volkes wird die Kunst nicht wie bei den primitiven Menschen in roher, naiver Gestalt erzeugt, sie erscheint entweder in starren, traditionellen Formen oder sie setzt die banalsten Erzeugnisse der bürgerlichen Kultur in Umlauf. Eine Ausnahme macht einzig das echte Volkslied, wo es noch lebt, und der Kirchengesang, wo er gut ist. Doch gehört dieser wohl schon mehr zur starren Tradition trotz allem wirklich künstlerischen Werte. Man hat, nebenbei bemerkt, vielleicht noch nicht genügend darauf hingewiesen, dass der Fortbestand der Kirchen zum grossen Teil darauf zurückzuführen ist, dass sie weiten Kreisen die fast einzige, gewiss aber stärkste Befriedigung des ästhetischen Triebes bieten. Dieser zum Glück unausrottbare Trieb, der den Menschen erst völlig zum Menschen macht, er ist auch in den Massen da und drängt nach Befriedigung. Aber dieser höchste menschliche Trieb ist am meisten in die Irre geleitet worden.

Der sozialistischen Bewegung kann die Frage der ästhetischen Bildung des Proletariats nicht gleichgültig sein. Sie ist eine der höchsten Fragen der Menschheit. So sehr der Kampf uns Sozialisten Stunde um Stunde in Atem erhält, unsere Bewegung ist zu sehr auf die Herausarbeitung des höchsten und vollsten Menschentums gerichtet, als dass wir an dieser Frage vorübergehen oder sie als etwas Nebensächliches behandeln könnten.

In der Tat hat der Sozialismus als Kampfbewegung nie des ästhetischen Momentes ermangelt. Könnten wir uns diese Bewegung ohne unsere Lieder denken? In ihnen hat die Dichtkunst und die Musik Triumphe gefeiert. Aber hier ist die Kunst zur Dienerin geworden. Was wir anstreben, das ist weit mehr: das ist die Freude an der Kunst um ihrer selbst willen, an der Kunst als Ausdruck höchsten Menschentums. Nicht wie gewisse Uebermoderne es meinen, die eine »Kunst für die Kunst«, eine Kunst für blossen Aestheten wollen. Eine solche Kunst erscheint uns im besten Falle als ein vielleicht interessantes, exotisches Erzeugnis einer Treibhauskultur. Die Kunst, die wir wollen, soll eine Angelegenheit aller sein, die aus einem begnadeten Individuum fliessend in die Adern der Allgemeinheit strömt. Dann wird wieder die Kunst eine Sache des Lebens sein. Wie sie nicht sein kann ohne das geniessende Volk, so wird dieses nicht sein können ohne sie.

Zum Genuss echter und grosser Kunst zu führen, ist nun keine einfache Sache. In den Mittelpunkt des modernen Kulturlebens, da gibt es freilich viele Wege zur Kunst und hier haben die proletarischen Organisationen schon vielfach mit ihrer Arbeit eingesetzt. Aber immer konnte nur eine verhältnismässig kleine Zahl gefasst werden und in den Provinzen sind die Schwierigkeiten schier unüberwindlich. Was in Wien zu leisten ist, das bleibt für das flache Land für lange Zeit hin unerreichbar. In Wien sind Vortragskräfte aller Art vorhanden, hier sind Bildergalerien, Konzerte und Theater. Hier haben die Organisationen schon fleissig gearbeitet und neben den allgemein vorhandenen Möglichkeiten des Kunstgenusses noch besondere Einrichtungen geschaffen, unter denen die jeden Winter durch-



geführten, ausschliesslich für die organisierte Arbeiterschaft bestimmten Konzertveranstaltungen und die durch das ganze Jahr gehenden Aufführungen der »Freien Volksbühne« besonders hervorzuheben sind. Hier wird auch in demselben Sinne weitergearbeitet und vielleicht auch für selbst kleinere Provinzstädte vorbildlich gewirkt werden.

Aber die schon geleistete Arbeit kann uns nicht befriedigen. Je mehr wir fortschreiten, je grösser im Proletariat die Zahl derer wird, die ihren wenn auch noch so bescheidenen Anteil an der künstlerischen Kultur haben wollen, um so mehr wird an uns die Pflicht herantreten, unseren Genossen auch in diesem ihren Bestreben zu helfen. Ein Gebiet der Kunst gibt es, das zu erobern auch für den Proletarier nicht zu schwer ist: die Poesie. Auch bei bescheidenem Einkommen ist es dem Strebenden heute möglich, sich nach und nach in den Besitz der herrlichsten Werke der Weltliteratur zu setzen. Um 24 Heller liefert zum Beispiel die Reclamsche Universalbibliothek eine Reihe von jetzt schon Tausenden von Heften, die neben den Erzeugnissen der deutschen Literatur vieles vom Besten aus den Literaturen aller Kulturvölker gibt. Es soll auch unter anderem Aufgabe dieses unseres Kampforganes sein, unseren Organisationen und unseren einzelnen Parteigenossen Anleitungen und Ratschläge zu geben, wie das Gebiet der ästhetischen Kultur für den Proletarier am erfolgreichsten zu erobern ist. Es soll der Versuch gemacht werden, Normen aufzustellen und Verzeichnisse anzufertigen, die unseren Genossen zweckdienliche Hilfsmittel sein können. Auch sind wir bereit, den Lesern des »Kampfes« auch einzeln in ihren ästhetischen Nöten und Wünschen beizustehen.

## Bücherschau

### Deutsche Parteiliteratur

Ein ganzes Arsenal von Lügen, Verleumdungen, Fälschungen wird in allen Ländern gegen die Sozialdemokraten bereitgestellt. Besonders bei den Wahlen wird diese Sammlung vergifteter Waffen gegen die Arbeiterklasse angewandt. In Deutschland gab es schon vor der systematischen Arbeit des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie Sammlungen von Wahllügen, die immer wieder kritiklos zur Bearbeitung der Wähler angewandt wurden. Ein Buch von Schuster, das schon vor Verhängung des Sozialistengesetzes erschienen war, leistete den Gegnern aller Richtungen bei jeder Wahl Dienste. Die deutsche Sozialdemokratie verachtete diese Mittel unserer Gegner, solange sie von Wahlsieg zu Wahlsieg eilte. Als aber der Reichsverband bei den Wahlen vom 25. Jänner 1907 eine unerwartete Probe seines Könnens und seiner Wirkung auf die indifferenten Massen erbracht hatte, machte sich das Bedürfnis nach einer bequem zu benützenden Abwehrwaffe fühlbar. Während der erregten Wahlen fehlte es an der Musse, die Wahllügen zu enthüllen. Für kommende Wahlen wird unseren Agitatoren — auch in Oesterreich — ein eben erschienenen Büchlein »Die Wahllügen der bürgerlichen Parteien. Eine Sammlung und Widerlegung im Wahlkampfe von den bürgerlichen Parteien zur Verleumdung der Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Vertreter verbreiteten Lügen« (Berlin 1907, Verlagsbuchhandlung Vorwärts. 250 Seiten 8°, gebunden) gute Dienste leisten. Die Verleumdungen und Lügen sind alphabetisch geordnet und beantwortet, so dass es leicht ist, sofort in einer Versammlung eine Antwort zu finden. Es ist natürlich bei der Fülle der gegnerischen Anwürfe nicht möglich gewesen, in einem handlichen und rasch benütz-

baren Büchlein alles zu behandeln, was die Verteidiger des Kapitalismus in der heutigen Staatsordnung nach dem Grundsatz »der Zweck heiligt das Mittel« gegen unsere Partei und ihre Vertreter den Leichtgläubigen vorredeten und gewissenlos in Zeitungen und Broschüren verbreiteten. Aber schon das, was geboten wurde, wird Nutzen stiften, wenn es auch die Gegner veranlassen wird, neue Lügen auszuhecken.

Nicht bloss für den Kampf mit dem Gegner, auch für die Aufklärung in den eigenen Reihen ist das angezeigte Buch von Nutzen. So manches, was man sonst in unserer Literatur überhaupt nicht oder nur schwer findet, trifft man da an. Ein fleissig ausgearbeitetes alphabetisches Register erleichtert die praktische Benützung des Werkes.

Leicht wäre es, auf Lücken hinzuweisen, manches anders und ausführlicher dargelegt zu wünschen. Spätere Auflagen werden damit zu kämpfen haben, dass das Buch wegen der mannigfachen Wünsche nicht zu umfangreich wird, was die rasche Verwertbarkeit des Inhaltes erschweren würde.

Ein österreichisches Gegenstück, eine Darstellung der Wahllügen unserer bürgerlichen Parteien, wäre eine Arbeit, mit der man sich den Dank aller in der Agitation wirkenden Genossen verdienen könnte. Die Sammlung des Materials an der Hand der Wahlflugblätter und der während der Wahlbewegung erschienenen Zeitungen der bürgerlichen Parteien sollte jedenfalls nicht versäumt werden.

Adolf Braun.

Zur Frage des Frauenwahlrechtes ist eine im Verlag der Buchhandlung Vorwärts in Berlin erschienene Broschüre betitelt, die zum Preis von 60 h zu beziehen ist. Die 87 Seiten starke Broschüre der Genossin Klara Zetkin behandelt das Problem des Frauenwahlrechtes mit klarer, prinzipieller Schärfe.

Die Verfasserin wendet sich gegen die frauenrechtlerische Tendenz, das Wahlrecht in erster Linie als Naturrecht zu fordern. Genossin Zetkin leitet die Berechtigung des Frauenwahlrechtes nicht von naturrechtlichen Erwägungen ab, sondern findet die Begründung in den geänderten sozialen Verhältnissen, hervorgerufen durch die kapitalistische Produktion, welche die proletarischen Frauen in die Industrie eingegliedert hat. An dieser Auffassung wird nichts dadurch geändert, dass in manchen Ländern schon vor der kapitalistischen Produktion ein Frauenwahlrecht bestanden hat. Es ist dies nicht das Frauenwahlrecht, das wir Sozialdemokraten fordern, sondern zumeist gebunden an den Besitz von Grund und Boden oder andere Vorrechte einer absterbenden Zeit. Scharf weist Genossin Zetkin jedes Vorrecht der besitzenden Frauen zurück, sie fordert das Stimmrecht als soziales Recht der Person.

Geschichtlich zeigt die Verfasserin, wie schon in den Anfängen der kapitalistischen Entwicklung das Frauenstimmrecht innerhalb der bürgerlichen Demokratie vereinzelt begeisterte Anhänger gefunden hat. Die erlesensten Namen eines vergangenen Zeitalters werden als Bekenner zum Frauenstimmrecht vorgeführt; auch der in verschiedenen Ländern von bürgerlichen Bewegungen geführte Frauenstimmrechtskampf findet volle Würdigung. Warme Worte widmet Klara Zetkin der Tätigkeit der Frau als Gattin und Mutter, als Trägerin, Gebärerin und Erzieherin des proletarischen Nachwuchses. Sie nennt diese Tätigkeit mehr als einen Privatdienst, den die Frau dem Manne leistet, sie bezeichnet sie als eine Tätigkeit von höchster sozialer Bedeutung. In der Forderung nach dem Frauenstimmrecht sieht Genossin Zetkin auch eine Forderung nach sozialer Anerkennung der hoch bedeutsamen sozialen Tätigkeit als Mutter. Sie fordert das Wahlrecht für die Frauen auch auf Grund des demokratischen Prinzips in seiner weitesten Bedeutung.

Eine scharfe Verurteilung erfährt das Verhalten der bürgerlichen Frauenbewegung Deutschlands, der Genossin Zetkin eine Haltung der Halbheit und Unentschlossenheit nachweist. Zum »Herrenwahlrecht« das »Damenwahlrecht« sei das Ziel der bürgerlichen Frauen Deutschlands. Die Kritik an dem Verhalten der sozialistischen Parteien trifft auch Oesterreich. Wie sehr Klara Zetkin darin unrecht hat, wissen die Leser dieser Zeitschrift aus anderen Darlegungen und aus eigener Wahrnehmung.

Ob ihres kenntnisreichen Inhalts und wegen ihrer agitatorischen Wirkung für das Frauenwahlrecht verdient die Schrift weiteste Verbreitung. Sie wird sohin aus manchem Zweifler einen Freund und Anhänger machen.

Adelheid Popp.

## Aus der tschechischen Partei-literatur

Oesterreichs politisches Leben ist mit dem anderer Staaten kaum vergleichbar. Wohl sind auch wir alle einem Staate unterworfen und um die Lösung der Probleme, die derselbe Staat, dasselbe Wirtschaftsgebiet uns stellt, mühen sich alle Parteien, alle Nationen. Aber es sind acht Völker, die hier um die Bedingungen ihrer Entwicklung ringen, acht Völker mit verschiedenem

sozialen Aufbau, verschiedener geschichtlicher Ueberlieferung, mit verschiedener, gegen die der anderen Nationen scharf abgegrenzter öffentlicher Meinung. Wir müssen die Kräfte aller Nationen, all ihrer Klassen und Parteien in unsere politischen Berechnungen einsetzen und kennen im Grunde doch nur die Kräfte, die unseres eigenen Volkes Wollen und Handeln bestimmen.

Diese Schwierigkeit völlig zu überwinden, ist eine unlösbare Aufgabe. Denn die politischen Entschliessungen jedes einzelnen und jeder Organisation sind durch vielfältige Bande mit der ganzen Entwicklung der nationalen Kultur verknüpft. Selbst Kinder der Kulturgemeinschaft unserer Nation, werden wir die im Erdreich fremder Kultur wurzelnde Politik anderer Nationen niemals so völlig verstehen wie die der Klassen und Parteien unseres eigenen Volkes.

Die Aufgabe, die politischen Kräfte, die das Schicksal Oesterreichs und seiner Völker bestimmen, im Zusammenhange mit der gesamten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung der Nationen zu begreifen, wird niemals vollkommen lösbar sein; aber diese Erkenntnis entbindet uns nicht der Pflicht, uns ernsthaft und rastlos zu bemühen, der Lösung dieser Aufgabe so nahe zu kommen, als unser Können und Wissen es gestattet. Eine deutsche Zeitschrift in Oesterreich würde eine ihrer wichtigsten Aufgaben nicht erfüllen, wenn sie es unterliesse, ihre Leser über alles zu unterrichten, was im Bewusstsein der nichtdeutschen Nationen dieses Staates lebt und ihr politisches Wollen gestaltet. Darum halten wir es für unsere Pflicht, unseren Lesern regelmässig über die Entwicklung der sozialen und politischen Gedankenwelt der slawischen und romanischen Nationen Oesterreichs und insbesondere der Arbeiterklasse dieser Völker zu berichten. Wir hoffen, dass uns die Unterstützung unserer nichtdeutschen Genossen diese schwierige Aufgabe erleichtern wird.

Klarer als umfangreiche Bücher, in denen sich doch allzu oft nur das Wissen und die geistige Reife eines einzelnen widerspiegelt, zeigen uns oft kleine, dem politischen Kampfe dienende Schriften die Probleme, die die Massen unserer nichtdeutschen Genossen interessieren, die Kampfesaufgaben, die ihnen gestellt sind. Sie führen uns mitten in den Kampf, in dem sich unsere Genossen so tapfer schlagen; die Wahl des Stoffes und der Argumente zeigt uns das geistige Leben unserer nichtdeutschen Genossen in seiner lebendigen Wirklichkeit.

Darum verdient auch die kleine Broschüre unser Interesse, die Genosse E. Burian vor kurzem im Verlage der Brüner »Rovnost« herausgegeben hat.\*

Im ersten Abschnitt seines Schriftchens sucht Genosse Burian die landläufigen Argumente gegen den Sozialismus zu widerlegen. Er stellt das Sondereigentum an den Arbeitsmitteln dem Sondereigentum an Lebens- und Genussmitteln gegenüber. Heute besitzt die Mehrheit des Volkes nicht so viele Konsumtionsgüter, dass sie ihre Bedürfnisse menschenwürdig zu befriedigen vermöchte. Wir müssen das Sondereigentum an den Arbeitsmitteln aufheben, die Produktionsmittel in das Eigentum der organisierten Gesellschaft

\* E. Burian, *Socialistické epistolý.* Brünn, 1907. Verlag der »Rovnost«. Preis 20 h.

überführen, damit wir den Massen ein ihren Bedürfnissen genügendes Sondereigentum an den Konsumtionsgütern geben können. Darum führt der Sozialismus seinen Kampf nicht nur für die Lohnarbeiter, die keine Produktionsmittel besitzen, sondern auch für die Handwerker und Kleinbauern, deren dürftiger Besitz an Arbeitsmitteln nicht zureicht, ihnen Konsumtionsgüter in genügender Menge zuzueignen. Der Sozialismus wird die Kapitalisten und Grossgrundbesitzer zwangsweise enteignen, nicht die Kleingewerbetreibenden und Bauern. Wohl aber werden diese, wenn erst das kapitalistische Sondereigentum aufgehoben ist, gern ihre Arbeitsstelle im Einzelbetriebe freiwillig mit einer Arbeitsstelle in den gesellschaftlichen Werkstätten vertauschen. Sie werden dafür erst ein wirkliches Heim eintauschen, in dem sie alle Bedürfnisse eines Kulturmenschen befriedigen können. Keine Klasse aber hat an der Vergesellschaftlichung der kapitalistischen Betriebe ein so lebhaftes Interesse wie die überwiegende Mehrheit der Landbevölkerung. Denn in der kapitalistischen Gesellschaft sammeln sich in den Städten alle Macht, aller Reichtum, alle Kultur. Gewaltige Mittel sind nötig, wenn wir das Landvolk aus seinem Elend und seiner Unwissenheit befreien wollen. Ueber diese Mittel wird die Gesellschaft erst verfügen, wenn sie das Eigentum an Fabriken, an Berg- und Hüttenwerken, an den grossen Latifundien den Händen der Kapitalisten entwunden haben wird.

In einem zweiten Abschnitt seiner Schrift beschäftigt sich Genosse Burian mit dem Verhältnis des Sozialismus zur Nation. Er zeigt, wie sich die herrschenden Klassen aller Nationen gegen das arbeitende Volk immer zu einer Internationale der Ausbeutung und Unterdrückung verbunden haben. Dagegen vereinigen sich die Arbeiter aller Völker, um allen Nationen die Freiheit ihrer kulturellen Entwicklung zu erkämpfen und alle Ausbeutung und Unterdrückung niederzuringen. Die tschechischen bürgerlichen Parteien haben viele Jahrzehnte lang die ganze Aufmerksamkeit der Nation auf die Sprachenfrage gerichtet und dennoch nur geringe Erfolge auf diesem Arbeitsfelde erzielt. Um die wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse des arbeitenden Volkes hat sich das tschechische Bürgertum nicht gekümmert. Die Vernachlässigung der wirtschaftlichen Bedürfnisse des Volkes hat die ganze Nation geschädigt. Nur das Aufblühen des Prager Industriegebietes hat die tschechische Nation in Böhmen vor einem Rückgang ihrer Volkszahl bewahrt. Die tschechische Sozialdemokratie dagegen hat stets ihre Pflichten gegenüber ihrer Nation erfüllt. Sie hat stets für den Ausbau des tschechischen Schulwesens gekämpft und gefordert, dass jedes tschechische Kind eine tschechische Schule besuche. Sie erkennt die Forderungen der tschechischen bürgerlichen Parteien in der Amtssprachenfrage als berechtigt an; aber ihre Erfüllung genügt den Bedürfnissen der Nation noch nicht. Erst wenn an die Stelle der bürokratischen Verwaltung die demokratische Selbstverwaltung tritt, werden die Völker selbst für die Befriedigung ihrer nationalen Bedürfnisse sorgen können. Das böhmische Staatsrecht lehnt die tschechische Sozialdemokratie ab, weil sie die tschechischen Minderheiten ausserhalb der Sudetenländer nicht preisgeben

will. Genosse Burian lehnt aber auch die nationale Autonomie auf Grund des Territorialprinzips ab, da die tschechische Nation noch eine grosse Expansionskraft habe und auf ihre Volksgenossen in den deutschen Siedlungsgebieten nicht verzichten könne. Alle Tschechen, wo immer sie wohnen und arbeiten, sollen ein grosses nationales Ganzes bilden. Genosse Burian will also, wie es scheint, die nationale Autonomie auf das Personalitätsprinzip aufbauen. Aber auch auf die ungarischen Slowaken könne die tschechische Nation nicht verzichten. Erst die Herstellung der nationalen Autonomie werde die ganze tschechisch-slowakische Nation wieder vereinigen. Aber nicht nur durch ihren Kampf für die nationale Selbstbestimmung und nationale Einheit erfüllt die tschechische Sozialdemokratie ihre nationale Aufgabe, sondern auch durch ihre sozialen Kämpfe. Der tschechische Arbeiter, der für einen deutschen Kapitalisten front, werde leicht seiner Nationalität beraubt. Erst wenn die Kraft der sozialdemokratischen Organisationen die Abhängigkeit der Arbeiterschaft von den Kapitalisten verringert, könne der tschechische Arbeiter gegen die Gefahr der Entnationalisierung geschützt werden. Darum sei die Tätigkeit der Sozialdemokratie insbesondere unter der tschechischen Arbeiterschaft im deutschen Sprachgebiete von grösster nationaler Bedeutung.

Im letzten Abschnitt endlich bespricht Genosse Burian das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Religion. Der Sozialismus fordert volle Freiheit des Glaubens und Bekennens für jedermann, Klerikalismus ist Glaubenszwang. Die besitzenden Klassen haben die Forderung der freien Schule für ihre Schulen verwirklicht; denn die Hochschulen sind von der Herrschaft der Kirche befreit, die Mittelschulen den kirchlichen Machthabern nur in geringerem Masse unterworfen. In den Volksschulen dagegen herrscht die Kirche noch unumschränkt. Den Klerikalismus zu überwinden, die Volksschule von der Zwangsgewalt der Kirche zu befreien, vermag nur die Demokratie. Im halbabsolutistischen Deutschen Reiche hat der »Kulturkampf« mit einem Misserfolg, im demokratischen Frankreich mit einem grossen Erfolg geendet. Dies beweist, dass nur die Demokratisierung des Staates den Weg zum Siege über den Klerikalismus bahnt.

Zeigt uns die Broschüre des Genossen Burian die tschechischen Genossen mitten im politischen Kampfe, so geleitet uns das eben erschienene Protokoll des Pilsner Parteitages\* in den Kriegsrat der tschechischen Sozialdemokratie. Das Protokoll berichtet ausführlich über die interessanten Beratungen des Parteitages über den Bericht der Parteivertretung, über die parlamentarische Tätigkeit und Taktik, über den Kampf um das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für die Landtage und Gemeindevertretungen, über die neue Organisation der Partei und über das Genossenschaftswesen. In der Debatte über die parlamentarische Taktik und über den Kampf für das Landtagswahlrecht wurden auch die Fragen unseres Nationalitätenprogramms und unserer Nationalitätenpolitik wiederholt gestreift. Alle Redner erkannten die Notwendigkeit des ein

\* Protokoll VIII. sjezdu československé sociálně-demokratické strany dělnické. Prag 1907. Preis: 80 h.

trächtigen Zusammenwirkens mit der deutschen Sozialdemokratie an; alle Redner bekannten sich zum Programm der nationalen Autonomie. Im einzelnen aber zeigten sich mannigfache Meinungsverschiedenheiten.

Genosse Josef Steiner will die tschechischen Minderheiten in den deutschen Siedlungsgebieten nicht preisgeben und lehnt darum das Territorialprinzip ab; er will der nationalen Autonomie das Personalitätsprinzip zugrundelegen. Genosse Modráček dagegen fürchtet, dass bei Anlegung von Nationalkatastern wirtschaftlich abhängige Personen gezwungen würden, sich in den fremden Nationalkataster eintragen zu lassen, wie dies in Mähren geschehen sei. Die Abgrenzung nationaler Territorien, die Konstituierung der Nationen als Gebietskörperschaften sei für politisch und wirtschaftlich schwache Nationen, wie dies die Tschechen seien, vorteilhafter.

Aber nicht nur über die nähere Ausgestaltung der nationalen Autonomie, sondern auch darüber, inwieweit sie eine Lösung der nationalen Probleme bedeutet, bestehen verschiedene Meinungen. Genosse Meißner glaubt, dass die nationale Autonomie keine erschöpfende Lösung des ganzen Komplexes der nationalen Fragen bedeutet. Erstens lasse sie die Amtssprachenfrage ungelöst. Zweitens werde sie den Kämpfen der Nationen um die Verwendung der staatlichen Einkünfte kein Ende bereiten. Denn auch nach Durchführung der nationalen Autonomie sei es nötig, dass die wirtschaftlich schwächeren Nationen aus den Mitteln der Gesamtheit unterstützt werden. Es gehe nicht an, dass die Deutschen, deren Schulwesen aus den von allen Nationen aufgebrachtene Steuergeldern ausgebaut worden sei, es nun ablehnen, zum Ausbau des Schulwesens der anderen Völker beizutragen.

Wir müssen es uns heute versagen, zu diesen Fragen Stellung zu nehmen, die auf dem Pilsner Parteitage unserer tschechischen Genossen aufgeworfen wurden. Hierzu wird sich in unserem Blatte noch oft Gelegenheit bieten.

Otto Bauer.

## Rumänische Parteiliteratur

Es ist ein erfreuliches Zeichen für das Bestreben der sozialdemokratischen Parteien, dass das Bestreben, sich nicht bloss in die Breite auszudehnen, und der Wille, die sozialistische Bildung der Parteigenossen zu vertiefen, einen Nachwuchs an geschulten Sozialdemokraten heranzuziehen, immer kräftiger in Erscheinung tritt. Die Zahl der sozialistischen Revuen wächst immer mehr; in fast allen Sprachen besitzen wir bald Zeitschriften, die nicht nur für den Tag geschrieben, der wissenschaftlichen Vertiefung, der gründlichen Erörterung der sozialistischen Probleme dienen sollen. Fast gleichzeitig mit dem »Kampf« beginnt auch eine Monatsschrift der rumänischen Genossen »Vittorol social« (»Die soziale Zukunft«) in Jassy zu erscheinen. Doktor Racowski, M. G. Bujor und der österreichische Parteigenosse Grigorowici geben die neue Zeitschrift heraus. Der Inhalt der ersten Nummer lässt uns von dem neuen Kampforgan reichliche Belehrung über den Sozialismus und seine wirtschaftlichen Voraussetzungen in Rumänien erhoffen. Ueber seine politischen Grenzen hinaus, in

der Bukowina wie in Siebenbürgen und in Ungarn, auch für die rumänischen Auswanderer kann die neue Zeitschrift zur Erweckerin tief gedrückter und unerhört verfolgter Proletarier werden.

Alienus.

## Sozialpolitische Literatur

Die wichtigste Veröffentlichung der letzten Zeit auf dem Gebiete der österreichischen Sozialstatistik ist ein umfangreicher Quartband: »Die Arbeitszeit in den Fabriksbetrieben Oesterreichs«, dargestellt vom k. k. Arbeitsstatistischen Amt im Handelsministerium (Wien 1907, Alfred Hölder. XCVI u. 459 Seiten u. 4 Tafeln). Die Erhebung wurde von den Gewerbeinspektoren vorgenommen, so dass die mit den Bergwerken verbundenen Hüttenbetriebe in der Statistik fehlen. Auch sonst sind nicht alle Betriebe erfasst. Trotzdem bietet die Untersuchung einen wertvollen Ueberblick über die Dauer der Arbeitszeit in der österreichischen Fabriksindustrie. Allerdings hätte sich aus dem Material durch stärkere Zergliederung noch mehr gewinnen lassen. Manche Ungenauigkeiten, so hinsichtlich der Arbeitspausen, scheinen im Urmaterial vorhanden zu sein. Die Aufnahme dauerte über ein Jahr, so dass sich bis zur Publikation manche Verschiebungen ergeben haben dürften. Die Revision des Druckes hätte mit mehr Sorgfalt vorgenommen werden sollen. Es scheinen in den Ziffern manche Fehler stehen geblieben zu sein.

Der Bericht der k. k. Gewerbeinspektoren über die Amtstätigkeit im Jahre 1906 (Wien, Hof- und Staatsdruckerei. CXXVIII und 487 Seiten Grossoktav mit 4 Tafeln und 13 Abbildungen) ist erst am Ende des Sommers erschienen, nachdem längst die reichsdeutschen Berichte veröffentlicht waren. Es hat eine Zeit gegeben, in der die österreichischen Berichte vor allen anderen erschienen. Trotz der langen Zeit, die zwischen dem Ende des Berichtsjahres und der Veröffentlichung liegt, ist das Sachregister von ausserordentlicher Dürftigkeit und bedauerlicher Lückenhaftigkeit, so dass eine Verwertung des Materials erschwert ist. Für die meisten Benutzer enthält der Bericht vielen Ballast; das Brauchbare zu finden, ist bei dem ungenügenden Register nicht möglich, so dass der formale Mangel die Wirkung der Berichte in hohem Masse vermindert. Ein Vergleich mit dem Registerbände der Berichte der deutschen Gewerbeaufsichtsbeamten wirkt beschämend, wobei noch zu beachten ist, dass im deutschen Reichstag auf den Einwand der sozialdemokratischen Redner die Vertreter der verbündeten Regierungen die Mangelhaftigkeit des Registers zugestanden.

Der Bericht enthält den Beweis für das Ungenügen der Inspektion, die nur einen Bruchteil der Betriebe inspizierte und nicht die nötige Intensität dort merken liess, wo sie die Betriebe revidierte. Zahlreiche Mängel in der Durchführung der Arbeiterschutzgesetzgebung schleppen sich von Jahr zu Jahr weiter. Wohl ist in der letzten Zeit vieles, aber mehr durch die Einwirkung der Gewerkschaften, als durch die Gewerbeaufsicht gebessert worden. Organe der sozialen Verwaltung sind unsere Gewerbeinspektoren noch immer nicht, eher könnte man sie als Enqueten-Beamte bezeichnen, bei denen es mehr auf einzelne Feststellungen wie auf erschöpfende Untersuchungen ankommt. Eine

gründliche Reform der Gewerbeinspektion, Verstärkung ihrer Befugnisse, Vermehrung der Inspektoren, Beistellung von Hilfskräften sind notwendig. Das lehrt der Bericht.

Aber bei allen Mängeln bilden doch die Jahrbücher der Gewerbeinspektion eine wichtige Quelle zur Erkenntnis unserer sozialen Zustände. Ihr Studium ist unentbehrlich für jeden, der die Lage der österreichischen Industriearbeiterschaft kennen lernen will. Gerade deshalb läge es im Interesse der sozialen Verwaltungswissenschaft, dass die Berichte zu einem lückenlosen Spiegelbilde der Arbeiterzustände und zu einem brauchbaren Massstabe für die Durchführung des Arbeiterschutzgesetzes und der sozialpolitischen Verordnungen würden.

\* \* \*

Die spezielle Arbeiterschutzgesetzgebung, unter der die Verhütung oder Verminderung der besonderen Gefahren einzelner Gewerbe für die Arbeiter zu verstehen ist, hat in Oesterreich nur ungenügende Ausbildung erfahren. Das Deutsche Reich und England sind weit im Vorsprunge im Kampfe gegen die gewerblichen Berufskrankheiten. Selbst die Literatur über diesen Gegenstand ist in Oesterreich mehr als lückenhaft. Die auch in Oesterreich hochentwickelte medizinische Forschung hat wenig Beiträge zur Lehre von den Gewerbekrankheiten zutage gefördert und insbesondere die sozialhygienische Seite arg vernachlässigt. Wir begrüssen deshalb mit Genugtuung den Eifer, den unser geschätzter gewerbehygienischer Mitarbeiter Dr. Ludwig Teleky in den letzten Jahren entwickelte. Vor kurzem erschien aus seiner Feder als XII. Heft der Schriften der österreichischen Gesellschaft für Arbeiterschutz: »Die Phosphornekrose. Ihre Verbreitung in Oesterreich und deren Ursachen. Bericht, erstattet von der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz« (Wien 1907, Franz Deuticke. VII und 182 Seiten Oktav). Wir finden in ihr sehr wertvolles, von dem Autor und seiner Mitarbeiterin Fräulein Dr. Dora Teleky gesammeltes statistisches Material über die Verbreitung der Phosphornekrose in Oesterreich, eine Darstellung der Phosphornekrose und ihrer Bekämpfung in Oesterreich und ein Kapitel über die Durchführbarkeit des Weissphosphorverbotes in Oesterreich. Die Literatur der Sozialhygiene und der Sozialpolitik ist durch diese Schrift bereichert worden. Wir wünschen, dass ihr praktischer Nutzen für die Arbeiter bald in kräftigen Massnahmen der Regierung gegen die Phosphornekrose, eine mörderische Gewerbekrankheit, in Erscheinung tritt. Die von Teleky dargelegte Geschichte der bisherigen Bekämpfung der Gefahren für die Phosphorarbeiter und die Erfahrungen des Auslandes mit dem Verbote der Streichhölzchen, die aus weissem Phosphor hergestellt werden, lehrt uns, dass ausschliesslich dieses Verbot als genügende Massregel gegen die Phosphornekrose angesehen werden kann. Hierüber sind alle Fachmänner längst einig, in diesem Sinne entschied auch die internationale Arbeiterschutzkonferenz in Bern mit grosser Mehrheit. Oesterreich blieb mit seinem Widerspruche in der Minderheit. Das österreichische Handelsministerium vertritt in dieser Frage nur die Interessen des österreichischen Zündhölzchen-trusts. Im Kampfe gegen diesen und die Regierung wird dieses Buch der beste Bundesgenosse sein.

Das Verbot der Nachtarbeit ist ein altes Ziel jeder ernsthaften Sozialpolitik, nur in wenigen Industrien stehen der Durchführung dieser Forderung schwerwiegende technische und kapitalistische Bedenken entgegen, so in der Hüttenindustrie, in Glashütten, in Zucker- und Konservenfabriken, im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe, in den Brauereien. Mit der Entwicklung der Technik hat sich die Zahl der Gewerbe, für die kontinuierlicher Betrieb erforderlich war, immer mehr vermindert und auch der Kreis der zur Aufrechterhaltung des Betriebes unbedingt nötigen Personen wurde immer mehr verengt. Wenn auch ein ausnahmsloses Verbot der Nachtarbeit noch nicht durchgesetzt werden kann, so muss desto entschiedener ein unbedingtes Verbot nächtlicher Beschäftigung in der Industrie für Frauen, jugendliche Personen und Kinder gefordert werden. Hier stehen höhere Interessen in Frage als die Lohnersparnis der Kapitalisten.

Soweit diese Frage die jugendlichen Arbeiter in Oesterreich betrifft, wird sie erörtert im XI. Heft der Schriften der österreichischen Gesellschaft für Arbeiterschutz: »Die Nachtarbeit der jugendlichen in der österreichischen Industrie. Bericht, erstattet der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz von Ingenieur Karl Hauck, k. k. Gewerbeinspektor« (Wien 1907, Franz Deuticke. 59 Seiten 8<sup>o</sup>). In der Einleitung wird zwar kurz, aber in beachtenswerter Weise auf die von der heutigen Auffassung völlig verschiedene Begründung eines Verbotes der Nachtarbeit in früheren Zeiten hingewiesen. Eingehend werden nach dem Stande der geltenden Gesetzgebung die rechtliche Möglichkeit und die tatsächliche Verbreitung der Nachtarbeit der Jugendlichen, und zwar sowohl die bei vorübergehend vermehrtem Arbeitsbedürfnis wie die dauernde Nachtarbeit dargestellt. Die Arbeit informiert sehr gut über die tatsächlichen Verhältnisse, wenn sie auch, was bei der mangelnden Intensität der Gewerbeaufsicht natürlich ist, den Gegenstand nicht erschöpft. Für einschneidende Massnahmen, so für die Hinauf-schiebung des Schutzalters von 16 auf 18 Jahre ist der Verfasser nicht, besonders fürchtet er ungünstige Folgen für das Kleingewerbe und für die älteren Arbeiter in ihm. Wir können dem Verfasser da nicht beipflichten. Nicht bloss im Interesse des einzelnen jugendlichen Arbeiters, sondern auch zur Einengung der Lehrlingszucht ist erhöhter Schutz der Jugendlichen notwendig. Seiner Forderung eines Ausbaues des Ueberwachungsdienstes stimmen wir gerne zu. Bemerkenswert ist die Auffassung des Gewerbeinspektors, dass auf die Mitwirkung der Arbeiterschaft bei der Kontrolle stets wenig Verlass ist und dass die Gehilfen für die missbräuchliche Verwendung der Lehrlinge zu wenig Verständnis haben.

Wir sind im Interesse der heranwachsenden Jugend und damit auch der Zukunft der Arbeiterklasse, somit auch mit Rücksicht auf die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie für ein ausnahmsloses Verbot der Nachtarbeit der jugendlichen Arbeiter und für eine strenge Aufsicht aller gewerblichen Betriebe, um diesem Verbot auch Beachtung zu schaffen. Die angezeigte Schrift kann uns in dieser Forderung nur bestärken.

Adolf Braun.

Jede Arbeit, die in das Leben der Heimarbeiter, dieser verlassensten Schichte aller industriellen Mithelfer, hineinleuchtet, ist ver-

dienstlich; doppelt verdienstlich erscheint mir aber jede Untersuchung, die der Lage der Heimarbeiter der böhmischen Glasindustrie gilt, bei deren Betrachtung man so oft vergeblich nach Vergleichsmöglichkeiten ringt, doppelt verdienstlich darum, weil wohl alle Welt die herrlichen Erzeugnisse menschlichen Fleisses und menschlicher Kunstfertigkeit kennt, die von den beiden Zentren der böhmischen Glasindustrie — von Gablonz und von Haida-Steinschönau — aus die Reise über das Erdenrund antreten, während nur die Wenigsten eine Ahnung haben, dass an allen diesen vielbeehrten Gebilden Blut klebt, das Blut der Menschen, die zu Haufen hingemordet werden, indem sie das spröde Glas verarbeiten und gestalten den anderen zur Freude, sich zum Leide. Von diesem Leid erzählt die sanitäts- und wirtschaftspolitische Studie »Das böhmische Schleiferland« von Dr. Alois Lode und Dr. Eugen Schwiedland (Wien 1907, Manzsche Universitätsbuchhandlung). Die Studie ist eine Professorenarbeit. Wer sie aber zu lesen versteht, wird hinter dem Berg von Ziffern und den vielen graphischen Darstellungen das erschreckende Bild industriellen Massenmords schauen, der ungesühnt bleibt, ja, dem nur Einhalt zu gebieten sich die staatlichen Gewalten noch immer nicht entschliessen können. Ein Professorenbuch: ruhig, sachlich, nüchtern im Zusammentragen der Tatsachen und leidenschaftlos im Urteil, kunstlos fast in der Darstellung und dennoch, vielleicht eben deshalb, ein Buch von packender Gewalt, ein Buch, das an dem Gewissen des Staates rüttelt, das ihm auf jeder Seite zuruft: Ende diesen Massenmord! Man bewundert fast die kühle Nüchternheit. Nirgends ein Aufschrei und mögen sich die Leichen auch zu Hekatomben türmen. Da ist eine Tafel in dem Buch, die uns in Kreisen die Wirkung der »Schleifersucht«, der Tuberkulose, malt. Schwarz, tiefschwarz ist in jedem Kreis der Tod durch Tuberkulose gezeichnet. In dem Kreis der Schleifer sind drei Viertel von dem schwarzen Fleck eingenommen. 75 von 100 Glasschleifern fallen der Tuberkulose zum Opfer, 38·8 Prozent ihrer mithelfenden Weiber und nur 6·17 Prozent Schleifer sterben an Altersschwäche, erreichen das Greisenalter. Meinel fand in der Lunge eines Glasschleifers 30·7 Prozent Kieselerde als Ablagerung des feinen Glasstaubes, der mit dem Abschleifen jeder kristallinen Fläche erzeugt wird und der in den engen Schleifstuben, in denen ein Mensch auf dem anderen hockt, keinen anderen Weg findet als den in die Lungen der Arbeiter. Der Fabriksarzt Anacker im Vallérystal erhob als mittlere Lebensdauer der in der dortigen Glashütte beschäftigten Schleifer 32·6 Jahre und die Schleifer des Isergebirges haben vor Jahrzehnten schon das grausame Witzwort geprägt: »Du, o du Schleifer han a Methusalem; der Susenfranz is erscht mit 30 Jahr'n gestorb'n« und seit 15 Jahren singen die Schleifer des Isergebirges das Schleiferlied Franz Grundmanns, dessen letzte Strophe lautet:

Stirbt m'r dann mit dreissig Juhren  
Soh'n dö Loite: Lieber Gout  
's war a Schleifer, dar sich endlich  
Mausetut gesoffen hout!

Damit ist zugleich eine andere Erscheinung charakterisiert, die bei diesen zur Kurzlebigkeit verdamnten Menschen zu beobachten ist: der

Missbrauch des Alkohols und die Neigung zu liederlichem Leben. In jedem Schleifer steckt ein Stück Fatalismus. Er weiss es, dass er bald auf »Pfarrers Schleifmühl« liegen wird und so »schliesst sich ein tragischer Kreis: die als unvermeidlich erscheinende kurze Lebensdauer erzeugt Laster und die Laster verkürzen das Leben«.

Die Ursachen dieser Erscheinung legen die Verfasser mit der Schärfe der Ziffernsprache bloss. Da ist vor allem der Zustand der staub erfüllten Werkstätten (die Verfasser fanden Schleifstuben mit 5 Kubikmeter Luft Raum für jeden Arbeiter), dann die schlechten Löhne. »Mit grosser Uebereinstimmung wird angegeben, dass ein ständig beschäftigter Schleifer wöchentlich zwischen 8 und 16 K verdienen kann; freilich gibt es aber Zeiten, wo es tagelang an Arbeit mangelt.« Die Folge dieser schlechten Löhne sind überlange Arbeitszeiten (13 Stunden fanden die Forscher in guten Schleifstuben als die regelmässige Arbeitszeit) und eine dauernde Unterernährung, die um so schlimmere Formen annimmt, je reicher der Kinder »segen« der Schleifer und je grösser die Auswucherung der Schleifer durch die Lebensmittelhändler ist. Nach den vom Konsumverein »Eintracht« in Steinschönau angegebenen Lebensmittelpreisen ist eine »ungeheure Teuerung der Lebensmittel im böhmischen Schleiferland« zu sehen. Mehl kostete zur Zeit der Erhebungen in Steinschönau 32 h, in Wien 28 h, der billigste Kaffee 320:284, Tafelöl 240:160, Butter 288:240, Speck 216:200, Margarin 192:156, Ceres 136:120, Kunerol 160:128, Reis 40:30, Rindfleisch 160:180, Schweinefleisch 176:200, Kalbfleisch 184:200, Linsen 57:96, Bohnen 45:32, Milch 20:26, 1 Ei 9:8. So sehen wir, dass alle in Betracht kommenden Lebensmittel mit Ausnahme des Fleisches, der Milch und der Linsen in Steinschönau teurer als in Wien sind, dass also die Lohnkrone in Steinschönau eine weit geringere Kaufkraft hat als in Wien. Dazu die geringeren Löhne und es wird begreiflich, dass gerade Fleisch, das relativ billigere, aber absolut teure Nahrungsmittel, selten und da immer in unzulänglichen Mengen auf den Tisch kommt und dass Milch sparsam wie Medizin genossen wird. Eine Wirkung aller dieser Erscheinungen ist die riesige Sterblichkeit der Schleiferkinder. In Preschkau vollenden nur 41·8 Prozent aller Kinder das zweite Lebensjahr. 58·2 Prozent wurden tot geboren oder starben innerhalb der ersten zwei Lebensjahre, in Langenau starben 61 Prozent, in Steinschönau gar 75 Prozent, das heisst es überlebten nur 25 Kinder unter Hundert das zweite Lebensjahr. Allen diesen grausamen Tatsachen, zu denen sich noch schlimmste Wohnungsverhältnisse gesellen, ist gegenüberzustellen, was die Gesellschaft getan hat, um sie aus der Welt zu schaffen oder mindestens zu mildern. Und da kommt man zu dem bittersten Kapitel des Buches, zu dem eigentlich ungeschriebenen. Aus dem, was die Verfasser vorschlagen, dass es geschehen solle, erkennt man, dass es bisher nicht geschehen ist und dass es noch lange nicht geschehen wird.

»Ein erfahrener Arzt der Gegend,« so heisst es an einer Stelle des Buches, »schildert die Schleifer als Alkoholiker, die gerne eine Nacht auf den Tanzböden durchschwärmen und sich dafür am Tage aus einer Pulle Schnaps stärken. Die Bur-

schen würden oft schon mit 18 Jahren Väter, Mädchen kämen mit 16 und 17 Jahren nieder. Jeden Sonntag gebe es in einem der Nachbarorte Musik und Tanz. Nur die Organisation der Sozialdemokraten wecke bei den Leuten höhere Interessen. Tatsächlich trachten die fachvereinlichen Organisationen der Gehilfenschaft den unregelmässigen Arbeitsgewohnheiten und einem die Gesundheit schädigenden »fidelen« Leben der Schleifer entgegenzuwirken. Der Arbeiterleseverein in Parchen-Schelten veranstaltet für seine 115 Mitglieder belehrende sowie Gesangs- und Klaviervorträge und erhält eine Bücherei. Nichtsdestoweniger kann man von einem namhaften Verleger der Gegend, welcher auch eine fabrikmässige Schleiferei besitzt, den Ausspruch hören: »Ich dulde keine Sozialisten und keine Schnapstrinker.«

So ist denn auch aus diesem unbefangenen Zeugnis wieder das alte Lied herauszuhören, dass die einzige hilfreiche Hand, die sich diesen armen Menschen entgegenstreckt, die Hand der Sozialdemokratie ist. Aber so stark sie auch scheinen mag, dieses Elend, das fortzeugend Neues gebiert, vermag sie allein nicht aus der Welt zu schaffen. Wer die Geschichte der Organisation der Schleifer kennt, der weiss auch, dass es fast Sisyphusarbeit ist, was die Sozialdemokratie dort leistet, Sisyphusarbeit im grossen und im kleinen. Jede neue Krise bringt die kaum gefügte Organisation der Arbeiter wieder ins Wanken und liefert die unglücklichen Sklaven des Schleifstuhls nur zu leicht wieder denen aus, die »keine Sozialisten und Schnapstrinker dulden«, und kaum sind der Organisation einige Wortführer und einfache Kämpfer in den Reihen erstanden, als sie schon wieder von neuem und immer wieder von neuem ans Aufbauen denken muss, denn die Sterblichkeitsrate ist unter den organisierten Glasschleifern kaum geringer als unter denen, die ihr kurzes Leben noch in Dusel und Knechtschaft dahinbringen. Auch in unseren Reihen hält der Tod überreiche Ernte, und wie schwer es da ist, eine Organisation zum ausschlaggebenden Machtfaktor zu gestalten, wissen alle, die je praktische Organisationsarbeit geleistet haben. Wenn darum die Verfasser in der Einleitung sagen, dass selbst die organisierten Arbeiter näherliegende Aufgaben finden, die sie mehr ansprechen als die werktätige Sorge um die Angehörigen der Hausindustrie, so verkennen sie die Grösse der zu lösenden Aufgabe oder sie überschätzen die Macht der Sozialdemokratie oder aber es vereint sich beides und es wäre doch viel wichtiger gewesen, dem Staat eins auszuwischen, dessen schwere Schuld notorisch ist. Nur in einem Artikel hat es der eine Verfasser seither ausgesprochen, »dass sich der Staat um all dieses Elend bisher nicht gekümmert hat«, trotzdem es an Mahnungen und Erinnerungen wahrlich nicht

gefehlt hat. Die Geschichte der Kämpfe der Glasarbeiter gegen ihr Elend erzählt freilich anderes. Der Staat hat sich zuweilen um die Glassklaven gekümmert: er hat seine Bajonette und Flintenläufe, seine Gerichte und Kerker nicht einmal in den Dienst der »guten« Sache gestellt, die Ausbeutung gegen die Sklaven zu schützen.

Die beiden Professoren rufen zum Schluss eine moderne Verwaltung zur Hilfe auf und begehren Erstellung gemeinsamer Betriebsstätten, die Gründung und Förderung von Werks-genossenschaften und anderes im Rahmen eines sozialpolitischen Dienstes, zu dem Oesterreich bereits alle erforderlichen Organe besitze, die nur auszugestalten seien. Hoffen wir, dass wenigstens diese Mahnung nicht vorübergehe, ohne dass sie der Staat versteht.

Max Winter.

## Statistische Literatur

In der Literatur keines Wissensgebietes besteht ein so grosses Missverhältnis zwischen der Produktion und der Ausnützung wie in der Statistik. Alljährlich werden Hunderte Riesenbände mit Millionen Ziffern veröffentlicht, die aber nur wenige Leser finden. Ungehobene Schätze, deren Umfang auch der Fachmann nicht zu übersehen vermag, häufen sich in den Bibliotheken und bleiben fast ungenutzt. Statistische Daten benötigt der Staatsmann, der Abgeordnete, der Journalist, die Statistik ist unentbehrlich, aber sie ist noch immer unpopulär. Es ist deshalb erfreulich, dass wenigstens die kleinen Auszüge aus den statistischen Quellenwerken einen festen Leserkreis haben. Besonders gilt dies von Otto Hübners geographisch-statistischen Tabellen aller Länder der Erde (Frankfurt am Main, Heinrich Keller. 100 Seiten Queroktav), deren 56. Ausgabe für das Jahr 1907 wie viele Vorgängerinnen von dem Präsidenten der österreichischen statistischen Zentralkommission, Sektionschef Dr. Franz v. Juraschek, herausgegeben wurde. Man findet in dem nützlichen, ja unentbehrlichen Werkchen mehr von der alten Staatsbeschreibung als von der modernen Statistik. Ueber die wichtigsten staatsrechtlichen Verhältnisse, leider aber nicht über die Wahlrechte, über Flächeninhalt, Bevölkerungszahl der Länder und Grossstädte, Auswanderung, Nationalitäten und Konfessionen, Staatseinnahmen und -Ausgaben, -Schulden, Münzwesen, Papiergeld, Armee und Flotte, Ein- und Ausfuhr, Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesen, Masse und Gewichte erhalten wir in aller Gedrängtheit Aufschluss. Statistische Vergleiche, so über die Geschlechtsverteilung, Volksbewegung, Volksbildung, Ernten und Viehbestand, Eisen-, Kohlen-, Zuckerproduktion u. s. w. erhöhen den Wert des alljährlich erscheinenden Werkes. Statista.

## Die Arbeiterbibliothek

Die gewaltigen Kämpfe der letzten Jahre haben Zehntausende aus trägem Dasein aufgerüttelt, Zehntausende mit dem Glauben an die grosse Sendung der Arbeiterklasse, an die weltgeschichtliche Aufgabe des Sozialismus erfüllt. Aber sind die Tausende, die wir in den letzten

Jahren unseren Organisationen eingereiht haben, schon wahre Genossen geworden? Beherrscht die Gedankenwelt des Sozialismus ihr Bewusstsein? Wohl dürfen wir uns beträchtlicher Fortschritte auf dem Gebiete der Arbeiterbildung freuen. Das Vortragswesen wurde in den grösseren

Städten ausgestaltet; neben den Bildungsvereinen und politischen Organisationen vermitteln Hunderte von Gewerkschaftsgruppen durch zahlreiche Vorträge und Vortragszyklen ihren Mitgliedern die Elemente der sozialistischen Gedankenwelt. Auch unsere Parteipresse bemüht sich, die historische und theoretische Bildung ihrer Leser zu fördern. Bürgerliche Institutionen, die volkstümlichen Hochschulkurse vor allen, erleichtern uns unsere Aufgabe. Die von den Gewerkschaften erstrittene Verkürzung der Arbeitszeit, die allmähliche Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus durch die Ausgestaltung der Volksschule, die Eindämmung des Alkoholismus, des gefährlichsten Nebenbuhlers aller Volksbildungsbestrebungen, schaffen die Bedingungen für die Erziehung der Volksmassen zu klarer Erkenntnis ihres eigenen Kampfes. Mag auch nur selten ein unmittelbar anschaulicher Erfolg die Mühe jener belohnen, die ihre Kraft und ihr Können den Aufgaben der Arbeiterbildung widmen, so wird doch die Saat, die wir in den fruchtbaren Boden proletarischen Bildungsstrebens versenken, der Arbeiterklasse reiche Ernte bringen. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein; aber nur eine Arbeiterschaft, die ihrer selbst, ihrer eigenen Bedürfnisse und der Notwendigkeiten ihres eigenen Kampfes bewusst geworden, die ihren Klasseninstinkt zu klarer Erkenntnis des Ziels und der Wege geläutert hat, vermag dieses Werk zu vollbringen.

Wir wollen die Erfolge, die die Arbeiterbildungsbestrebungen in Oesterreich erzielt haben, gewiss nicht unterschätzen. Aber es scheint uns, dass wir das wichtigste aller Bildungsmittel bisher allzuwenig ausgenützt haben. Die Verbreitung unserer Parteiliteratur lässt leider noch viel zu wünschen übrig. Und doch kann nur das Buch die Erziehungsarbeit vollenden, die der Einzelvortrag beginnt, der Vortragszyklus fortsetzt.

Dass die österreichischen Arbeiter so wenig lesen, dass sie selbst unsere grosse deutsche Parteiliteratur kaum kennen, hat freilich objektive Ursachen, die wir nicht mit einem Schlage beseitigen können. Unsere vernachlässigte Volksschule erzieht die Massen nicht zum Lesen. Die lange Arbeitszeit lässt dem Arbeiter zu wenig Musse, in der überfüllten Wohnung findet er keine Ruhe zur Lektüre. Und wenn der junge Arbeiter einmal ein Buch in die Hand nehmen will, fällt er nur allzu oft der schändlichen Reklame kapitalistischer Verlagsunternehmungen zum Opfer, die mit der verlogenen Romantik ihrer Kolportageromane die Phantasie unserer Jugend vergiften und verderben.

Aber darum dürfen wir doch nicht verkennen, dass es zum Teile auch unsere Schuld ist, wenn Tausende treuer und opferwilliger Genossen viele Jahre lang kein gutes Buch in die Hand nehmen. Die Bibliotheken unserer Arbeitervereine sind oft ungenügend und unzweckmässig ausgestattet. Es fehlt den Arbeitern ein Führer und Berater, der die Wahl ihrer Lektüre zu beeinflussen sucht. So opfern die Arbeiter ihre wenigen Mussestunden oft der Lektüre wertloser Machwerke, die sie nur verwirren, statt ihr Wissen zu bereichern oder ihr Denken anzuregen. So nascht mancher junge Arbeiter heute von dem und morgen von jenem Wissensgebiet; die Ein-

zeltatsachen, von denen er liest, sammeln sich wirt in seinem Kopfe, ohne sich zu einheitlicher und klarer Erkenntnis zu ordnen. Nicht selten greift der Arbeiter zu einem guten, aber schwer verständlichen Werke, dessen Verständnis ihm der Mangel an Vorbildung unmöglich macht; enttäuscht, an seiner Fähigkeit zu lesen verzweifelnd, legt er das Buch aus der Hand und verliert alle Lust zum Lesen. Darum genügt es nicht, dem jungen Arbeiter die Namen guter Bücher zu nennen; wir müssen ihm sagen, in welcher Reihenfolge er sie lesen soll, wir müssen ihn zu planmässiger Lektüre anregen und leiten, damit er es lerne, sich durch die Lektüre des Klaren und Einfachen zum Studium des Schwereren und Komplizierteren vorzubereiten. Denn auch das Lesen muss man lernen.

Dieser Aufgabe wollen wir einen besonderen Abschnitt unserer Zeitschrift widmen, den wir »Die Arbeiterbibliothek« nennen. Wir wollen den Bibliotheksverwaltern der Arbeitervereine raten, welche Bücher sie für ihre Bibliothek erwerben, welche sie den leselustigen Genossen zur Lektüre empfehlen sollen. Wir wollen dem jungen Arbeiter, dem Studenten raten, was er lesen soll. Wir wollen uns keineswegs auf das Gebiet der Gesellschaftswissenschaften beschränken. Auch die volkstümliche Literatur, die den Laien in das grosse Arbeitsfeld der modernen Naturwissenschaft geleitet, soll in der »Arbeiterbibliothek« besprochen werden. Wir wollen auch jenen raten, die sich an den kostbaren Schätzen der schönen Literatur erfreuen wollen. Zunächst aber wollen wir unsere dringendste Aufgabe erfüllen, dem lernbegierigen jungen Leser den Weg zu dem grossen Gedankengebäude des Sozialismus zu weisen.

Wiederholt ist der Versuch unternommen worden, die Entwicklung der sozialistischen Literatur in grossen Umrissen darzustellen. Franz Mehring schildert in seiner »Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie« (Stuttgart 1906, Preis 24 K), die in keiner Arbeiterbibliothek fehlen sollte, die Entwicklung unserer Literatur im Zusammenhange mit dem Werdegang der deutschen Arbeiterbewegung. Paul Lensch hat zwei Vorträge über »Sozialistische Literatur« (Leipzig 1907, Preis 18 h) veröffentlicht. Paul Kampffmeyer gibt in seiner Schrift über »Die Sozialdemokratie im Lichte der Kulturentwicklung« (Berlin 1907, Preis 60 h) gleichfalls eine Uebersicht des sozialistischen Schrifttums. Auch bürgerliche Schriftsteller haben ähnliche Versuche sehr oft unternommen. So enthält zum Beispiel Werner Sombarts bekannte Schrift »Der Sozialismus und die soziale Bewegung im neunzehnten Jahrhundert« (Jena 1906, Preis K 2'40) brauchbare Literaturübersichten.

Aber so wertvoll diese und ähnliche Versuche auch sind, es fehlt ihnen doch jene pädagogische Absicht, in deren Dienst wir uns stellen wollen. Gelingt es uns, unseren Bibliothekaren, die ja nicht nur Verwalter der Arbeiterbibliotheken, sondern auch Berater der lesenden Genossen sein sollen, ihre wichtige Aufgabe zu erleichtern, die Studien lernbegieriger junger Genossen und Genossinnen zu fördern, dann tragen auch wir unseren bescheidenen Teil bei zu der grossen Kulturarbeit der deutschösterreichischen Sozialdemokratie.

O. B.